

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 2,50 RM, monatlich 1,10 RM,
 wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 abonnement: 1,10 RM pro Monat.
 Eingetragene in die Post-Zeitungs-
 Preisklasse. Unter Bezugnahme für
 Deutschland und Österreich-Ungarn
 2,50 RM, für das übrige Ausland
 4 RM pro Monat. Postabonnements
 nehmen an: Belgien, Dänemark,
 Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,
 Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ercheint täglich.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgezeigte Kolonnen-
 zeile über deren Raum 50 Pf. für
 politische und gesellschaftliche Inserate
 und Veranlassungs-Anzeigen 20 Pf.
 „Kleine Anzeigen“, das ist gedruckt
 Wort 20 Pf. (zweimalige 2-fache
 Worte), jedes weitere Wort 10 Pf.
 Stellenangebote und Schlafstellenan-
 gebote das erste Wort 10 Pf., jedes
 weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buch-
 staben zählen für zwei Worte. Inserate
 für die nächste Nummer müssen bis
 5 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition ist
 bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moriaplatz, Nr. 1983.

Sonnabend, den 19. Juli 1913.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moriaplatz, Nr. 1984.

Politik gegen Hygiene.

Paris, 17. Juli. (Fig. Ver.)

Beinahe zwei Drittel der Kammer haben gestern der Regierung den Willen getan und der Einstellung der Zwanzigjährigen zugestimmt. Die Regierung ist somit ihrer Hauptaufgabe entledigt. Sie kann im Herbst den Jahrgang von 1910 nach Hause schicken. Und sie darf darauf zählen, daß nunmehr, nach einiger Gloriarbeit, die Militärvorlage glücklich verabschiedet werden wird.

Das parlamentarische Bild war gestern von dem gewohnten einigermaßen verschieden. Gegen die vom obersten Gesundheitsrat verordnete Einreichung der Zwanzigjährigen traten auch Anhänger der dreijährigen Dienstzeit auf. Der „unabhängige Sozialist“ Lefebvre, der der von der militaristischen Presse vielgepriesene Hauptredner für das dritte Dienstjahr gewesen war, machte den einleitenden Einwand geltend, daß das stärkste Argument für die Reform wegfallen, sobald man die Zwanzigjährigen einstelle. Die Generalität haben behauptet, Frankreich könne mit einer Armee, die im Herbst nur einen Jahrgang ausgebildeter Truppen besäße, kein Auslangen finden, und sie erklärten weiter, die Kriegstüchtigkeit des Heeres steige mit der Dienstdauer und mit dem Verhältnis der stehenden Armee zu den des Dienstes entwöhnten Reservisten. Und nun sollen auf einmal zwei Jahrgänge Rekruten neben einen Jahrgang Zweijähriger gestellt werden. Und wenn vor ein paar Wochen, als der Friede auf dem Balkan gesichert schien, die europäische Lage so düster war, daß Herr Barthou das Zurückhalten der Dreijährigen für unerlässlich erklärte, ist sie jetzt, da im Südosten alles drunter und drüber geht, so beruhigend, daß das Experiment gewagt werden kann, die Armee mit Rekruten zu überschweben und den ohnehin nicht genügenden Unteroffizier- und Offizierskadres ihre Ausbildung im Schnelltempo aufzuerlegen? Ein größeres Kompliment vor der Milizidee konnten die Kaiserarmemilitaristen wirklich nicht machen.

Aber dasselbe Motiv, das die Regierung bewog, der Rettung der Militärvorlage zu Liebe das zu opfern, was ihr Sinn und Intelligenz ihre Rechtfertigung war, brachte eine Anzahl von Radikalen, die der Ausdehnung der Dienstzeit auf 3 Jahre widerstreben hatten, dazu, sich über das Gutachten der Gesundheitslehrer hinwegzusetzen. Sie mochten nicht vor die Wähler treten, ohne die Heimendung des Jahrgangs in diesem Herbst durchgesetzt zu haben, und sie waren nicht sicher, sie ohne die Einstellung eines weiteren Jahrgangs durchzuführen. Sie haben sich den Nationalismus über den Kopf wachsen lassen und labieren nun, das Herz in den Hosen, zwischen ihm und den demokratischen Interessen. Sie gaben sich Rechenschaft darüber, daß ein Gesetz, das die Arbeitsenergie des französischen Volkes um ein Jahr länger bindet, die schwersten wirtschaftlichen Nachteile zur Folge haben muß, und glaubten, ihre Wähler wenigstens davor behüten zu müssen, daß die zwischen Deutschland und Frankreich bestehende Altersdifferenz der in die bürgerliche Tätigkeit eintretenden männlichen Jugend auf zwei Jahre erhöht werde. Und die durch die Einwendungen der Hygieniker erweckten Bedenken mochte wohl die stille Hoffnung überwinden, daß die nationalitistische Welle ohnehin in einigen Jahren zurückgehen und die Rückkehr zum zweijährigen Dienst um so leichter durchzuführen sein werde, wenn sie sich als Forderung der Volksgesundheit darstelle.

So ergibt sich als politische Wirkung der gestrigen Verhandlung, daß die Regierung ihren Willen durchgesetzt hat und die kampfunlustigen Radikalen sich als die Sieger gebärden. Der „Radical“ beglückwünscht die Regierung und die Kammer zu ihrem Beschluß, der die Familien der das zweite Jahr Dienenden vor grausamer Enttäuschung bewahre. Für die Radikalen ist aber vor allem wichtig, daß die Entlassung des Jahrgangs eine innere Krise hintanhält, die eine Verschärfung der reaktionären Diktatur und die Festsetzung einer parlamentarischen Mehrheit der Rechtsparteien herbeigeführt hätte. Die Radikalen haben jetzt nur die eine Sorge: in die Wahlen nicht als eine der Gunst der Verwaltungsbehörden entbehrende Oppositionspartei eintreten zu müssen.

In diesem Sinne können sie die gestrige Abstimmung in der Tat als Aktivistposten buchen und die Entrüstung der antirepublikanischen Presse über die Vorsicht der Regierung, die es nicht um der Entlassungsfrage willen auf Blutvergießen ankommen lassen wollte, ist zu begreifen. Die bonapartistische „Autorität“ tobt: „Es wäre aufrichtiger, einzugestehen, daß man sich vor den Neutereien und vor den Wählern gefürchtet hat. Herr Barthou hat durch das verbrecherische Zugeständnis, das ganz Frankreich sehr richtig die große Fehlgeburt nennt, das ganze patriotische Unternehmen seines und des früheren Kabinetts vernichtet.“

In der Tat hat gestern der Opportunismus gesiegt, der ohne Rücksicht auf Prinzipien und Programme nur den Augenblick retten will. Taurids charakterisiert heute die Abstimmung mit den Worten: „Niemand war der schändliche Sieg eines Ministeriums in diesem Grade eine jammervolle Niederlage und Kapitulation.“ Er meint, das Gesetz in dieser Form sei, mit seinem inneren Widerspruch, ein Strohhalm, den der Wind hinwegfegt. Indes könnte es in den Stürmen, die die Zukunft zu bergen scheint, um ganz andere Dinge geben als

um Strohhalm. Vorläufig mag man ja ein Kompromiß zwischen der nationalistischen Demagogie und der parlamentarischen Republik gefunden haben. Aber sollte nicht im lannibalischen Jubel des zur chauvinistischen Orgie erhobten „Nationalfestes“ den Herren des Tages die Sorge aufgedämmert sein, ob sie die Geister, die sie gerufen haben, noch los werden?

Keine Vertuschung?!

Seit dem Ausscheiden des Herrn v. Heeringen aus der Regierung scheint die Heeresverwaltung jede Verbindung mit der amtlichen Presse verloren zu haben. Denn zu Mitteilungen des Kriegsministeriums wird nicht etwa die offiziöse „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ benutzt, sondern irgendeine Korrespondenz. So bringt jetzt dieselbe Korrespondenz, die über die angebliche Anweisung der Militärverwaltung, die Krupp-Affäre vor dem Kriegsgericht unter strengstem Ausschluss der Öffentlichkeit stattfinden zu lassen, berichtet hatte, nunmehr die Erklärung des Kriegsministeriums, daß eine solche Weisung keineswegs ergangen sei. Die Entscheidung über Ausschluss der Öffentlichkeit liege vielmehr ausschließlich in dem freien Ermessen des erkennenden Gerichts. Auch sei ein Schweigebefehl an die militärischen Zeugen nicht ergangen.

Wir wollen hoffen, daß es sich hier nicht um eine rein formale Ausrufe handelt. Auch Kriegsgerichte sind ja gegenüber Wünschen von höherer Stelle sicherlich nicht allzu schwerhörig, so daß bloße Andeutungen schon ohne ausdrückliche Weisung ihren Zweck erreichen könnten! Nachdem jedoch jetzt das Kriegsministerium erfahren hat, daß die Öffentlichkeit eine Verhandlung hinter verschlossenen Türen geradezu als Ungeheuerlichkeit betrachten würde, wird man hoffentlich dafür sorgen, daß das Kriegsgericht von seinem Rechte des Ausschlusses der Öffentlichkeit möglichst geringen Gebrauch macht!

Der Verlauf der Verhandlung selbst wird ja hinlänglich Gelegenheit bieten, sich über das Verfahren des Gerichtshofes ein Urteil bilden zu können!

An dem kindlichen Versuch des Herrn v. Heeringen und der Krupp-Offiziere, die Vestechungsaffäre der Firma Krupp als die Privatangelegenheit eines ganz untergeordneten Beamten der Kanonenfirma hinzustellen, übt die „National-Zeitung“ vernichtende Kritik. Das nationalliberale Organ erzählt:

„Das Haus Nummer 18 in der Vohstraße ist eines jener älteren Gebäude, wie man sie, gediegen und mit einfacher Vornehmheit ausgestattet, in dem Viertel der Kammer und Ministerien vor etwa zwanzig Jahren errichtete. Es hat nichts Auffälliges an sich. Eine teppichbelegte breite Treppe führt vom Eingangsfur empord, und über dieses Haus wäre nichts zu bemerken, wenn nicht an der im Halbock gelegenen Doppeltüre eine kleine Messingtafel die Aufmerksamkeit fesselte. Dieses unscheinbare Schild trägt die Inschrift: Friedrich Krupp, A.-G., Kriegsmaterialien. Hier befindet sich also die Berliner Niederlassung der Essener Welfirma, und sie steht oder vielmehr sie stand unter Leitung eines Herrn Brand. Es ist dies dieselbe Person, die am 18. April d. J. im Reichstage vom damaligen Kriegsminister Herrn v. Heeringen ein „unterer Beamter der Firma Krupp“ genannt wurde. Die Ansichten darüber, wie der Begriff eines „unteren Beamten“ aufzufassen sei, können auseinandergehen, allein es erscheint wohl kaum angängig, einen Mann, dem der wichtige Posten obliegt, die Berliner Filiale des Kruppischen Unternehmens zu leiten, in die Kategorie der Unterbeamten einzureihen. Herr Brand ist auf Veranlassung des Untersuchungsrichters vom Landgerichte I in Berlin späterhin verhaftet, hernach wiederum auf freien Fuß gesetzt worden. Das gleiche Schicksal teilten sieben Zugoffiziere der Heeresverwaltung, gegen die das Kommandanturgericht eingeschritten war.“

Nunmehr, nach beendigter Untersuchung, ist gegen diese Sieben die Anklage wegen Ungehorsams gegen Dienstbefehle, Vestechung und Verrates militärischer Geheimnisse erhoben worden. . .

Zwischen den Erklärungen des früheren Kriegsministers Herrn v. Heeringen — er ist zur rechten Stunde abgegangen —, die er am 18. April und den darauffolgenden Tagen vor dem Reichstage abgab, und dem heutigen Tatbestand klaffen einige Widersprüche. Herr v. Heeringen sagte damals, bei der Krupp-Affäre „handele es sich nicht um Verrat militärischer Geheimnisse, die die Sicherheit des Vaterlandes gefährden könnten“. Nun wird gerade die Anklage wegen dieses Vorgehens erhoben, das Herr v. Heeringen in Abrede stellte. . . War der Kriegsminister, als er dem Reichstage Erklärungen abgab, falsch unterrichtet? Ist er vielleicht sogar aus dem Grunde von seinem Posten geschieden, weil er seine damaligen Worte mit den Dingen, wie sie sich uns heute darstellen, nicht hätte deden können? . . .

So viel sieht heute fest, daß eine Anzahl von Angestellten der Heeresverwaltung ziemlich häufig den Weg von der Leipziger Straße zur Vohstraße gegangen ist und mit dem Berliner Kruppbüro in enger Verbindung stand. Man staltete in der Vohstraße Besuche ab und unterhielt sich mit Herrn Brand über Neuanschaffungen oder Aenderungen, die die

Militärverwaltung plante. Man unterhielt sich auch darüber, welche Preise der Heeresverwaltung von den Konfurrenzfirmen vorgelegt worden waren, und die Herren aus der Leipziger Straße führten diese Gespräche nicht etwa aus reiner Freundschaft für Herrn Brand, sondern sie ließen sich von ihm in Theater und Restaurants einladen, empfingen von ihm Darlehen, ja sogar Geldgeschenke. Dies ging so manches Jahr, bis die Sache an den Tag kam und sich nicht länger verbergen ließ. Der Firma Krupp war die Angelegenheit natürlich peinlich. Man wollte also der Gefahr vorbeugen, in die Affäre hineinbezogen zu werden und entlich kurzerhand Herrn Brand, so daß man jetzt ruhig sagen darf: „Ein entlassener Angestellter . . .“

Auch das nationalliberale Blatt rät der Regierung, den Prozeß doch lieber nicht „mit schützenden Schleiern“ zu umhüllen. Gebiete doch schon die Staatsraison, keinen noch so leisen Argwohn zu erregen, als hätte man etwas zu vertuschen. Die ganze Angelegenheit sei viel zu wichtig, als daß man sich einbilden dürfe, die Öffentlichkeit mit einigen mageren Broden abpeisen zu dürfen.

Die „Volks-Zeitung“ fordert nicht nur für den bevorstehenden Prozeß, sondern auch weiterhin vollste Oeffentlichkeit:

„Die Beleuchtung der Kruppischen Machinationen in voller Oeffentlichkeit ist aber auch für die kommenden Verhandlungen der Kommission, die die Zustände in den Rüstungslieferungen prüfen soll, unbedingt notwendig. Der Staatssekretär des Innern hat noch kurz vor den Reichstagsferien auf eine kurze Anfrage erklären lassen, daß die vorbereitenden Schritte zur Bildung der Kommission zur Prüfung der Rüstungslieferungen bereits in die Wege geleitet worden sind, und daß der Zusammentritt der Kommission voraussichtlich im Herbst dieses Jahres erfolgen wird. Naturgemäß muß diese Kommission auch die Erörterungen auf die Vorkommnisse bei Krupp ausdehnen. Ihre Beschlüsse müßten aber der Oeffentlichkeit unverständlich bleiben, wenn man nicht weiß, auf welche tatsächlichen Unterlagen sie sich stützen. Auch der deutsche Steuerzahler, der jetzt in unerhörtem Maße zu den Opfern für die neuen Rüstungen herangezogen wird, hat ein gutes Recht darauf, genau zu erfahren, ob sein Geld nicht irgendwo unnütz vergeudet worden ist. An einer Säuberung vor der großen Oeffentlichkeit ist auch die Reichsregierung auf das lebhafteste interessiert. Herr v. Heeringen hat damals im Reichstage, als sogar das Zentrum und die Nationalliberalen von einem allgemeinen Mißtrauen gegen die Regierung sprachen, seinen Schild vor die Firma Krupp gehalten. Gerade dadurch ist der Verdacht entstanden, als hätte die Regierung ein Interesse daran, bei den Kruppischen Vorläufern etwas zu verbergen. Die Regierung hat alle Veranlassung, diesen Verdacht auf nachdrücklichste zu zerstreuen.“

Noch immer kein Ergebnis der Verhandlungen.

Die Antwort, die der König von Rumänien auf das Schreiben König Ferdinands gegeben hat, ist sehr kühl und ausweichend ausgefallen. Rumänien will erst den Abschluß des Waffenstillstandes vollzogen sehen, ehe es seinen glücklicherweise bisher unblutigen Feldzug einstellen will. Da aber Serbien und Griechenland den Waffenstillstand nur unter Bedingungen, auf die Bulgarien bisher noch nicht eingegangen ist, abschließen wollen, hält der unheilvolle Zustand zwischen Krieg und Frieden noch immer an.

Die jungtürkischen Diktatoren sind mit der Einhaltung des türkischen Vormarsches durchaus nicht einverstanden. Es wird ihnen aber wohl kaum gelingen, die Regierung zu einem Vorstoß auf Adrianopel aufzuputtschen.

Die rumänische Antwort.

Bukarest, 18. Juli. Dem „Aniperfal“ zufolge soll die Antwort, die König Carol auf das Telegramm des Königs Ferdinand erteilte, dahin gelaute haben, daß Bulgarien die Bedingungen genau angeben möge, unter denen es die Friedenspräliminarien nicht nur mit Rumänien, sondern mit allen Kriegführenden zu unterzeichnen wünsche. Die Unterzeichnung könne nur gleichzeitig mit allen Kriegführenden erfolgen. Nur dann könne die Einstellung der Feindseligkeiten angeordnet werden. Eine offizielle Bestätigung dieser Meldung liegt nicht vor.

Rumänien's Absichten.

Bukarest, 18. Juli. (Meldung des Wiener f. l. telegraphischen Korrespondenzbureau.) Das Antworttelegramm König Carols an König Ferdinand ist heute früh um 8 Uhr von Corabia nach Sofia abgegangen. Der König kehrt heute abend in die Hauptstadt zurück.

Die rumänische Politik hält daran fest, daß einer der Zwecke des Einrückens in Bulgarien der Abschluß eines Waffenstillstandes ist. Solange dieser nicht eingetreten sei, könne von einer Einstellung des Vormarsches nicht die Rede sein. Dabei sei es ohne wesentliche Bedeutung, wenn der Abschluß eines Waffenstillstandes Hindernisse bereite, auf

deren Urheber müsse nach Ansicht hiesiger maßgebender Kreise ein Druck ausgeübt werden, damit er dem allgemeinen Friedensbedürfnis nachgibt.

An der gemeldeten strategischen Linie ergibt sich aus militärischen Rücksichten ein vorübergehendes Halt.

Der rumänische Vormarsch.

Bukarest, 18. Juli. Die Agence Roumaine veröffentlicht eine amtliche Mitteilung, wonach gestern Kavalleriepatrouillen Erkundungen auf einem weiten Gebiete durchführten. Der Vormarsch der Truppen vollziehe sich unter günstigen Bedingungen. Die Meldungen von einer Beschießung von Risopoli werden dementiert.

Die militärische Lage.

Belgrad, 18. Juli. Das serbische Pressebureau gibt über die augenblickliche militärische Lage folgenden Bericht aus: Die Bulgaren dirigierten zwei Heere in der Richtung auf Anzatschewatich—Jajetschar einerseits und Piro—Nisch andererseits in der Absicht, das serbische Territorium zu besetzen. Die erste Armee war 50 Bataillone und 120 Kanonen stark und stand unter dem Befehl des Generals Kutintschew. Die zweite Armee (die 5. bulgarische) war 56 Bataillone und 120 Kanonen stark und stand unter General Petrow. Ihr Vorstoß glückte im Anfang, als unsere Truppen im Süden der Bregalnika kämpften. Doch kam nach kurzem Erfolg der allgemeine Zusammenbruch für sie. Die bulgarischen Truppen wurden endgültig von unserem Boden vertrieben. Bei ihrem eiligen Rückzug zerstörten sie die Eisenbahnbrücke bei Sufowo. Sie versuchten dann, bei Brela Glawa wieder Kräfte zu sammeln, wurden aber durch unsere Artillerie bezwungen. Wir machten viele Bulgaren, die serbische Uniformen trugen, zu Gefangenen.

Unser Heer ist bis auf 20 Kilometer in bulgarisches Gebiet vorgerückt, hat den Feind bei Wosilowgrad geschlagen und ihn durch die Gebirgspässe nach Kütendil zurückgeschlagen, wo er sich gegenwärtig wieder sammelt. Die bulgarischen Truppen haben sich auch von Egri Balanka zurückgezogen.

Serben und Albaner.

Batona, 18. Juli. (Weldung des Wiener A. A. Teleg. Korrespondenz.) Der Regierung ist gestern ein Schreiben des Kommandanten der serbischen Garnison in Chriba, Milovanowitsch, zugegangen, worin die vor zwei Wochen in der Mati-Gegend erfolgten Zusammenstöße zwischen Albanern und Serben folgendermaßen aufgeklärt werden: Die serbischen Truppen haben die von der serbischen Regierung anerkannten Grenzpunkte besetzt, welche im Winter der Kälte wegen unbesetzt geblieben waren. Das Vorgehen der serbischen Truppen verfolgte keinerlei aggressive Absichten. Die Albanen können der Aufrichtigkeit der Serben versichert sein. Dennoch so schließt das Schreiben, werden die Serben alle Orte von Droschi, Malsheit und Mali-Dejs bis Tschafana besetzt und besetzt halten, bis die Kommission zur Feststellung der Grenze an Ort und Stelle erscheine.

Diese Rechtsfestigung und diese Zusage werden jedoch als nicht haltbar bezeichnet, da die serbischen Truppen Punkte besetzt haben, die laut Beschluß der Großmächte bereits Albanien zufallen. Es handelt sich um eine eskalante Verletzung der Beschlüsse der Völkerversammlung, die zu weiteren Zusammenstößen Anlaß bieten kann, worauf die Aufmerksamkeit der Großmächte gelenkt werden wird.

Die jungtürkische Debe.

Konstantinopel, 18. Juli. Die jungtürkische Presse meldet, die gesamte Nation sei über die offizielle Meldung unzufrieden, daß die Armee auf der Linie Enos—Midia Halt gemacht habe. Die letzten Ereignisse auf dem Balkan hätten den Beweis geliefert, daß die Herrschaft der Türkei im Wilajet Adrianopel wieder eingeführt werden müßte, weil dessen Bevölkerung zum größten Teil türkisch sei und nicht mehr unter der Herrschaft eines so wilden Volkes bleiben könne. Trotz der Unschlüssigkeit der Regierung würden die Osmanen ihren Marsch fortsetzen und das Wilajet Adrianopel wieder in Besitz nehmen. Der „Tanin“ erklärt, der Londoner Vertrag habe keine Kraft mehr, weil er mit dem Balkanblocke abgeschlossen worden sei und dieser nicht mehr bestehe. Das Blatt beruft sich auf den Rationalitätengrundföf zugunsten der Türken in Adrianopel. Die Osmanen wären verpflichtet, der Bevölkerung zu Hilfe zu kommen, die unter der Grausamkeit der Bulgaren leide.

Kriegsgruel und kein Ende.

Sofia, 18. Juli. Die Agence Bulgare meldet: Ehe die griechischen Truppen bei ihrem Einzug in Nikitsch die Stadt in Brand steckten, machten sie die ganze Bevölkerung nieder. Sie stießen sogar die Tore der Kirchen ein, obwohl diese unter dem Schutz der französischen Flagge standen, und ermordeten die Bulgaren, die sich dorthin geflüchtet hatten, ebenso einige Mönche. Dann plünderten und zerstörten sie die Gebäude.

Konstantinopel, 18. Juli. Das östumenische Patriarchat übermittelte den Völkerversammlern einen schriftlichen Protest gegen die Greuelthaten der Bulgaren.

Bertragung der internationalen Finanzkommission.

Paris, 18. Juli. Die Finanzkommission hat heute eine Plenarsitzung abgehalten und sich sodann auf den 30. September vertagt. Das Komitee für Geldreklamationen hat sehr zufriedenstellende Resultate erreicht, da sowohl die osmanische wie die hellenische Delegation sich im Geiste der Versöhnung bereit erklärt hat, ein Schiedsgericht zur Prüfung der hellenischen Ansprüche betreffend die Beschlagnahme griechischer Handelsschiffe anzuerkennen. Je ein Mitglied der drei Komitees wird in wenigen Tagen einen Vorbericht über die Tätigkeit der Komitees herstellen. In der heutigen Sitzung gab der Präsident Margerie nochmals einen Ueberblick über die Arbeit der drei Komitees. Mit einem Dank der Delegierten an den Präsidenten wurde die Sitzung sodann geschlossen.

Politische Ueberblick.

Die Rahe der Konservativen.

Die Konservativen versuchen jetzt die Fortschrittler einzuschüchtern. Unter dem Titel: „Naivität oder Unverfrorenheit“ schreibt die „Kreuzzeitung“:

Wenn die fortschrittlichen Dämpfungspolitiker auch nach der neuesten Helident in Bausch-Welzig noch mit großer Entrüstung die Hände ringen, weil die Konservativen sich genötigt sehen, die innige Zusammengehörigkeit der Rosaroten auch bei etwaigen Stichwahlen zu respektieren, so kann das nur entweder Naivität oder Unverfrorenheit sein. Es wäre ja noch schöner, wenn die Konservativen auch jetzt noch sich dazu hergeben wollten, Fortschrittscandidaten herauszuheben. Das wäre nicht — wie man auf liberaler und auf angeblich „parteiloser“ Seite vorgibt — „national“, sondern das wäre charakterlos. Die Rosaroten gehören nach ihrer eigenen Meinung zusammen, sie müssen also auf gleicher Stufe behandelt werden. Wer von

beiden mehr werf ist, das mögen sie unter sich ausmachen. Deshalb mögen sie die Stichwahlen miteinander unbeeinflusst durch „reaktionäre“ Wahlhilfe selbst ausfechten. Die Dämpfungsbüchsechen ja selber auf dem Standpunkte, daß die „Volksstimme“ nicht „gefälscht“ werden dürfe. Eine Fälschung der Volksstimme aber würde es sein, wenn die „Reaktionäre“ in die Entscheidung zwischen Fortschrittler und Sozialdemokraten eingreifen wollten.

Deshalb stimmt auch die „Kreuzzeitung“ dem sächsischen Parteiorgan der Konservativen zu, das für die Nachwahl in Dresden-Neustadt bereits für den Fall der Stichwahl zwischen einem Sozialdemokraten und dem Fortschrittler Stimmenthaltung proklamiert mit der unerschämten Begründung, daß die Fortschrittler „national ebenso minderwertig wie die Sozialdemokraten“ seien — eine freilich unausführbare Drohung, da wir das Mandat schon in der Hauptwahl zu holen gedenken.

Wir glauben überhaupt nicht, daß diese konservativen Drohungen allzu großen Eindruck machen werden. Denn wahltaktisch hat sich der Fortschritt schon längst darauf besonnen, daß die Stimmenmacht der Sozialdemokratie für ihn viel mehr ins Gewicht fällt, als die konservative Unterstützung. Und schließlich rechnet er auch darauf, daß das Gros der konservativen Wähler, wie immer die Parole lauten mag, schließlich doch gegen den Sozialdemokraten zur Urne eilt. Wären die fortschrittlichen Wähler übrigens im Kampf gegen die Konservativen zuverlässiger, als sie es bis heute sind, so würde den Konservativen noch viel mehr Abbruch getan werden können. Verfügen doch Sozialdemokratie und Fortschrittspartei annähernd über 47 Proz. der Wählerstimmen. Würde nicht ein so großer Teil der fortschrittlichen Wähler bei den Stichwahlen noch immer ins Lager der Konservativen und liberalen Reaktion desertieren, so würde auch die Machtverteilung im Reichstag mit der Stimmenmehrheit mehr in Uebereinstimmung gebracht werden können.

Deutschland — das Land der Hundesteuer.

Die „Deutsche Tageszeitung“ sucht unsere Mitteilung, daß die Fleischpreise wieder eine Tendenz zum Steigen zeigen, durch die Zusammenstellung der Preise vom Januar bis Juni d. J. zu widerlegen und hofft, daß wir auch diesen Erscheinungen gelegentlich unser wertvolles Interesse zuwenden. Recht gern und zwar umgehend. Daß die Preise seit dem Januar um einige Pfennige gesunken sind, wissen auch wir. Aber dieser Rückgang seit den Tagen der ärgsten Fleischnot beträgt für das Kilo Rindfleisch 8 Pf., Kalbfleisch 4 1/2 Pf. und nur bei Schweinefleisch 16,7 Pf. Hammelfleisch stieg dagegen im Preise um 9,7 Pf. Nach den amtlichen Preisberichten zeigen die Preise der zweiten Hälfte des Juni indessen wieder eine Steigerung gegenüber der ersten Hälfte des Juni. Die gegenwärtigen Preise stehen sogar höher als im Juni des Vorjahres. So betrug die Steigerung bei Kalbfleisch 3,8 Pf., für Hammelfleisch 10,6 Pf., für Schweinefleisch 1,5 Pf., für Pferdeweis 11,8 Pf., für Schinken 25,3 Pf., für Speck 10 Pf. Die Preise sind zurzeit also höher als im gleichen Monat des Vorjahres, wo bereits allgemein über die Teuerung geklagt wurde. Was das für Wirkungen auf den Konsum hat, möge das Agrarierblatt aus den Mitteilungen einer sächsischen Korrespondenz entnehmen. Es heißt da:

„Hat schon der Hundesteuerkonsum seit dem Jahre 1907 in Deutschland einen immer größeren Umfang angenommen, so hat die anhaltende Teuerung im Jahre 1912 den Verbrauch von Hundesteuer noch ganz besonders stark beeinflusst, und in diesem Teuerungsjahre ist das rapide Anwachsen der Hundesteueranschläge geradezu bedächtigend. Während im Jahre 1911 die Zahl der beschlagnahmten Hundesteueranschläge in Deutschland 6553 betrug, ist für das Teuerungsjahr 1912 eine Zunahme von nicht weniger als 1579 Anschlägen zu konstatieren, so daß 1912 8132 Hunde ihr Leben lassen mußten, um den Menschen als Nahrung zu dienen. Sachsen ist nun einmal das Land der Hundesteuer, denn mehr als die Hälfte aller Hundesteueranschläge entfällt auf das Königreich Sachsen. Die Zahl der beschlagnahmten Hundesteueranschläge in Sachsen stieg von 340 im Jahre 1911 auf 4288 im Jahre 1912. Aber auch Preußen ist in Bezug auf den Hundesteuerkonsum „fortgeschritten“: von 1917 Hundesteueranschläge im Jahre 1911 auf 2630 im Jahre 1912. Es ist nun zu berücksichtigen, daß aus naheliegenden Gründen nur der geringste Teil aller verschlungenen Hunde der Fleischschau unterworfen wird. Das Jahr 1913 bringt wahrscheinlich eine weitere Steigerung des Hundesteuerkonsums. Im ersten Quartal 1913 wurden bereits 2517 Hunde der amtlichen Fleischschau unterworfen, gegen 2441 im ersten Vierteljahr 1912.“

Hoffentlich nimmt nun die „Deutsche Tageszeitung“ auch an diesen unseren Mitteilungen „wertvolles Interesse“. Wir glauben, daß selbst ihrem geistig schwerfälligsten Leser das Verständnis für diese Zahlen nicht fehlen wird.

Ministerialerlaß gegen den Innungsterrorismus.

Der preussische Handelsminister hat an die Innungen nachstehenden Erlaß gerichtet:

„Aus Anlaß der Lohnbewegungen der letzten Jahre sind sowohl bei den Beteiligten als auch bei den Behörden öfter Zweifel darüber entstanden, wie weit Zwangsinnungen befugt sind, in den wirtschaftlichen Kämpfen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern ihren Mitgliedern Vorschriften zu machen. Da die bei der Entscheidung von Einzelfällen von mir eingenommene grundsätzliche Stellung bisher nicht allgemein bekannt geworden ist, auch aus den von mir hierüber im Abgeordnetenhaus abgegebenen Erklärungen irrtümliche Folgerungen gezogen worden sind, so sehe ich mich veranlaßt, auf folgende hinzuweisen: Wie sich Zwangsinnungen in Arbeitgeberverbänden nicht weiter betätigen sollen, als mit der Förderung des Friedens zwischen Arbeitgebern und Arbeitern vereinbar ist, so dürfen sie auch im übrigen keine Beschlüsse fassen, die sich als Kampfmaßregeln in einem wirtschaftlichen Streite zwischen Arbeitgebern und Arbeitern darstellen. Deshalb ist es z. B. unzulässig, wenn Zwangsinnungen ihre Mitglieder bei Strafe verpflichten, alle gewerkschaftlich organisierten Gesellen zu entlassen und nur solche Gesellen in Arbeit zu nehmen, die einen bestimmten Revers unterzeichnet haben, oder wenn sie ihren Mitgliedern unter Strafandrohung allgemein und ohne Rücksicht auf den Inhalt verbieten, Sonderverträge mit den Gesellen abzuschließen, und wegen der Nichtbefolgung solcher Vorschriften Strafen gegen die Innungsmitglieder festsetzen. Beschlüsse, welche lediglich dazu dienen, die Innungsmitglieder zur Befolgung der von den Arbeitgebern zum Besten der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen getroffenen Verabredungen zu nötigen, verletzen überdies die Vorschriften der Gewerbeordnung gegen den Koalitionszwang. Eine Verpflichtung der Innungsmitglieder, nur bestimmte Gesellen in Arbeit zu nehmen oder bestimmte Gesellen zu entlassen, ist auch nach § 41 der Gewerbeordnung unzulässig. Soweit indes die Innungsmitglieder in den von ihnen abzuschließenden Sonderverträgen Verpflichtungen übernehmen sollen, die mit bestimmten, gesetzlich von den Innungen zu verfolgenden und daher auch von den einzelnen Innungsmitgliedern zu unterstützenden Innungsaufgaben in Widerspruch stehen würden — z. B. die Verpflichtung, ausschließlich einen anderen als den von der Innung eingerichteten Arbeitsnachweis zu benutzen und somit den Innungsarbeitsnachweis grundsätzlich zu meiden — oder, soweit sie sich zur Innehaltung der Sonderverträge durch ehrenrührige Erklärungen verpflichten sollen, sind die Zwangsinnungen befugt, ihren Mitgliedern den Ab-

schluß derartiger, gegen die Gesetze oder gegen die guten Sitten verstößenden Verträge zu unterlagen.“

Die Aufsichtsbehörden der Innungen sind anzuweisen, gegebenenfalls nach den vorstehenden Grundföfen zu verfahren.

Die Flucht vor der Wehrvorlage.

Vor der Strafkammer in Leipzig fand die Verhandlung gegen 51 junge Leute statt, die sich der Wehrpflicht durch Auswanderung entzogen haben. Jeder der Antimilitaristen wurde zu 100 Mark Strafe verurteilt. Da man im modernen Preußen ganz wie im alten Nürnberg nur den hängt, den man kriegt, werden die meisten Urteile des Thorer Gerichts freilich unvollstreckt bleiben. Schade, daß man keinen preussischen Gerichtsvollzieher nach Rußisch-Polen oder nach den Vereinigten Staaten senden kann!

Der Profit in Gefahr.

Die skandalösen Zustände in der Großeisenindustrie sind im Reichstag vielfach Gegenstand der Erörterung gewesen. In dieser Industrie, die seinen Feiertag kennt, besteht nach die zwölfstündige Arbeitszeit und bei den wöchentlichen Beschäftigten kommt es vor, daß Arbeiter einmal achtzehn Stunden und noch länger hintereinander arbeiten müssen. Dem Raubbau, der mit der menschlichen Arbeitskraft hier getrieben wird, kann nur durch die Einführung der gesetzlichen Achtstundenschicht begegnet werden. Gegen diese Absicht laufen nun die Sachwalter der Großeisenindustrie Sturm und in ganz raffiniertes Weise versuchen sie es, auch die Unterstützung anderer Industrien, die längst eine kürzere Arbeitszeit haben, zu gewinnen. In der Generalversammlung eines Verbandes der Industriellen in Kattowitz führte der Vergrat Dr. Willinger aus:

„Geben die Sozialdemokraten und ihre Helfershelfer erst ihr zunächst ins Auge gefaßte Ziel, die Einführung des gesetzlichen Achtstundentages für die Großeisenindustrie, erreicht, dann gibt es auch für die übrigen Industriezweige kein Halten mehr. Entweder werden sie ebenfalls einem solchen Gesetz unterstellt, oder aber das Achtstundengesetz für die Großeisenindustrie wird ein so kräftiges Hilfsmittel für die gewerkschaftliche Agitation, daß die übrigen Industrien dem Druck der Arbeiterverbände nicht mehr Widerstand zu leisten vermögen. Wie gewaltig aber die Schädigung der gesamten Industrie und ihrer Arbeiterschaft wäre, wenn die Sozialdemokratie dieses von ihr heißbegehrte Ziel erreichte, braucht hier nicht näher dargelegt zu werden. Woher sollten vor allem die Arbeitermassen genommen werden, die bei der Einführung des Achtstundentages in der Großeisenindustrie oder gar in der deutschen Industrie überhaupt mehr erforderlich sein würden, zumal durch die vorliegende Wehrvorlage etwa 40 000, durch das jetzt verabschiedete Wehrgesetz weitere 70 000 Mann alljährlich dem Arbeitsmarkt mehr entzogen werden? Folgerungen würde die Industrie dazu übernehmen müssen, die benötigten Arbeiter aus den Kreisen des Handwerks, der Verkehrszweige und namentlich der Landwirtschaft zu entnehmen, so daß die Einführung des Achtstundentages für die Großeisenindustrie sich zu einer Katastrophe für das ganze deutsche Wirtschaftsleben auswachsen würde.“

Dieser Appell wird natürlich nicht ganz ohne Wirkung bleiben. Gleichwohl muß der Achtstundentag für die Arbeiter der Großeisenindustrie erkämpft werden, denn gerade diese Industrie ruiniert den Arbeiter in ziemlich frühen Jahren. Darin liegt aber auch eine enorme Schädigung der deutschen Wehrkraft und dieser Umstand kann von der Regierung nicht unbeachtet gelassen werden. Der mit enormen Gewinnen arbeitenden Großeisenindustrie, hinter der das brutalste Unternehmertum steht, ist es lediglich um die Erhaltung enormer Profite zu tun, mögen auch Heftatomben von Menschen darüber zugrunde gerichtet werden.

Auch ein deutscher Kulturpionier.

Wegen schwerer Eingeborenenmißhandlungen wurde der Betriebsleiter Stöder von den Swatopmunder Bezirksgericht zu einer Gesamtstrafe von ein Jahr und drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Der Mann muß es schon sehr toll getrieben haben.

Aus dem Soldatenleben!

Das Kriegsgericht in Breslau verurteilte den Vizewachmeister der Landwehr, Waldemar Blottke, früher im Ulanenregiment Nr. 1 in Rilißch, seit April 1912 Schuchmann in Breslau, wegen Verleumdung eines Untergebenen im Dienst zu drei Tagen gelinden Arrest. — Der Rekrut Ridel kam zu spät zum Stalldienst und wurde nach seiner eiblichen Aussage von dem Wachmeister dafür ins Gesicht gespußt und geohrfeigt. Der Angeklagte kann nicht mehr sagen, ob er den Mann schlug, auch will er ihn nicht angespußt, nur vor ihm ausgespußt haben. Nach Ridel's Zeugenaussage habe der Wachmeister den Mann gefragt, ob er ihn meide. R. sagte ja, wohl, das lasse ich mir nicht gefallen. R. hat R. ihm nicht die Karriere zu verderben und unglücklich zu machen. Kriegsgerichtsrat Schubert bezeichnet die Handlung als unerhördet und beantragte wegen tätlicher Verleumdung drei Wochen gelinden Arrest. Das Kriegsgericht nahm zugunsten des Angeklagten an, daß er den Rekruten nicht absichtlich angespußt, sondern nur vor ihm ausgespußt habe, wobei Speichel ins Gesicht flog, ohne Absicht des R. Der Rekrut hatte angegeben, die Ohrfeige hätte ihm nicht Schmerz bereitet, somit konnte keine Anklage wegen Mißhandlung erhoben werden.

Das Wolfische Bureau.

Von der Redaktion des Wolfischen Bureau erhalten wir eine Entgegnung auf unseren gestrigen Artikel. Die darin ausgesprochenen Bemängelungen erklärt das Bureau insofern für berechtigt, als bei Ueberlegung der fraglichen Depesche über den Verlauf der Deputiertenversammlung tatsächlich ein Fehler vorgekommen sei. Ganzlich unbedacht sei aber unsere Bemängelung, soweit sie sich auf die Abstimmung über die Resolution Denis-Roß beziehe. Nach dem amtlichen Bericht sei die Resolution über die Abstimmung nicht in zwei, sondern in drei Teile zerlegt worden. Der dritte Teil, der die Anwendung der Schärfe des Gesetzes gegen die antimilitaristische Propaganda fordere, sei ebenso wie die ganze Resolution einfach durch Handaufheben angenommen worden. Von einer Minderheit sei im amtlichen Protokoll nicht die Rede. Es sei daher durchaus glaubhaft, daß der Abstimmungsmodus den Eindruck hervorgerufen habe, die Tagesordnung sei nahezu einstimmig angenommen worden.

Wir können demgegenüber nur bemerken, daß nach den Berichten der französischen Presse, sowie unseres Korrespondenten der entscheidende Passus der Resolution, der die Strenge des Gesetzes gegen die antimilitaristische Propaganda fordert, nur 333 gegen 158 Stimmen erhalten hat. Wir werden aber nach Einsichtnahme in den amtlichen Bericht eventuell auf die Sache noch zurückkommen.

Eine neue Offenbacher Kommunalaffäre.

Durch die bürgerliche Presse geht eine neue Schauermär von der Berrücktheit der Offenbacher sozialdemokratischen Stadterwaltung. Danach soll der Oberbürgermeister Dr. Dullo von Offenbach sich geweiigert haben, die vom deutschen Städtetag beschlossene Jubiläumsadresse an den Kaiser zu unterzeichnen. Dazu soll der „Verbrecher“ das Rundschreiben des Städtetages beiseite gelegt haben, ohne der in ihrer Mehrheit sozialdemokratischen

Stadtverordnetenversammlung davon Mitteilung zu machen. Erst mehr wie drei Wochen nach dem Kaiserjubiläum befand sich ein Ministerial Stadtvorordner auf seine Pflichten als Monarchist und interpellierte den Oberbürgermeister wegen der behaupteten schweren Pflichtverletzungen. Der Oberbürgermeister erklärte feierlich, um die Unterzeichnung der Glückwunschkarte sei er gar nicht angegangen worden, da diese nur von dem Vorstand des Stadtiages, dem er nicht angehört, unterzeichnet wurde. Auch ein Schreiben des Vorstandes vom Stadtiage hätte er nicht empfangen, also auch nicht ad acta legen können. Dagegen habe er allerdings für die Stellung eines Antrags, zur Jubiläumsfeier des Kaisers für eine Stiftung Geld zu bewilligen, abgesehen, nachdem er sich bei der Führung der gegenwärtigen sozialdemokratischen Mehrheit vergewissert habe, daß ein solcher Antrag von der Stadtverordnetenversammlung abgelehnt werden würde. Er glaube, damit sowohl das Interesse der Stadt, wie im Interesse des monarchischen Gebandes gehandelt zu haben.

Der Standpunkt des Oberbürgermeisters fand jedoch keineswegs die Billigung der Gegner, die dem Oberbürgermeister „ganz unwillkürliche Abhängigkeit von der sozialdemokratischen Mehrheit“ vorwarfen.

Die Patrioten waren noch eifrig beim Schimpfen, als in Offenbach ein Kreisturnfest der freien Turner stattfand. Mehr wie 30 000 Menschen kamen zu diesem „sozialdemokratischen“ Fest zusammen, die meisten Häuser der Stadt waren deshalb mit Fahnen und Girlanden geschmückt, selbst das Stadthaus steckte mehrere Fahnen heraus und die städtischen Straßenbahnwagen trugen Laubgewinde mit weißen, blauen und roten Flecken! Es kam sogar noch ärger! Am Hauptfesttag erschien dann der Oberbürgermeister selbst auf dem Festplatz und hielt eine Begrüßungsrede — man denke, an sozialdemokratische Turner! — in der er die körper- und geiststärkende Wirkung des Turnens pries und den Festteilnehmern viel Vergnügen wünschte. Das verfehlte die Offenbacher Patrioten in rasender Wut. Sie schimpften über den pflichtvergessenen Oberbürgermeister, der die heiligsten Gefühle der monarchisch gesinnten Bürgerchaft durch völlige Nichtbeachtung der erhebenden Jubiläumsfeier tief verletzete und nun ein sozialdemokratisches, republikanisches, umstürzlerisches Fest in einer noch nicht dagewesenen Weise verherrlichen half. So fingt es nicht nur in heftigen, sondern in allen „gutgesinnten“ Blättern Deutschlands.

In Wirklichkeit hat aber der Offenbacher Oberbürgermeister auch beim Kaiserfest am Stadthaus Fahnen herausstrecken lassen, hat auch auf den Kriegervereinstagen die Stadt vertreten, und auch einen Aufruf zur Sammlung einer Kaiserpende für die Mission in den Kolonien mitunterzeichnet. Auch sonst übt der Offenbacher Oberbürgermeister den Brauch, bei größeren Veranstaltungen, Jubiläen usw., die in der Stadt gefeiert werden, das Stadthaus usw. schmücken zu lassen und möglichst persönlich die Gäste zu begrüßen. Solange es sich dabei um bürgerliche Turner, Sänger, Schützen usw. handelt, haben die Gegner gegen die höflichen Gepflogenheiten des Stadtoberhauptes nie etwas einzuwenden gehabt, sie vielmehr für selbstverständlich gehalten. Nur wenn auch Sozialdemokraten solche Höflichkeiten erweisen werden, schimpfen die Offenbacher Emporkömmlinge und ihre Goldschreiber los. Und ihre Aerger ist um so größer, als in der Tat die feierliche Ausschmückung in der Stadt beim Arbeiterturnfest den Festschmuck gelegentlich des Kaiserjubiläums weit in den Schatten stellte. Die patriotischen Heereien der Fabrikantenpresse hatten aber nur die Wirkung, daß am zweiten Tage des Arbeiterturnfestes noch über 10 000 Menschen mehr wie am ersten Tage den Festplatz bedeckten. Die Hoffnung, mit dem patriotischen Rabau Wahlstimme zu machen, ist jedenfalls zerschanden geworden.

Rippold berichtigt.

Der freikonserervative Redakteur Rippold, der den berüchtigten Kronzeiger Köhler zu jener Denunziation anstiftete, die das Schmeidniger Schwurgericht zu dem unbegründeten Nachhansurteil veranlaßte, beglückt uns — unter gleichzeitiger Androhung eines Strafverfahrens — mit folgender Berichtigung:

„In Nr. 178 des „Vorwärts“ vom 15. d. M. veröffentlichte Sie unter der Spitzmarke: „Held Rippold, aus dem Waldenburger Weineidprozeß bekannt“ ein Urteil des Großherzoglichen Schöffengerichts zu Neu-Strelitz, wonach ich wegen Verleumdung des Geschäftsführers des dortigen Konsumvereins zu 50 M. Geldstrafe verurteilt worden sein soll. Dieses Urteil ist nie rechtskräftig geworden; auch ist die Urteilsbegründung ungenau bzw. unzutreffend. Für die zweite Instanz nämlich war neues Zeugenmaterial vorhanden. Doch kam in einem Termin, dem ich nicht beigewohnt habe, ein Vergleich zustande, den mein Rechtsbeistand für mich als abgelehnt erachtete.“

Willy Rippold,
Chefredakteur des „Neuen Tageblattes“
in Waldenburg (Schles.).“

Frankreich.

Die Beratung des Militärgesetzes.

Paris, 18. Juli. (Fig. Ver.) (Beratung des Militärgesetzes.) Die Kammer nahm Artikel 14 an, der unter Zustimmung der Kommission von André Lebèdre abgeändert worden ist und eine Prüfung für Reserveoffizierskandidaten sechs Monate nach ihrem Eintritt ins Regiment vorsieht. Die zugelassenen Kandidaten sollen ein Jahr in den Schulen zubringen und werden dann zu Offizierskandidaten ernannt. Sie werden ihre Dienstzeit als Unterleutnants der Reserve ableisten. Vorher hatte die Kammer einen Änderungsantrag Jaurès mit 327 gegen 246 Stimmen abgelehnt, der jenes Examen sofort beim Eintritt ins Regiment forderte.

Kugagneur trat für folgendes Amendement ein: Wenn die Umstände es gestatten, so sollen der Kriegs- und der Marineminister ermächtigt sein, diejenige Jahresschicht, welche das zweite Dienstjahr beendet hat, vom Dienst zu befreien. Kugagneur erklärte, es sei eine schöne Vollmacht, die Soldaten in die Heimat entlassen zu dürfen, falls die äußere Lage sich gebessert habe. Ministerpräsident Barthou erwiderte, die Antwort der Regierung auf das Amendement sei, daß das Gesetz annulliert, die Festsetzung der Effektivebestände des Heeres unmöglich mache und durch eine Interpellation den dreijährigen Dienst jedes Jahr in Frage stellen könnte, sei die Vertriebsfrage. (Lebhafter Beifall im Zentrum und auf verschiedenen Banken.) Bei der darauffolgenden Abstimmung wurde das Amendement Kugagneur mit 331 gegen 227 Stimmen abgelehnt.

Hierauf wurde mit 321 gegen 240 Stimmen der Artikel 19, der von Jaurès bekämpft wurde und der der Regierung die Möglichkeit gibt, die Jahresschicht, die vom Dienst befreit werden könnte, durch Dekt zurückzubehalten, angenommen. Camuzet legte hierauf ein Amendement vor, welches innerhalb von drei Jahren fünf Monate Urlaub außer den Sonntagen und den Festen vorsieht und festsetzt, daß die gleichzeitig beurlaubten Mannschaften 10 Proz. der gesetzlichen Gabelle nicht überschreiten dürfen. Paté erklärte als Berichterstatter, es sei unmöglich, über vier Monate hinauszugehen, ohne die Effektivebestände zu gefährden. Das Amendement wurde von Barthou bekämpft, der die Vertriebsfrage stellte. Das Amendement wurde alsdann mit 300 gegen 201 Stimmen abgelehnt.

England.

Die englische Auswanderung.

London, 18. Juli. (Fig. Ver.) Die beständig steigende Auswanderung Englands bildet einen sonderbaren Kontrast zu den Behauptungen der bürgerlichen Ökonomen, die an der Hand der mächtig angeschwollenen Fißern des englischen Einfuhr- und Ausfuhrhandels nachweisen, daß sich das englische Volk nie so wohl gefühlt habe wie heute unter der Herrschaft Lloyd Georges. Deshalb wandern denn jährlich Hunderttausende Menschen in der Wüste ihres Lebens aus? muß man sich fragen. Nach den soeben veröffentlichten Fißern für das Jahr 1912 hat die Zahl der englischen Auswanderer eine noch nie dagewesene Höhe erreicht. In früheren Jahren schätzte man die Zahl der britischen Auswanderer, indem man die Zahl der in England ankommenden Reisenden britischer Nationalität von der Zahl der England verlassenen Reisenden britischer Nationalität abzog. Im Jahre 1911 fand man auf diese Weise, daß 281 800 Personen in dem Jahre ausgewandert waren. In diesem Berichtsjahre hat man die Zahl der Ein- und Abwandernden zum ersten Male genauer registriert. Man hat gefunden, daß die Zahl der englischen Auswanderer (abzüglich der Wiedereingewanderten) im Jahre 1912 nicht weniger als 336 454 betrug! Von diesen gingen 74,5 Proz. nach den Kolonien und 23,1 Proz. nach den Vereinigten Staaten. 60 Proz. der erwachsenen Männer und 55 Proz. der erwachsenen Frauen standen im Alter von 18 bis 30 Jahren und 26 Proz. der erwachsenen Männer und 27 Proz. der erwachsenen Frauen waren 31 bis 45 Jahre alt. Von den erwachsenen Männern über 18 Jahre waren 19 Proz. Landarbeiter, 15 Proz. Handelsangestellte und Mitglieder freier Berufe, 32 Proz. qualifizierte Arbeiter und 25 Proz. Tagelöhner. Die Tatsache, daß die große Mehrheit der Auswanderer nach den Tochterstaaten geht, ist kaum geeignet, die englische Nation mit diesem furchtbaren Abbruch zu versöhnen. Auch die Arbeiterbewegung fühlt den Verlust. Denn die Erfahrung lehrt, daß es gerade die unternehmungslosigen und realistischen Elemente sind, die der Heimat den Rücken kehren. Vielleicht hat die große Auswanderung aus England nicht wenig damit zu tun, daß es mit der sozialistischen Bewegung in Großbritannien so langsam vorwärts geht. Beweisen läßt sich dies wohl schwierig. Aber man hätte Dutzende von Fällen anzuführen, in denen junge vielversprechende Genossen plötzlich nach Australien oder Kanada verschwanden und den Staub der alten Welt von den Schultern schüttelten.

China.

Die neue Regierung des Südens.

Peking, 18. Juli. (Melbung des Reuterschen Bureaus.) Die allgemeine Lage hat sich für die Nordtruppen gebessert. Die Südruppen wählten Tsenhshuan, einen alten Freund Yuanzhilais, zum Präsidenten, und ernannten einige Minister. Es wird berichtet, daß die Südruppen den Gouverneur von Anhui und etwa 20 andere Offiziere töteten. Eine Anzahl ergebener Generale beriet gestern lange mit Yuanzhilai. Fengtuo, der Eroberer von Hangun während der Revolution, soll das Oberkommando erhalten.

Aus der Partei.

Totenliste der Partei.

Rom, den 16. Juli. (Fig. Ver.) Ein alter Sozialist, der noch mit Costa, Malesta und Caffiero dem italienischen Zweig der „Internationale“ angehört hat, Genosse Carlo Monticelli, ist am 14. Juli in Rom an Herzlähmung gestorben. Um sich einer langen Gefängnisstrafe zu entziehen, die ihm sein Wirken für die Internationale eingetragen hatte, floh er in jungen Jahren nach Paris, wo er gemeinsam mit Andrea Costa mehrere Jahre in großem Elend verlebte. Nach einer Amnestie nach Italien zurückgekehrt, veröffentlichte er zahlreiche Propagandaschriften und gab eine sozialistische Zeitschrift, den „Socialismo Popolare“ heraus. Damals die Parteipresse in Italien niemandem eine Existenzmöglichkeit bieten konnte, mußte Monticelli in der Redaktion eines bürgerlich-radikalen Blattes arbeiten. Im Jahre 1908 berief ihn Enrico Ferri als ersten politischen Redakteur in die Redaktion des „Avanti“, der er fast drei Jahre angehörte. In der Folge zog er sich immer mehr vom politischen Leben zurück, das ihm viele und bittere Enttäuschungen gebracht hatte. Seine journalistische Tätigkeit, der er sich bis zu seinen letzten Lebensjahren eifrig und gewissenhaft widmete, hat ihm immer nur mit knapper Not das krasse Elend vom Leibe gehalten. Er war gut und hilfsreich, und es war ihm immer heiliger Ernst mit seiner sozialistischen Ueberzeugung. Die Partei ist ihm ein dankbares Gedächtnis schuldig.

Der außerordentliche holländische Parteitag.

zur Beratung der Ministerfrage wird Sonnabend, den 26. und Sonntag, den 27. Juli d. J. in Amstel abgehalten. Als ein neues Zeichen des Aufschwunges der holländischen Partei ist mitzuteilen, daß das Zentralorgan „De Volk“ in drei Wochen 1708 neue Abonnenten gewann und damit die Abonnentenzahl auf über 28 000 brachte.

Die Statutenänderung der französischen gereinigten Partei.

Paris, 14. Juli. (Fig. Ver.) Die Versammlung des Nationalrats der sozialistischen Partei, die gestern gelang hat, hatte eine Aufgabe von besonderer Wichtigkeit zu erfüllen. Ihr hatte nämlich der Parteitag von Brüssel, der bekanntlich wegen der Ministerkrise vorzeitig abgebrochen werden mußte, die Entscheidung über die Statutenänderung übertragen, die sich schon längst als notwendig erwiesen hatte. Eine Kommission wurde mit der Arbeit betraut. Sie legte gestern einen Entwurf vor, der in den wesentlichsten Punkten angenommen wurde, nach einer Diskussion, die erfreulich die Auflösung der alten „Tendenz“ im einheitlichen Parteiorganismus bezugte.

Die wichtigsten Beschlüsse betrafen das Verhältnis zwischen den Deputierten und den Vertretungskörpern der Partei. Art. 30 bestimmte bisher, daß die Fraktion im Nationalrat durch eine Delegation vertreten werde, der einzelne Deputierte also nicht von seiner Föderation delegiert werden könne. Gestern wurde eine neue Fassung beschlossen, die die besondere Vertretung der Fraktion aufhebt und die Deputierten den anderen Parteigenossen gleichstellt. Der Nationalrat wird künftig nur aus den Delegierten der Föderationen und der vom Parteitag gewählten permanenten Verwaltungskommission zusammengesetzt sein. — Diese Reform wurde mit 2205 Mandaten gegen 405 angenommen.

Art. 33 schloß hiebei die Deputierten von der permanenten Verwaltungskommission (d. h. Parteivorstand) aus. Die Revisionskommission schlug vor, daß 8 von den 24 Parteivorstandsmitgliedern der Fraktion entnommen werden sollten. Nach einer Debatte wurde beschlossen, daß alle 24 Vorstandsmitglieder vom Parteitag in einem einzigen Wahlgang gewählt werden sollen und die Zahl der gewählten Parlamentarier höchstens ein Drittel des Parteivorstandes betragen darf.

Beschlossen wurde ferner, daß zur Wählbarkeit in die Verwaltungskommission sowie zum permanenten Delegierten, d. h. angehenden Agilator eine fünfjährige Parteimitgliedschaft erforderlich sei — mit einer Ausnahme für die jungen Föderationen. — Das Parteibureau, bestehend aus dem Generalsekretär, dem Kassierer und den Sekretären der vier Unterkommissionen wird von der permanenten Verwaltungskommission gewählt und vom Nationalrat bestätigt.

Der Nationalrat wird von nun an nur zweimal im Jahre zusammenzutreten, nicht viermal wie bisher. — Der Nationalrat bekommt ferner das Recht auf Einleitung des Ausschließungsverfahrens, das nur die Föderationen zustand. — Der „Socialiste“, das Scherzgenie der Partei, wird nicht mehr wöchentlich, sondern als Monatsbulletin erscheinen und die offiziellen Dokumente der Partei enthalten. Er wird den Organisationen unentgeltlich zugestellt werden. — Die Buchhandlung der Partei wird mit der der „Humanité“ verschmolzen.

Aus einem kurzen Bericht Brades über die „Humanité“ ergibt sich der Aufstieg des Blattes. Im Herbst soll eine neue Aktion unternommen werden, um der „Humanité“ eine ungehemmte Entwicklung zu sichern.

Die Frage des Volkshauses, mit dessen Errichtung sich die Partei schon seit mehreren Jahren beschäftigt, ohne recht vom Fleck zu kommen, wurde neuerlich vertagt. Nach Mitteilungen des Genossenschaftlers Genossen Hélie's scheint eine Lösung unter Teilnahme des Konsumvereins „Egalitaire“ in guter Aussicht.

Zum Schluß wurde die neue Verwaltungskommission gewählt. Es gehören ihr 7 Deputierte an, und zwar Brades, Compère-Morel, Groussier, Guéde, Jaurès, Sembat und Vaillant.

Aus Industrie und Handel.

Herrn von Liebert's Gründung, die Deutsche Russi Baumwollgesellschaft, ist, nachdem sie nur wenige Jahre bestanden hat, vor kurzem in Liquidation getreten. Wie die bürgerliche Presse medelt, gehen die Anteilhaber dieses Unternehmens völlig leer aus, da das ganze Stammkapital der Gesellschaft verloren ist und die Plantagen den Darlehensgebern verpfändet waren. Im Gründungsprojekt waren seinerzeit Dividenden von 20 Proz. und mehr in Aussicht gestellt worden! Die Gesellschafter sind von vornherein über den Wert des Gesellschaftsbesitzes und die eigentlichen Vorgänge bei der Gründung im unklaren gelassen worden. Gegen den Vorbesitzer und Mitgründer Dr. Groppler schweben gerichtliche Klagen, die sich gegen falsche Angaben in den Gründungsprojekten u. a. rühten. Herr v. Liebert soll durch Vertuschung ihm bekannter Unregelmäßigkeiten bei der Gründung und Leitung der Gesellschaft ebenfalls an der Pleite nicht ganz unschuldig sein. Er hat es daher vorgezogen, sein Mandat als Mitglied des Aufsichtsrats niederzulegen, ehe die Gesellschafterversammlung hierzu Stellung nehmen konnte, ob ihm das Mandat entzogen werden solle. Auf die wunden Punkte seiner Tätigkeit in der Gesellschaft weist ein Zirkular von Gesellschaftern hin, worin es u. a. heißt: „Bewauerlicherweise ist in dem (Verteidigungs-) Rundschreiben des Herrn v. Liebert gerade über sehr wesentliche Punkte, über welche die Gesellschaftsbesitzer eine Erklärung gehört hätten, nichts zu finden, wie z. B. über die ihm gewährten Freianteile und die Bedingungen dieser Abtretung, über die von ihm unterlassene Herbeiführung der Bilanzgenehmigung und insbesondere auch darüber, wie er die Uebernahme des Russischpostens und der damit verbundenen Bezüge zu rechtfertigen vermag, obwohl er, wie urkundlich nachgewiesen ist, von vornherein die Unrichtigkeit der Angaben des Projekts und des Gründers Groppler kannte. — Öffentlich leuchten die Prozesse gegen Groppler auch etwas in die Gruberitätigkeit v. Liebert's hinein.“

„Rotes Kreuz gegen Börsenspekulation.“ Die Petersburger Großbanken haben nach dem „Berl. Börsen-Courier“ in einer Beratung unter dem Vorsitz des Vizepräsidenten der Reichsbank beschlossen, ein Rotes Kreuz gegen Börsenspekulation ins Leben zu rufen, um den Preissturz der Werte aufzuhalten. Dieses Rote Kreuz hat sich nunmehr gebildet. Es besteht aus den Banken Asow-Don, Wolgo-Kama, Handels-Industriellen, Bank für auswärtigen Handel, Russisch-Asiatische, Diskontobank und Handelsbank mit einem Grundkapital von 30 000 000 Rubeln. Der Direktor der Reichsbank wurde mit der Aufgabe betraut, für Rechnung des Roten Kreuzes die Werte anzukaufen, die am meisten der Börsenspekulation unterliegen. — In Deutschland tun die Großbanken diese Selbstredende, ohne dem Rinde diesen mildtätigen Namen zu geben. In Wahrheit verbirgt sich hinter der sogenannten Intervention zugunsten gefährdeter Papiere nichts als eine planvolle und großzügige Exportation der Kleinkapitalisten, die in der Zeit der Geldnot ihre Papiere verkaufen müssen, zugunsten der Großbanken.

Letzte Nachrichten.

Reichstagswahl in Weilheim.

Weilheim, 18. Juli. Bei der heutigen Reichstagswahl wurde der Kandidat Emminger (S.) gewählt. Nach dem bisher vorliegenden Ergebnis der Stimmengählung erhielt Emminger 11 304, der Bauernbündler Eisenberger 6081, der Sozialdemokrat Stainer 3376 und der Liberale Dr. Müller 2482 Stimmen. Zerstückelt sind 10 Stimmen. Es stehen noch Gemeinden aus, die aber an der Wahl Emmingers nichts mehr ändern.

Friedensausichten?

Sofar, 18. Juli. (W. L. V.) Im Interesse einer raschen Aufstellung der Grundlagen, unter denen ein allgemeiner Balkanfrieden geschlossen werden kann, wird die rumänische Regierung voraussichtlich noch heute mit der serbischen Regierung in Verbindung treten.

London, 18. Juli. (W. L. V.) Hier sind zuverlässige Nachrichten eingetroffen, daß der Friede zwischen den Balkanstaaten in aller kürzester Zeit bevorsteht. Auf diese Nachrichten hin war die Börse heute optimistisch gestimmt.

Die russische Mobilisierung.

Arahan, 18. Juli. (W. L. V.) Die Nachrichten bestätigen sich, daß Rußland trotz aller offiziellen Dementis siederhaft Mobilisierungsmassnahmen trifft, die sich nicht nur auf die Militärbezirke an der österreichisch-ungarischen Grenze beschränken, sondern das ganze europäische Rußland umfassen. Der Frachverkehr Rußlands leidet schon jetzt teilweise unter dem Einfluß der Mobilisierung.

Die Bremerhavener Polizeistunde vor Gericht.

Karlsruhe, 18. Juli. (W. L. V.) In zweitägiger Sitzung wurde gestern und heute vor der hiesigen Strafkammer über die anlässlich der Kaiserfeier in Bremerhaven vorgelassenen Ausschreitungen verhandelt. Der Staatsanwalt befaßte auf der Anklage wegen Aufruhrs, jedoch hielt das Gericht Aufruhr nicht für erwiesen und verurteilte drei der Angeklagten wegen Teilnahme an einem Aufruf, und zwar den Richter Johann Krümann zu zwei Monaten und den Arbeiter F. Paschil zu drei Wochen Gefängnis und den Schmied W. Kleine zu 30 M. Geldstrafe. Der Maurer D. Waffer wurde freigesprochen.

Militär gegen Streikende.

London, 18. Juli. (W. L. V.) Die Haltung der freienbenen Dodarbeiter von Reith, die um eine Lohnerhöhung kämpfen, ist so drohend (!) geworden, daß das Militär aufgerufen wurde, sich bereit zu halten. Die Admiralität befahl den Kriegsschiffen, sich fertig zu halten, um Matrosen zum Schutz von Leben und Eigentum zu landen. Infolge der Unruhen war die Polizei heute gezwungen, vorzugehen.

Werktätigerstreik in Südrussland.

Nikolajew, 18. Juli. (W. L. V.) In der hiesigen Schiffswerft, in der ein partieller Streik ausgebrochen war, haben jetzt alle Arbeiter die Arbeit eingestellt.

Dauer nur bis 23. Juli

Wäsch- und Lüster-Woche

Dauer nur bis 23. Juli

Besonders billige Ausnahmepreise

Wash-Joppen grünlicher Baumwollstoff . . . 80 Pf.
 Wash-Joppen grau gemustert 1.95
 Wash-Joppen grün Jagdtuch 2.65
 Wash-Joppen schilfgrün, mit Falten 5.25
 Wash-Hosen ^{gran oder grünlich} 3.00 2.35 1.55
 Weiße Wash-Hosen 4.10 3.35 2.15
 Wash-Westen schöne Muster . . . von 75 Pf. an

Lüster-Jacketts schwarz 2.55
 Lüster-Jacketts schwarz und gemustert . . 3.90
 Lüster-Jacketts schwarz und farbig 5.10
 Lüster-Jacketts schwarz und blau 7.20
 Lüster-Jacketts amerikanisches Besetzen . 10.80
 Bast-Jacketts Imitation, Qualität II 4.25
 Bast-Jacketts Imitation, Qualität I 6.90

Knaben-Wash-Anzüge zu den bekannten billigen Preisen
 Blusen-Anzüge für 3-8 Jahre 5²⁵ 4¹⁰ 2⁶⁵ 1⁶⁵ 55 Pf.
 Prinz-Heinrich-Anzüge für 3-8 Jahre 5⁵⁰ 4¹⁵ 2⁷⁵
 Kieler Anzüge für 3-8 Jahre 4¹⁵ 3¹⁰, f. 9-14 Jahre 4⁹⁵ 3⁶⁰
 Schul-Anzüge Joppe u. Hose, f. 7-12 Jahre 4⁸⁵ 3⁶⁰ 2¹⁰ 1⁴⁵
 Wash-Blusen u. Hosen ^{für 3 bis 8 Jahre} 1⁴⁵, 95, 70, 30 Pf.
 Sport-Hosen blau Satin, waschecht ^{für 3 bis 8 Jahre} 1³⁵, ^{für 9 bis 15 Jahre} 1⁵⁵

Prompter Versand nach außerhalb.

Bast-Anzüge Imitat.
 1- und 2-reibig auf 2 und 3 Knopf, Hose mit Usabug
 Qual. I 16²⁵ Qual. II 11²⁵

Große Posten zu den bekannten herabgesetzten Preisen
 Flanellart. Jacketts wenig ge- 2⁴⁰
 Flanellart. Hosen wenig ge- 1⁸⁵
 Flanellart. Westen wenig ge- 75 Pf.

BAER SOHN

Chausseestraße 29/30 BERLIN 11 Brückenstraße 11
 Große Frankfurter Str. 20 Gegr. 1891 Schöneberg, Hauptstr. 10

Sonntag nur von 9-10 Uhr geöffnet Der Haupt-Katalog Nr. 47 (Neuzeit Moden) kostenfrei Sonntag nur von 9-10 Uhr geöffnet

Gelegenheitsposten in
 Damen-Gummi-Mänteln
 21⁵⁰ 17⁵⁰ 14²⁵ 11⁷⁵

Herren-Gummi-Mäntel
 Echt englisch 9²⁵
 (Single)

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
 Verwaltungsstelle Berlin. C 54, Finienstr. 83-85.
 Telefon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714.

Montag, den 21. Juli ex., abends 8^{1/2} Uhr, in den
 Pharusälen, Müllerstr. 142:
 Fortsetzung der
Bezirks-Versammlung
 für den 16. und 17. Bezirk vom 7. Juli.
 Tagesordnung:
 Bericht vom Verbandstag in Breslau.
 Mitgliedsbuch legitimiert?

Montag, den 21. Juli, abends 8 Uhr, in den „Armin-
 hallen, Kommandantenstr. 58/59:
Außerordentliche Branchen-Versammlung
 der
 Werkzeugmacher, Einrichter, Zigarettenmaschinenführer,
 Scharfschleifer, sowie sämtl. in Buchdruckereimaschinen-
 fabriken beschäftigten Kollegen.
 (Die Kollegen der A.E.G.-Werke sind besonders zu der
 Versammlung eingeladen.)
 Tagesordnung:
 1. Vortrag über „Vollschürze“. Referent Genosse R. Peterhansel.
 2. Branchen- und Verbandsangelegenheiten.
 Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Montag, den 21. Juli, abends 6 Uhr, im Gewerkschafts-
 haus, Engelauer 15, Saal 1:
Versammlung
 aller in Metallwarenbetrieben beschäftigten Metall-
 fasson- und Revolverdreher sowie Dreherinnen.
 Tagesordnung:
 1. Branchenangelegenheiten. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
 Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Montag, den 21. Juli 1913, abends 8^{1/2} Uhr, in den
 Musiker-Festsälen, Kaiser-Wilhelm-Str. 18m, gr. Saal:
Branchen-Versammlung
 der Elektromonteur und Helfer Groß-Berlins.
 Tagesordnung:
 1. Vortrag über die „Vollschürze“. Referent Kollege B. Chomse.
 2. Bericht der Agitationskommission. 3. Branchenangelegenheiten.
 Zutritt nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches.

Gürtler!

Montag, den 21. Juli, nachmittags 5^{1/2} Uhr, in den
 Arminhallen, Kommandantenstr. 58/59:
Große Versammlung
 aller in den Betrieben der Militäreffekten-Branche
 beschäftigten Kollegen und Kolleginnen.
 Tagesordnung:
 1. Die Arbeiterschaft und der Geburtenrückgang in Deutschland. Ref.:
 Genosse Dr. Rosen. 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten.
 Zahlreichen Besuch obiger Versammlungen erwartet
 122/5 Die Ortsverwaltung.

Arbeiterhaugenossenschaft „Paradies“
 zu Berlin. E. G. m. b. H.

Montag, den 28. Juli 1913, abends 8 Uhr, im großen Saale
 des Gewerkschaftshauses, Engelauer 15:
11. ordentl. Generalversammlung.
 Tagesordnung:
 1. Geschäftsbericht: Vorlegung der Bilanz nebst Gewinn- und Verlust-
 rechnung. 2. Bericht der Revision und Genehmigung der Bilanz sowie
 Beschlussfassung über die Verteilung des Gewinnes oder Verlustes. 3. Be-
 richt von der gerichtlichen Revision. 4. Neuwahlen des Vorstandes.
 5. Erziehung zum Ausschussrat. 6. Antrag des Vorstandes betr. Weiter-
 zahlung der 50 Pf.-Beiträge. 7. Eventuelle Anträge der Genossen. 8. Ver-
 schiedenes. 106/4
 Es ist Pflicht eines jeden, zu erscheinen.
 Nur Mitglieder haben Zutritt. Ohne Mitgliedsbuch kein Einlass.
 Die Bilanz nebst Gewinn- und Verlustrechnung sind in der Geschäfts-
 stelle 80, Rottbuser Ufer 44 in den Klassenstunden einzusehen.
 Einzelne Anträge der Mitglieder müssen bis spätestens Montag, den
 21. Juli, schriftlich beim Vorstand eingegangen sein.
 Der Vorstand:
 G. Zorn. P. Schiffe. R. Hoppe.

Allgemeine Kranken- u. Sterbekasse
 der deutschen Drechsler
 und Berufsgenossen (E. H. 86 Hamburg).
Mitglieder-Versammlungen
 am Montag, den 21. Juli 1913, abends 8^{1/2} Uhr:
 Bezirk A: Gewerkschaftshaus, Saal 9.
 B: Restaurant Ehlert, Rottbuser Straße 19.
 C: Bartsch, Alte Jakobstr. 18-19.
 D: Schulz, Neue Königstr. 16.
 Tagesordnung:
 1. Geschäftliches. 2. Klassenbericht vom 2. Quartal 1913. 3. Bericht
 von der Generalversammlung am 13. Mal. 4. Verschiedenes. 39/7

Deutscher Holzarbeiter-Verband
 Verwaltung Berlin.
Laden- und Kontormöbelbranche
 Montag, den 21. Juli, abends 6 Uhr,
 im Englischen Hof, Alexanderstraße 27c:
Branchen-Versammlung.
 Tagesordnung:
 1. Vierteljahresbericht. 2. Ausgabe des Nebenvertrages und Be-
 sprechung desselben. 86/3
 Die arbeitslosen Kollegen sind besonders zu dieser Versamm-
 lung geladen. Die Ortsverwaltung.

Sommer-Ausnahme-Preise für Juli-Lieferung
 Michel-Brikett-Kohlenhandlung G. m. b. H. Neukölln,
 Kneesebeckstraße 148.

Michel Salonbriketts 8.25 Mark pro 1000 Stck

MR Industriebriketts 0.80 Mark pro 1 Zentner.

frei Gelad jeder Etage in Neukölln.
 Neukölln, Kneesebeckstr. 148. Tel. 1619.

Bestferminz
Lysiform

Das Mundwasser
 ohne Rivalen!!
 Die Bazillen in
 Mund u. Rachen
 vernichtet es
6 X schneller!
 als jedes andere
 Mundwasser.
 Fl. M. 1,—

Ausnahmepreise!
Hans A. B. Koch
Kohlen-Briketts-
Großhandlung
 Lagerplatz u. Hauptkontor
 BERLIN O. 17
 Rüdersdorfer Straße 71.
 Tel. Amt Königstadt 3040 u. 3066.
 Ab Platz:
 Ia Bruch-Briketts 75 Pf.
 Ia Halbstein-Briketts 85 .
 Ia Marienglück 90 .
 Ia Diamant ges. gesch. 1.—M.
 Ia Perla des Bergbaus
 ges. gesch. unüber-
 troffene Qualität,
 größtes Format 1.—
 Ia Cadé Marke Diamant 2.20 .
 sowie sämtliche anderen Brenn-
 materialien.
 Von 5 Ztr. ab billigere Preise.
 Handwagen stehen meinen werten
 Abnehmern gratis zur Verfügung.
 Sonntags von 8-10 Uhr geöffnet.

Monats-Garderobe!
 4-500 getragene Anzüge für
 Herren: Smoking, Grad- und
 Gehrock-Anzüge (auch zu ver-
 leihen), Sommerüberzieher sowie
 n. Modallerer getragen, fast neue
 Sachen (a. Selbe), f. jed. Figur pass.
 in größter Auswahl z. unübertroffen
billigen Preisen.
 1 Ztr., deshalb billiger wie im Laden.
 Hirsch Kielerbaum, Wasserstr.
 straße 12/13 1

Keine Filialen.
1 Mark
 wöchentliche Teilzahlung
 liefert elegante
Herren-
Moden
 fertig und nach Mass!
Garantie für tadel-
losen Sitz.
Jonas
Kurzberg
 Oranienstr. 160!
 zwischen Moritz- u. Oranienplatz.
 Bitte genau auf Straße
 u. Hausnummer zu achten.

Wo? ist der schönste Ausflugsort?
 Immer noch **Pichelswerder**,
 an der neuen
 Heerstraße beim **Alten Freund**.

Leihhaus Moritzplatz 58a

kaufen Sie von Kavaliere wenig getragene sowie im Versatz gewesene Jacketanzüge,
 Rockanzüge, Paletots, größtenteils auf Seide gearbeitet, von 9-18 M. Ferner Gelegen-
 heitskäufe in neuer Maßgarderobe enorm billig. Riesen-Posten Kleider, Kostüme,
 Mäntel, auf Seide gearbeitet, früher bis 150, jetzt 20-35 M. Extra-Angebot in
 Lombard gewesener Teppiche, Gardinen, Portieren, Betten, Wäsche sowie Uhren und
 Goldwaren zu enorm billigen Preisen. — Vorwärtsleser erhalten 10% extra

Gewerkschaftliches.

Hartnäckig im Arbeiterrat.

Die genialen Strategen des Massenstreikbruchs im Ruhrrevier sitzen in der Klemme. Verdächtig, sehr verdächtig ist das Vertrauensvotum, das sich die schuldig Beteiligten selbst dieser Tage ausstellten.

Wie war die Sache? Die Kohlenfürsten trieben die Kohlenpreise gewaltig hinauf. Breiter und breiter floß der Strom der Gewinne. Auf der anderen Seite blieben die Löhne hinter den Preissteigerungen weit zurück.

Diese Selbstbeweihräucherung auf der erwähnten Generalversammlung wird den Streikspottmachern wenig nützen. Sie haben Unglück. Ihre intimste Freundin, die „Kölnische Volkszeitung“, macht gerade jetzt — Nr. 610 — Feststellungen, die ihnen sehr, sehr unangenehm in die Ohren klingen müssen.

In der Tat war die Begründung, welche die Vergewaltiger für ihr Vorgehen anführten, nämlich der Hinweis auf Steigen der Löhne usw. unredlich. Schon die vorherige Erhöhung der Preise brachte ihnen bedeutend reichere Gewinne.

Die Wahrheit wird man doch auch gelten lassen müssen, wenn es sich um die Frage des Massenstreikbruchs der Christen

handelt. Gerade mit Hinweis auf die nun von der „Köln. Volksztg.“ so scharf herausgestellten Preissteigerungen begründeten die Vergewaltiger ihre Forderung. Die Gewerkschaftsführer aber hatten Mittel mit der Not der Kohlenkapitalisten. Man müsse erst ruhig abwarten, ob sie Lohnsteigerungen in genügendem Maße eintreten lassen würden.

Von den M.-Glabbachern ist, wie ihr Verhalten deutlich erkennen läßt, Besserung leider nicht zu erwarten; die Reue ist ihnen fremd, hartnäckig verharren sie in dem Zustand des Arbeiterrrats. Die Arbeiter müssen's endlich doch merken.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Formier und Sichererarbeiten! Die Firma Hartung Aktiengesellschaft, Nichtenberg, Herzbergstr. 122—124, ist für Formier und Sichererarbeiten gesperrt.

Deutsches Reich.

Zur Werftarbeiterbewegung.

In Stettin haben am Donnerstag die bereits früher abgetrauten Verhandlungen stattgefunden. Ein positives Resultat haben sie nach keiner Richtung hin gezeitigt. Von den Vertretern der Arbeiter wurde versucht, aus den Vertretern der Werftindustrie herauszubekommen, auf welchem Standpunkt sich ihre Mandatgeber jetzt, angesichts der augenblicklichen Situation, stellen.

Am Donnerstagabend sind die Zentralvorstände der in Frage kommenden Organisationen zusammengetreten. Es wurde beschlossen, zu Freitagabend eine Vertrauensmännerversammlung einzuberufen. Am Sonnabend finden dann die Werftarbeiterversammlungen statt — auch die Pirisch-Dunderschen Gewerkschaften berufen eine solche ein —, die dann endgültig über den Fortgang der Bewegung entscheiden sollen.

Der Stettiner Vulkan ist jetzt bemüht, die Arbeiter in ein Kündigungverhältnis hinein zu bekommen. Er will sich also, da er genügend Aufträge hat, Arbeiter sichern, die später den Ausreicher spielen sollen.

Zum Auslande der Rietter ist noch zu berichten, daß die Zahl der Streikenden 486 beträgt. Bisher ist es nicht gelungen, auch nur einen Arbeitswilligen zu finden.

Zum Terror der Lausitzer Grubenbarone.

Nach unendlicher Mühe war es gelungen, im Löffler Revier eine Zahlstelle des Vergewaltigerverbandes zu gründen. Dies ging aber

den Grubenbaronen wider den Strich und so suchten sie der Zahlstelle mit allen Mitteln das Lebenslicht auszublasen. Dieser Tage erhielt der Vorsitzende, der auf der Grube Augusta beschäftigt ist, folgendes Schreiben ins Haus gefandt:

„Grube Augusta, Sorau.

An den Vergewaltiger Da Sie anscheinend mit unseren Arbeitsbedingungen nicht mehr zufrieden sind und in Ihrer Unzufriedenheit auch noch andere unserer Leute aufzureizen suchen, so verzichten wir auf Ihre fernere Handlungen und verbieten Ihnen bis auf weiteres, unsere Grubenanlagen und Grundstücke zu betreten usw.

Achtungsvoll Grube Augusta. (gez.) Kühne.“

Die ganze Schwere der Macht der Grubenbarone bekommen die Vorstandsmitglieder der Zahlstelle zu fühlen. Nicht allein, daß sie entlassen werden, sind sie auch noch auf allen Gruben im Lausitzer Revier von der Beschäftigung ausgeschlossen. Es ist aber dafür gesorgt, daß die Organisation trotz alledem weiter an Boden gewinnen muß.

Ausland.

Die Gefahr eines allgemeinen Eisenbahnerausstandes

wird in Südafrika immer größer. Die Eisenbahnverwaltungen verlangen, bevor sie Konzessionen machen, daß die Arbeiterverbände eine andere Haltung annehmen. Man befürchtet, daß in einer Woche der Ausstand vor sich gehen wird. Die Regierung hat alles vorbereitet, um die Bewegung in ähnlicher Weise niederzuknappen, wie die der Goldgräber. Alles ist bis ins kleinste geregelt. Ueber die Haltung der 25 000 eingeborenen Eisenbahnarbeiter ist noch nichts Bestimmtes bekannt.

Soziales.

Abnahme der Vergehen und Verbrechen.

Wenn unsere Reaktionen für strafrechtliche Anbelang der Meinungsfreiheit Propaganda machen wollen, dann begründen sie ihre dunklen Pläne mit einem Hinweis darauf, daß die Welt immer schlechter werde und die Bevölkerung — natürlich infolge der sozialdemokratischen Verheerung — sittlich immer mehr verwidere. Dies infame Gerede ist jedoch haltlos wie alle Argumente unserer Dunkelmänner und wird durch die Statistik gründlich Lügen gestraft. Trotzdem es im Grunde genommen auch für einen anständigen Menschen eine Kunst ist, um die zahlreichen Fallstriche der Gesetzgebung zu vermeiden und unbestraft zu bleiben, hat sich im Verhältnis zur Bevölkerungszahl die Zahl der in Preußen wegen Verbrechen und Vergehen gegen die Reichsgesetze verurteilten Personen im Laufe von 15 Jahren nicht unerheblich vermindert.

Unrichtig ist ferner die reaktionäre Behauptung, daß namentlich in der Jugend die sittliche Verwilderung immer mehr um sich greife. Zwar blieb in der Zeit von 1895 bis 1905 die Zahl der auf 100 000 Strafmündige verurteilten Jugendlichen stabil; im Jahre 1910 sank gegen 1895 die Zahl jedoch von 893 auf 648, so daß auch hier ein Fortschritt zum Besseren zu verzeichnen ist.

Ganz besonders hat aber die Zahl der schweren Verbrecher abgenommen. Während im Jahre 1898 in die preussischen Justizhäuser im ganzen 5826 Strafgefangene eingeliefert wurden, verminderte sich diese Zahl im Jahre 1905 auf 4612 und im Jahre 1910 auf 4455. Auf je 100 000 der erwachsenen Strafmündigen Bevölkerung berechnet stellte sich der Zugang 1898 auf 3,22, 1905

Kleines feuilleton

Kommt das Plattdeutsche wieder? Aus Hamburg wird uns geschrieben: Im selben Augenblick, in dem wir diese Frage stellen, müssen wir sie auch schon begrenzen.

Es kann sich natürlich nie um die Frage handeln, ob das Plattdeutsche wieder wie in alten Zeiten, die herrschende Kultursprache von Norddeutschland werden soll.

Wohl ist eine ehrwürdige Welt norddeutscher Anschauung und norddeutschen Gefühls zu Grunde gegangen, als die plattdeutsche Sprache als Kultursprache ins Grab sank. Aber wie sehr ein Norddeutscher, der die plattdeutsche Sprache in ihrer herrlichen Bodenständigkeit liebt, diese Vorgänge auch mit Behmut bedenken mag; es sind Vorgänge, die längs zu einer unüberwindlichen geschichtlichen Wirklichkeit geworden sind.

Es ist durch diesen kulturellen Prozeß ohne Zweifel viel Kostbares verloren gegangen, aber es sind auch große Werte gewonnen worden. Die geistige Einheit des deutschen Volkes, die durch die hochdeutsche Kultursprache gewonnen worden ist, ist zugleich eine Garantie der nationalen Einheit und damit auch der nationalen Freiheit.

Es kann sich also nur darum handeln, ob in Norddeutschland die Verehrung der plattdeutschen Sprache wieder im Wachen begriffen ist, nachdem sie allzulange einer schmachvollen Gleichgültigkeit gewichen war, und ob das Plattdeutsche, gleichsam unter den Fittichen der unveränderbaren hochdeutschen Sprache, sich in Norddeutschland eine lokale Geltung als Kultursprache wieder zurückerobern kann. Wenn es der Fall sein könnte, würden wir sehr bereichert werden und mancher Wert würde ausflößen, der nur aus dem alten Mutterboden der plattdeutschen Sprache erwachsen kann.

Es kann unleres Erachtens der Fall sein. Und es wird auch der Fall sein.

Wer, wie der Verfasser dieser Zeilen, zwanzig Jahre von dem norddeutschen Zentrum Hamburg weg war, um dann wiederzukehren, sieht mit freudigem Erstaunen und selbst nicht ohne Ergriffenheit, daß die plattdeutsche Sprache wieder im Steigen begriffen ist.

Es gibt im heutigen Hamburg ernstzunehmende Plattdeutsche literarische Gesellschaften; es gibt eine Generation von unzweifelhaft begabten plattdeutschen Dichtern, Rezitatoren, Sängern; die Zeitungen bringen ernste plattdeutsche Erzählungen (nicht nur wie früher banal-komische Schmuereien); ja sogar die Rezensionen der plattdeutschen Kunstabende werden in plattdeutscher Sprache geschrieben.

Es handelt sich zunächst immer nur noch um Vorpostengefächte; aber ein Fortschritt der plattdeutschen Sprache ist unverleugbar.

Aber freilich: Der entscheidende historische Faktor, der allein die plattdeutsche Sprache mit einem neuen machtvollen Leben durchdringen könnte, steht noch aus. Der niederdeutsche Bauer liegt noch zum großen und größten Teil in den Armen des kulturellen Bewußtseins seiner selbst erwacht, wie es beim holländischen Bauer bereits geschehen ist, erst dann wird die plattdeutsche Sprache ein Heer treuer erdgebundener Anhänger besitzen.

Das Fernsprechnetz Berlin-Köln. Versuche mit einem unterirdischen Fernsprechnetz von 50 Doppelleitungen sind schon seit langem abgeschlossen. Seit dem vorigen Jahr wird diese neueste Erfindung der Fernsprechnetztechnik in der Praxis umgesetzt bei dem Fernsprechnetz Berlin-Köln, für das der Reichshaushalt für 1912 als erste Rate die Summe von 5 Millionen Mark enthielt. Die Verlegung dieses Netzes, des ersten für den Sprechverkehr auf weite Entfernungen in Deutschland, ist in vollem Gange. Das Kabel ist bis Magdeburg beinahe verlegt; die Fertigstellung dieser Teilstrecke ist demnächst zu erwarten. Im laufenden Reichsetat steht als zweite Rate die Summe von 6 Millionen Mark für die Strecke Magdeburg-Hannover, die in diesem Geschäftsjahr beendet werden soll, und im nächsten Jahr soll das Fernsprechnetz von Hannover bis Dortmund verlegt werden. Die Fertigstellung des ganzen Netzes ist für das Jahr 1915 in Aussicht genommen. Die Gesamtkosten des Fernsprechnetzes, das 50 Sprechleitungen enthält und in einen Zementkanal verlegt wird, belaufen sich auf weit über 20 Millionen Mark. Zur Aufwendung dieser hohen Kosten hat sich die Reichspostverwaltung entschlossen, weil die Beschädigungen der Luftlinien durch Wind und Wetter zu groß waren, und die Herstellung der zerstörten Leitungen zu hohe Summen verschlang. Früher standen solchen unterirdischen Fernsprechnetzen technische Schwierigkeiten entgegen. Seit Einführung der Pupinspulen sind die Schwierigkeiten jedoch behoben und die Reichspost hat unterirdische Lautübertragungen auf 600 und mehr Kilometer erzielt. Die Erfahrungen mit Fernsprechnetzen auf weite Entfernungen, wie sie bereits in Nordamerika bestehen, sind durchaus günstig und gegen große unterirdische Fernsprechnetze bestehen keine Bedenken mehr.

Ein Wink an das Robelsche Friedenskomitee. Der von uns seinerzeit wiedergegebene Schmäherartikel des Sekretärs der Robelschen Friedenskommission R. Noe über die sozialdemokratische Friedensarbeit hat das Gute gehabt, daß er in Norwegen selbst vielen die Augen darüber geöffnet hat, welcher Welt jetzt in dieser Friedensstiftung herrscht. Nun wird aber das Robelsche Komitee vom Storting gewinkt, so daß es immerhin unter einer gewissen Kontrolle steht. In der letzten Woche hatte das Storting eine Erziehung für das Robelsche Komitee vorzunehmen. Der betreffende Ausschuss hatte den Professor Gjelstad, einen getreuen Schützling des früheren Ministerpräsidenten und gegenwärtigen Stortingpräsidenten sowie den Obmann des Robelsche Komitees Lövland vorgeschlagen. Aber das Storting wählte statt dessen den Obmann der sozialdemokratischen Landespartei Chr. F. Knudsen. Es ist zum ersten Male, daß das Storting einen derartigen Vorschlag des Ausschusses ablehnt und die radikale Presse ist darüber ganz erstaunt. Unser in Kristiania erscheinendes Vortreibblatt sagte den Herren ganz deutlich, daß diese Wahl eine Mißbilligung des unter Lövland im Robelsche Komitee herrschenden Geistes ist und eine deutliche Antwort auf die gehässigen Angriffe auf die sozialdemokratische Friedensarbeit.

Was ist aus der Bastille geworden? Daß die Bastille am 14. Juli 1789 von den Pariseren zerstört wurde, weiß ein jeder. Dagegen ist man gemeinhin im Unklaren darüber, was aus den riesigen Trümmern der verhaßten Zwingburg geworden ist. Sie wurde von der wütenden Menge dem Erdboden gleichgemacht, und der erste, der am Morgen des 15. Juli mit der Spitzhacke das Zerstörungswort begann, war der „Bürger Palloy“, dem

die Regierung in Anerkennung der Verdienste, die er sich bei dem Bastillesturm erworben haben wollte, offiziell mit der Wiederlegung des Vollwerks der Tyrannei betraut hatte. Die Aufgabe war nicht eben leicht; das Gebirg von Gestein aus der Latänae hervor, daß die Bastille eine Fläche von etwa 2000 Quadratmeter bedeckte und Türme von 98 Fuß Höhe sowie Mauern von 6½ Fuß Dicke enthielt. Palloy hatte denn auch für das Unternehmen nicht weniger als 1200 Personen zu seiner Verfügung. Was geschah aber mit dem Abbruchmaterial? Nun, Palloy war ein findiger Kopf. Er verwandte das Material zur Verfertigung von Miniaturmodellen der Zwingburg, die er von seinen Reisenden an Private und Behörden gegen Ertrag der Herstellungskosten überließ. Er ließ es sich ferner aneignen sein, die Steine der Bastille zur Errichtung von Denkmälern der in Dienste der Republik gefallenen Helden zur Verfügung zu stellen und von diesen wieder keine Modelle herstellen zu lassen, die den Departements überwiesen wurden. Im Jahre 1791 sieht sich der findige Palloy aber bereits genötigt, im Interesse der Räumung der Trümmerstätte „seiner“ Bastille die verschiedensten seltsamsten Gegenstände, wie Zintenfächer, Medaillen, Briefbeschwerer, anfertigen zu lassen. Als Mirabeau stirbt, benützt er die gute Gelegenheit, aus dem Mauerwerk der Bastille ein Mausoleum mit der lebensgroßen Statue des Verstorbenen zu errichten, dessen Nachbildungen in verkleinertem Maßstabe in der Provinz guten Absatz fanden. Kurz, Palloy überdeckte das Land mit seiner aus dem Bastillematerial gearbeiteten „Steinkonfektion“, und da der Vorrat gleichwohl nicht zu Ende gehen wollte, war er schließlich glücklich, sein Material bei Straßenpflasterungen und Brückenbauten unterzubringen. Trotz seiner patriotischen Geschäftsbearbeitung erreichte aber auch Palloy das Schicksal, unter der Anklage, die Abbruchrechnungen gefälscht zu haben, ins Gefängnis gesteckt zu werden, und er entging dem Tode nur durch das Dazwischentreten einflussreicher Gönner. Aber um die Popularität des Mannes war es von Stund an geschehen. Palloy starb, nachdem er hintereinander sechs Regierungen seiner Ergebenheit versichert hatte, am 19. Januar 1835.

Notizen.

— Paul Heyse, der deutsche Dichterpatriarch, der jetzt ins 84. Jahr geht, ist in seiner Sommerfrische am Starnberger See an einer Bronchitis nicht unbedenklich erkrankt.

— Der Selbstmord eines Künstlers. In Didenburg gab sich der schwedische Bildhauer Wilhelm Larsson, dessen Künstlerplastiken eben noch auf der Leipziger Weltausstellung viel Lob empfingen, den Tod. Die Kugel war ihm Erlösung von ewigen Kämpfen um die notwendigsten Güter des Alltags. Aus der harten Fron des Handwerkers hatte er sich heraus- und herausgearbeitet, sein Talent wies ihn zum eigenen Schaffen. Aber all die Früchte eines unermüdbaren Fleißes trugen nicht so viel ein, um den seinen, innerlichen Menschen zu befreien von dem Harn der schweren Lebensnot.

— Das Zeitungsrat. Der Organisationsausschuss des Deutschen Zeitungsrates hat festgestellt, daß die ursprüngliche Absicht eines rein gemeinnützigen Unternehmens durch die von Herrn Dr. Wed getroffenen Maßnahmen durchkreuzt worden ist. Er will daher den Ausschuss auflösen oder das ganze Unternehmen neu organisieren.

auf 2,28 und 1910 auf 1,86. Im Jahre 1909 hatte die Verhältniszahl gar nur 1,86 betragen.

So zeigt sich also an unumstößlichen Zahlen, daß der fromme Wimmer ob der Verschlechterung der preussischen Menschheit eitel Wind ist und daß in den einzelnen Ausnahmefällen, wo die Statistik wirklich auf solche Verschlechterung schließen läßt, die Schuld daran, wenn überhaupt jemandem, so einzig den Prommen zur Last fallen kann. Wollte andererseits die Sozialdemokratie mit der Wirkung ihrer Lehren prunken, so könnte sie geltend machen, daß gerade in den unter ihrem Einfluß stehenden Landes- teilen die Zahl der Vergehen und Verbrechen ganz beträchtlich über den Durchschnitt abgenommen hat. So verringerten die Verurteilungen sich, auf 100 000 Einwohner berechnet von 1896 auf 1910 im Regierungsbezirk Magdeburg von 1387 auf 974, im Regierungsbezirk Breslau von 1451 auf 1283 und im Regierungsbezirk Potsdam von 1484 auf 1093.

Gerichts-Zeitung.

Der Wert von Kinderauslagen

Wurde wieder einmal durch einen Fall illustriert, welcher die zweite Ferienkammer des Landgerichts III beschäftigte. Erst vor einigen Tagen hatten wir den Fall des Drogisten Grebe, der auf Grund einer Aussage eines 13jährigen Mädchens, wie sich jetzt herausgestellt hat, unschuldig zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt worden war, zu besprechen. In dem jetzt zur Anklage stehenden Fall handelt es sich wiederum um die fälschliche Bezeichnung eines anständigen jungen Mannes durch ein Schulmädchen. Wegen Sittlichkeitsverbrechen im Sinne des § 176 B. St.-G.-B. war der 20jährige Maschinenarbeiter Karl Waworczynski angeklagt. Der Angeklagte wurde beschuldigt, sich in der Jungfernehe an einem neunjährigen Schulmädchen in sehr schwerer Weise vergangen zu haben. Dem Mädchen waren seinerzeit mehrere der Tat verdächtige junge Leute gegenübergestellt und unter diesen bezeichnete das Mädchen den jetzigen Angeklagten als den Täter. Trotzdem W. bei seinen Eltern wohnt und eine feste Arbeitsstelle hat, wurde er verhaftet und mußte von Januar d. J. bis zu dem jetzigen Termin in Untersuchungshaft sitzen.

In der Verhandlung trat Rechtsanwalt Loewe II für den Angeklagten einen neuen umfangreichen Alibibeweis an, der zweifellos den Nachweis erbrachte, daß der Angeklagte als Täter überhaupt nicht in Frage kommen könnte, da er sich zur Zeit der Tat an einem anderen Orte befunden hatte. Das Gericht erkannte dem Antrage des Staatsanwalts gemäß auf Freispruch, da es sich davon überzeugt hatte, daß die Beschuldigung des Mädchens falsch war. Außerdem hielt es das Gericht, da sich die völlige Unschuld des Angeklagten ergeben habe, für notwendig, das Gesetz über die Entschädigung für unschuldig erlassene Untersuchungshaft in Anwendung zu bringen und dem Angeklagten die nach dem Gesetz vorgeschriebene Entschädigung zuzusprechen.

Eine Anklage, die nur auf einer Rekognosizierung durch ein Kind beruht, schwebt so stark in der Luft, daß ihre Erhebung Verwunderung erregen muß.

Von der Auskunfterteilung aus § 23 des Einkommensteuergesetzes. Herr Lehre war von der Berliner Steuerbehörde aufgefordert worden, Namen, Wohnung und Einkommen derjenigen bei ihm beschäftigten Personen anzugeben, welche ein Einkommen bis 3000 Mark haben. Zugleich wurde er gebeten, falls er solche Personen nicht beschäftige, dies der Behörde mitzuteilen. Er gab keine Auskunft, weil er derzeit solche Personen, die weniger als 3000 M.

Einkommen hatten, nicht beschäftigte. Die Mitteilung, daß er solche Personen nicht beschäftige, unterließ er ebenfalls. Deshalb wurde er wegen Uebertretung des § 23 des Einkommensteuergesetzes angeklagt.

Das Landgericht Berlin I sprach ihn jedoch frei. Das Kammergericht verwarf dieser Tage die Revision der Staatsanwaltschaft mit folgender Begründung: Der § 23 begründe die Auskunftspflicht nur mit Bezug auf die Personen, deren Einkommen 3000 M. nicht übersteige. Solche waren nicht beschäftigt. Zu einer negativen Auskunft verpflichtete das Gesetz aber nicht, Angeklagter sei darum mit Recht freigesprochen worden.

Milde Richter gegen Studenten.

Ein sehr bemerkenswertes Urteil zum Kapitel Sanktionsmaß, fällt Donnerstag das Schöffengericht in Hannover. Die Studierenden der Tierärztlichen Hochschule Joseph Knothe und Frei Schri, hatten sich wegen gemeinschaftlicher schwerer Sachbeschädigung, strafbar nach § 304 St.-G.-B., zu verantworten. Nach einer starken Kneiperei tobten die beiden morgens gegen 4 Uhr eines Nachts in der Keimnerstraße umher und zertrümmerten in ihrem Uebermut eine Straßenlaterne und das offizielle Straßenbezeichnungsschild. Ein Schuhmann, gegen den die beiden sich noch oben- drein sehr renitent benahmten, brachte die beiden wegen Sachbeschädigung nach § 304 zur Anzeige. Nach diesem Paragraphen wird derjenige, der öffentliche Gegenstände, die dem öffentlichen Nutzen dienen, beschädigt oder zertrümmert, mit Gefängnis bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bis zu 1500 M. bestraft. Neben der Gefängnisstrafe kann auch auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden. Der Versuch ist strafbar. Die beiden Angeklagten bestritten den Tatbestand der Anklage nicht. In ihrer Entschuldigungs führten sie an, sie hätten den Schaden bereits ersetzt. Der Vertreter der Anklage beantragte die Verurteilung der beiden Angeklagten zu Geldstrafen. Das Schöffengericht erkannte auf kosten- lose Freisprechung der beiden Angeklagten mit folgender Begründung: Die Angeklagten hätten nicht von vornherein die Absicht und den Voratz gehabt, das Schild oder die Straßenlaterne zu zertrümmern und auch nicht die Absicht, durch diese Zertrümmerung das Vermögen des Eigentümers, des Magistrats Hannover zu schädigen. Sie hätten zunächst gekneipt und sich dann noch ein weiteres Vergnügen verschaffen wollen. Dieses Vergnügen hätten sie dadurch erreicht, daß sie mit ihren Stöcken nach dem Straßenschild und der Straßenlaterne schlugen und ein klapperndes Geräusch herbeiführten. Diese Handlungsweise stelle sich aber nur als grober Unfug dar, auch wenn sie die Sachen dabei zufällig zertrümmerten. Dieser grobe Unfug sei hart genug gesühnt dadurch, daß sie den Schaden ersetzt hätten.

Eine Verurteilung wegen Sachbeschädigung sei nicht begründet.

Ein nicht übler neuer Rechtsatz: wer zu seinem Vergnügen eine strafbare Handlung begeht, bleibt straffrei, wenn er den Schaden ersetzt und wenn er Student ist.

Unzulässige Herabsetzung der Polizeistunde.

Wiederholt wurde versucht, für Wirte, die ihr Lokal Arbeitern zur Verfügung gestellt hatten, die Verlängerung der Polizeistunde rückgängig zu machen. In allen gegen solche Polizeidrängsalterung gerichteten Klagen hat das Oberverwaltungsgericht die Anordnungen der Polizei außer Kraft gesetzt, weil nur wegen Mißbrauch des Gewerbebetriebes, Vorschubleistung der Böllerei oder aus sicherheitspolizeilichen Gründen eine einmal, wenn auch auf Wider-

ruf erteilte Verlängerung der Polizeistunde rückgängig gemacht werden dürfe.

Denselben Grundsatz sprach am 11. d. M. das Oberverwaltungsgericht anlässlich eines anderen Falles aus.

Die Polizeistunde für Lüneburg (Regierungsbezirk Lüneburg) ist durch Polizeiverordnung im allgemeinen auf 10 Uhr bestimmt, die Polizei kann aber die üblichen Ausnahmen machen. Von dieser Befugnis hatte die Polizeiverwaltung in zahlreichen Fällen Gebrauch gemacht. Und zwar wurde die Polizeistunde erheblich verlängert, auch erheblich über 12 Uhr hinaus. Der Regierungspräsident zu Lüneburg nahm daran Anstoß und wies die Polizeiverwaltung an, die Polizeistunde in bestimmter Weise zu kürzen. Die Polizeiverwaltung erließ darauf an die verschiedenen Gastwirte ziemlich gleichlautende Verfügungen, wodurch die Herabsetzung der Polizeistunde bestimmt wurde. Solche Verfügungen erhielten unter anderem der Hotelier Schulze („Deutsches Haus“), die Hoteliers Sasse („Krone“) und der Gastwirt Nih. Es wurde verfügt, daß die Polizeistunde am Sonnabenden, Sonntagen und Markttagen auf 12 Uhr festgesetzt werde, und an anderen Tagen auf 11 Uhr. Als Grund wurde übereinstimmend angegeben, daß durch die Herabsetzung des Ladenschlusses von 9 Uhr auf 8 Uhr sich in dem Ort die Verkehrsverhältnisse geändert hätten, daß eine späte Polizeistunde nicht mehr erforderlich wäre.

Nach vergeblichen Beschwerden klagten die Genannten gegen den Regierungspräsidenten beim Oberverwaltungsgericht.

Das Oberverwaltungsgericht hob den Bescheid des Regierungspräsidenten auf und setzte die polizeilichen Verfügungen, durch die den Wirten die früher verlängerte Polizeistunde beschnitten worden war, außer Kraft. Begründend wurde ausgeführt: Wenn bei Regelung der allgemeinen Polizeistunde durch eine Polizeiverordnung die danach zulässige Vergünstigung einer Verlängerung bewilligt sei, dann könne die Vergünstigung nur dann wieder zurückgezogen werden, wenn polizeiliche Gründe dafür vorliegen, und zwar müßten das solche polizeiliche Gründe sein, die mit dem fraglichen Gewerbebetriebe selber zusammenhängen. Von solchen polizeilichen Gründen sei hier in den drei Streitfällen keine Rede. Der bloße Umstand, daß in der Stadt etwas andere Verhältnisse dadurch eingetreten seien, daß die Zeit des sogenannten Ladenschlusses für offene Verkaufsstellen von 9 Uhr auf 8 Uhr abends herabgesetzt worden sei, könne die Zurücknahme jener Polizeistundenvergünstigung der Gastwirte nicht rechtfertigen. Deshalb seien die fraglichen Verfügungen aufzuheben. Den Klägern sei die ihnen seinerzeit bewilligte verlängerte Polizeistunde zu belassen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet in den Räumen 69, vorn vier Treppen — Fahrstuhl —, wochentags von 4½ bis 7½ Uhr abends, Sonnabends, von 4½ bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage ist ein Nachsatz und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Beifolgende Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Monnenscheinung beigelegt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

Schriftliche Arbeiten werden in der Sprechstunde bis einschließlich den 19. d. Mts. nicht erledigt.

Waffenstreiffrage. Den überaus zahlreichen Einsendern von Urteilen über die Waffenstreiffrage teilen wir mit, daß es bei dem uns zur Verfügung stehenden Raume unmöglich ist, ihre Einsendungen abzubilden. Wir können uns nur auf auszugswweise Wiedergabe von Urtheilungen über den Waffenstreif in der Presse und in den Organisationen beschränken. Wir empfehlen den Genossen, ihre Einsendungen bei der Diskussion in ihren Organisationen zu verwenden.

§. 45. 1. Eine derartige Einrichtung ist uns nicht bekannt, wenden Sie sich an den Magistrat. 2. Falls neuerlich bereits 200 Beitragsmarken geleistet sind, ist die Berechnung wegen Invalidenrente erfüllt, diese würde etwa 12 M. monatlich ausmachen. Um den angegebenen Betrag zu erlangen, müßten noch etwa drei Jahre vollgeseht werden. — G. P. 300. Ja. N. P. 5. Ihre Frau hat die deutsche Reichsbürgerigkeit verloren. —

Stiller

Gegr.
1867



Saison-Ausverkauf der alten Stiller-Firma

Zentrale: Berlin C., Jerusalemer Straße 32-35, am Dönhoffplatz
 Potsdamer Straße Nr. 2
 Tauentzien - Straße 19 a
 Tauentzien - Straße 7 b
 Friedrich - Straße Nr. 75
 König - Straße Nr. 25-26
 Rosenhaler Straße Nr. 5
 Oranien - Straße Nr. 161
 Gr. Frankfurter Str. 123
 Chaussee - Straße 114-115
 Schönberg, Hauptstr. 146
 Neukölln, Berg - Straße 25
 Charl., Wilmersdorfer Str. 45

Da der Andrang in den Nachmittagsstunden besonders gross ist, bitten wir, möglichst auch vormittags einzukaufen.

Kein Kaufzwang • Keine Auswahlen • Kein Versand • Kein Umtausch!

Extra billig

Große Posten Herren- und Damen-Stiefel und -Schuhe in besten Qualitäten, unsortiert

6⁷⁵

Wert bis zu Mark 18.50

Moderne Herren- und Damen-Stiefel

Große Posten erstklassiger Fabrikate in vorzüglichen Qualitäten, in braun, Boxkalf u. Chevreau, auch in schwarz. Chevreau mit Lack- Stiefel mit Stoff-, Sammet- u. Wildleder-Etatsmen, Stiefel m. Doppelsohlen

Serie I

8⁷⁵

Wert bis 12.50

Serie II

10⁷⁵

Wert bis 14.50

Serie III

12⁷⁵

Wert bis 16.50

Serie IV

14⁷⁵

Wert bis 21.--

Extra billig

Große Posten Sammet-Pumps, in vielen Farben, auch schwarz, hochdelegante amerikan. Formen

3⁷⁵

früher 6,75

4⁷⁵

früher 9,50

Wohlfeile Leinenschuhe in vielen Ausführungen

2⁹⁵ 3¹⁵ 3⁹⁵

früher 6.50 früher 10.50 früher 11.50

Leinen-Stiefel in vielen billigen Preislagen

Kinder - Stiefel

zum schnüren und knöpfen, verschiedene Oberledersorten, braun, auch schwarz.

25-27 28-30 31-35 36-39

Serie I 3⁸⁰ 4⁸⁰ 5⁸⁰ 6⁸⁰

Serie II 4⁸⁰ 5⁸⁰ 6⁸⁰ 7⁸⁰

Billige Hauschuh-Reste

aus Leder und Stoff, für Herren und Damen

Serie I Serie II Serie III Serie IV

1¹⁰ 2⁹⁵ 3³⁵ 4³⁵

Diese Waren sind zum Teil bis zur Hälfte ermäßigt.

Im Haupt-Geschäft Jerusalemer Straße * Extra billige Posten!



Warenhaus Wilhelm Stein



Berlin N, Chausseestrasse 70-71

Fortsetzung unserer 38 Pf.-Tage

In dieser Preislage kommen die denkbar vorteilhaftesten Artikel zum Verkauf.

Theater und Vergnügungen

Sonnabend, den 19. Juli 1913.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Prater. Das Bummelmädchen.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues Opern (Kroll). Tristan und Isolde.
Anfang 8 Uhr.
Urania. Ueber den Brenner nach Venedig.
Deutsches Schauspielhaus. Der Dieb.
Schiller O. Don Juan.
Berliner. Bummelmädchen.
Thalia. Bummelmädchen.
Metropol. Die Kino-Königin.
Wintergarten. Spezialitäten.
Reichshallen. Dresdener Victoria-Sänger.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Komödienhaus. Hochherrschaffliche Wohnungen.
Friedr. Wilh. Schauspielhaus. Das Bummelmädchen.
Lustspielhaus. Der lustige Kalaber.
Kose. Tagebuch einer Verlorenen.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Deutsches. Die Schiffbrüchigen.
Theater am Kollendorferplatz. Der Mann mit der grünen Weste.
Anfang 9 Uhr.
Admiralspalast. Eisballett: Firt in St. Moritz.
Sternwarte. Invalidenstr. 57-62.

Deutsches Schauspielhaus
8 Uhr: Der Dieb.
Berliner Theater.
8 Uhr: Filmzauber.
Kroll-Oper
7 1/2 Uhr:
Tristan und Isolde.
(Waldspiel: Phädrig Aglon.)
Sonntag:
Lohengrin.
Theater am Kollendorferplatz
Täglich 8 1/2 Uhr:
— Kino — — Varieté —
im
"Mann mit der grünen Weste."

Passage-Panoptikum
Der persische Augenfakir
in seinen sanft
Derwisch-Manteln
(hebt u. a. mit den Augen
schwere Gewichte).
3 Schwestern Liliput.
die kleinste Schwast. der Welt.
— Alles lebend! —
Ohne Extra-Entree!

Schiller-Theater O.
Wallner-Theater.
(Sachse-Oper.)
Heute abends 8 Uhr:
Don Juan.
Metropol-Theater.
abends 8 Uhr:
Die Kino-Königin.
Operette in 3 Akten von Jul. Freund
und G. Oskowski.
Musik von Jean Gilbert.
In Szene gesetzt v. Dir. Rich. Schulz.
Volksgarten-Theater.
Badstr. 8 und Bellermannstr. 20/25.
Unsere Don Juans.
Gesangsvorlesung in 4 Akten v. L. Treptow.
Dazu: Das neue Spezial-Elite-Broc.
Voransage! Mittwoch, den 23. Juli:
Benefiz für Artur Cimburuk: Fimm.
Aufführ.: Der Raub der Sabinerinnen.

Reederei Kahnt & Hertzner
Billige Extrafahrten
I. Ab Berlin Waisenbrücke:
Jeden Montag, Dienstag, Donnerstag u. Freitag nach Zernsdorf über Grünau-Krampen-
burg - Neue Mühle mit Rundfahrt bis zum Ulfsee auf der idyllisch schönen Lanke.
Abf. 9 1/2 Uhr. Hin u. zur. 80 Pf., bis Neue Mühle 60 Pf. Kinder 40 u. 25 Pf.
Jeden Mittwoch nach Kalkberge Abf. 9 1/2 Uhr. Hin u. zurück
nach 70 Pf. Kinder 35 Pf.
Täglich nach Neue Mühle Abfahrt 10 Uhr. Hin und zurück
Wochen 50 Pf., Sonntags 1 M.
Jeden Montag u. Donnerstag Wenden-
schloß-Grünau-Krampen-
burg - Neue Mühle Abfahrt
Jeden Dienstag und Freitag nach Waltersd. Schleuse hin u. z.
N.-Ahbeck, Friedrichshagen 50 Pf.
Jeden Mittwoch nach Wenden-
schloß-Grünau-Krampen-
burg - Neue Mühle Abfahrt 8 Uhr.
Jeden Mittwoch nach Teupitz (Tornow) Abfahrt 8 Uhr.
Idyll hin u. zurück 2 M.

Achtung! Am Sonntag, Teupitz (Tornow) Abfahrt 7 1/2 Uhr.
Achtung! 27. Juli, nach Idyll hin u. zurück 2 M.
Fährschiffe sind auch vorher in unserem Kontor zu haben.
Bon Café Alsen (Schles. Brücke) Abfahrt je 1/4 Stunde später.
II. Ab Berlin Weidendammer Brücke:
Neu! Jeden Donnerstag nach Phöben durch die herrlichen Havelseen.
Abf. 8 1/2 u. von. Hin u. zur. 1 M.
Jeden Montag und Donnerstag nach Waltersd. Schleuse Abfahrt
N.-Ahbeck, Friedrichshagen 9 1/2 Uhr
Jeden Dienstag u. Freitag nach Wenden-
schloß-Grünau-Krampen-
burg - Neue Mühle norm.
Jeden Mittwoch nach Grünau-Kram-
penburg - Neue Mühle Abfahrt
Hin und zurück 55 Pf., Zernsdorf 80 Pf., Kinder 25 und 40 Pf.
Jeden Montag und Donnerstag nach Neu-Helgoland Abfahrt
N.-Ahbeck-Friedrichshag. 1 1/2 Uhr.
Jed. Dienstag u. Freitag nach Wenden-
schloß - Grünau - Waldidyll hin u. z.
Jeden Mittwoch nach Wenden-
schloß - Grünau Krampen-
burg 50 Pf.
Ab Café Alsen (Schlesische Brücke) Abfahrt ca. 1/4 Stunde später.
Dampfer sind an Vereine ufm. billig zu vergeben.

Reederei Zachow. Abfahrt v. d. Michael-
brücke am Stadthafen. Heute Sonnabend:
Gr. Sommerachts - Promenadenfahrt
mit Musik nach Schmöckwitz, Restaur. Siedensee,
daselbst gr. Tanzenunion. Abf. 9 1/2 Uhr abds. Preis hin u. zur. 60 Pf.
Außerd. Montag, d. 21., nach Rüdersdorf zum Bergmannsfest. Abf. 9 Uhr.
Preis hin u. zur. 70 Pf. Ferner tägl. außer Sonnab. u. Sonntag, 9 u. 2 Uhr
mit Musik nach Waltersdorfer Schleuse (Café Ruhwald) Strandpromenade.
Mont. u. Donnerst. 10 U. n. Neue Mühle, Krampenbg. u. Schmöckwitz. Hin u.
zur. 40 Pf., Kind. 20 Pf. Tel. Kgat. 6965. 2-Uhr-Dampf. legt N.-Ahbeck an.

ZOO
LOGISCHER
GARTEN
Täglich:
Großes Militär-
Doppel-Konzert.
Eintritt 1 Mark,
von 6 Uhr ab 50 Pf.
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Voigt-Theater
Sabstraße 58.
Sonntag, den 20. Juli 1913:
Gewonnene Herzen.
Vollständig neue Spezialitäten.
Kassend. 10 Uhr. Anfang 4 Uhr.
Ab Dienstag, den 22. Juli:
Die schöne Melusine.

Reichshallen-Theater
Gastspiel der berühmten
**Dresdener
Victoria-
Sänger.**
Anfang 8 Uhr.
Freitag, 1.8.: Wiederbeginn der
Soireen der Steitiner Sänger.

Restaurant zur schönen Aussicht
Neukölln, Kölnische Allee 159.
Sonntag, den 20. Juli:
Großes Instrumental-Konzert
ausgeführt vom Musikverein Musik-
freunde (35 Mann stark). 8 u. 9 Uhr.
Es ladet ergebenst ein Karl Schmidt.

Brauerei Friedrichshain
Am Königstor. Cel.: Ernst Liebing.
Jeden Dienstag- und Donnerstagnachmittag:
Kaffee-Frei-Vorstellung
der Norddeutschen und Apollo-Sänger
bei freiem Entree.

Berliner Prater-Theater
7-9 Kastanien-Allee 7-9.
Täglich:
Das Bummelmädchen
Gr. Kadstättungsst. in 4 Akten v. R. Hege
Musik von Hirsch und Schreyer.
Erstklass. Spezialitäten. Konzert.
Anfang 8 1/2 Uhr. Eintritt 35 Pf.

Admiralspalast
Eins. Eispalast der Welt
mit prunkvollen Eisballetten.
Angenehm kühler Aufenthalt.
Allabendlich
Firt in St. Moritz.
Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr
halbe Kassenpreise.

Charlottenburger Festsäle
Charlottenburg
24 Kaiser-Friedrich-Str. 24
Heute und morgen:
In beiden
Sälen: **Großer Ball.**

LUNA PARK
Heute Sonnabend:
Elite-Tag
mit
Riesen-Frontfeuerwerk.
Militär-Konzert
des Garde-Fußartillerie-Reg.
Spandau, Dir. Kgl. Obermusik-
meister Joly.

Oranien-Straße 29
Ecke Adalbert-Straße
(Hochbahn Kottbuser Tor)

Schuhhaus Neptun

Neu eröffnet!

Einheits-Preis:

Für Damen- u. Herren-Stiefel
in schwarz, braun und Lackleder.

Berg-Stiefel und Promenaden-Schuhe.

Jedes Paar ohne Ausnahme

50
Jedes Paar

Jedes Paar ohne Ausnahme

Oranien-Straße 29 — Ecke Adalbert-Straße (Hochbahn Kottbuser Tor) — Oranien-Straße 29

Fillialen in den größten Städten Deutschlands.

Rickling.

Ueber die Erziehungsanstalt Rickling in Schleswig-Holstein haben wir am 2. Juli einige Angaben veröffentlicht, die sich auf die Art der Erziehung der dort untergebrachten Fürsorgezöglinge bezogen. Bemängelt hatten wir die Einrichtung der Anstalt Falkenburg, die Zellen seien Zuchthauszellen gleich zu achten, die Arrestzellen seien kurz und unzulänglich, böten keinen Raum für Bewegung, Zöglinge würden an Unternehmer zu Chauffeebauten vermittelt, die den Zöglingen gelieferten Holzschuhe hätten die Füße der Zöglinge ruiniert, es bestände ein Sprechverbot und anderes mehr. Unsere Angaben sind in Blätter in Schleswig-Holstein übergegangen und haben jetzt eine Antwort erfahren, allerdings nicht von dem Leiter der Anstalt, der kürzlich durch einen anderen ersetzt worden ist, sondern durch einige fromme Brüder, die an der Anstalt Rickling einen Reinwaschungsvorlauf vorzunehmen beabsichtigen.

Im „Flensburger Annoncenblatt“ veröffentlichten vier fromme Brüder — Rickling gehört der Gesellschaft für innere Mission in Schleswig-Holstein — einen offenen Brief an den Redakteur der „Flensburger Volkszeitung“, weil dieses Blatt unsere Darlegungen über Rickling übernommen hatte. Die in diesem Briefe versuchte Verteidigung der Erziehungspraktik ist so interessant und für die von den frommen Brüdern betätigte Auffassung über Erziehung so charakteristisch, daß wir die wesentlichen Auslassungen hier wiedergeben wollen. Zunächst wird die angegebene Zahl der Zöglinge richtig gestellt, es seien untergebracht im Burckheim 88, in Falkenbrod und Wälden 40 und in Falkenburg 28, im ganzen 158 Zöglinge. Dazu kämen noch etwa 30 Kinder in Thetmanshof. Für die Behandlung der Zöglinge spielt die Zahl keine Rolle.

In dem „offenen Briefe“ heißt es dann u. a.: „Der Artikel erweckt nun, anscheinend mit Absicht, den Eindruck, als ob alle Burschen in gleicher Weise behandelt würden. Das ist falsch. Das ist gerade so falsch, als wenn jemand ein deutsches Gefängnis gesehen hätte und danach ganz Deutschland beschreiben wollte. Die Falkenburg wird gefürchtet. Es ist uns aber auch lieb, daß sie gefürchtet wird, denn die Burg ist eine „geschlossene Anstalt“ und der Aufenthalt für die „Strafkolonne“. Dahin kommen nur diejenigen, welche sich als unverbesserlich, wenn nicht zu jagen als geborene Verbrecher erwiesen haben. Es gibt solche.“

Sie werden ebenfalls zugeben, daß solche geborene Verbrecher in anderer Weise behandelt werden müssen, als unsere verwaorlosten Burschen. In der Burg handelt es sich um 17- bis 21-jährige Burschen, von denen Brandstiftung, Ueberrfälle, Straßenraub und andere Dinge verübt worden sind. Oft sind es der Mehrzahl nach Berliner. Aber auch diese kommen nur dann in die Burg, wenn sie durch andauernde Widerspenstigkeit oder unentschultbare Missetat sich so betragen haben, daß der Gewalt auf ihrer Seite auch auf unserer Seite Gewalt entgegengesetzt werden muß. Die mitunterzeichneten Brüder Westphal, Lippert und Wenzel haben selbst diese Strafmassie geleitet. Halten Sie es für angenehm, Herr Redakteur, wenn man sich in jeder Stunde sagen muß, der ober jener Bursche wartet nur darauf, wie er dir einen Schlag über den Kopf geben kann, um dann auszurücken. Wir selbst haben die Sachen miterlebt, als noch keine Burg vorhanden war und auch in der Zeit, in der die Burg besteht. Verdenken Sie es unseren Ricklinger Brüdern, daß die meisten schon um ihrer eigenen Sicherheit willen dankbar sind, daß eine solche Sondersonderung eingeführt ist? Wöchten Sie gerne mit solchen jungen Verbrechern zusammen in einem Manne schlafen, wie wir es bei unseren anderen Burschen tun? Herr Redakteur, wir laden Sie freundlichst ein, sich mit 2 oder 3 Ihrer Parteigenossen und Fremde die Sache anzusehen und mit uns nach Rickling zu fahren. Es soll Ihnen nichts kosten. Sie werden dann vermutlich finden, daß diese Erziehungsarbeit der verwaorlosten Burschen eine der schwersten Arbeiten ist, die es gibt. Trotzdem sind nur 4 Aufseher in der Burg bezahlte Aufseher. Die andere Arbeit wird von den Brüdern getan.

Da redet der Bericht nun davon, daß wir Ricklinger Brüder schlecht bezahlt werden. Es mühte Ihnen eigentlich bekannt sein, Herr Redakteur, daß wir gar nicht bezahlt werden, ja, gar nicht bezahlt sein wollen. Wir haben nur freie Station und etwas Taschengeld. Wir arbeiten genau so wie die Diakonissen in der Krankenpflege, weil wir gern unserem Heiland dienen wollen. Das mag Ihnen sonderbar vorkommen, aber es ist nun einmal so. Deswegen protestieren wir aber auch energisch dagegen, daß in unseren Anstalten der Geist Vortritt hat. Wir sind mit unseren Burschen auch ohne Prügelstrafen ausgekommen. Körperliche Strafen werden überhaupt nur angewandt auf Befehl des vorgelegten Geistlichen oder Hausvaters und nur vom Hausvater vollzogen.

Auch das ist nicht wahr, daß eine ärztliche Behandlung der Zöglinge nicht stattfindet. Der für die Krankenheilanstalt Salem bestellte Arzt hat auch die Zöglinge zu behandeln. — Na mit Gewalt lassen sich die Zöglinge oft erst von uns zum Arzt führen. Sie wollen sich nicht einmal unterziehen lassen. — Außerdem werden die Zöglinge von der ersten psychiatrischen Autorität der Provinz kontrolliert, um die geistig zurückgebliebenen von denen zu sondern, bei denen der Wille die Ursache der Verwaorlofung ist.

Worüber der Artikel sich ja eigentlich beklagt, ist, daß die Zöglinge Holzschuhe tragen. Man möchte fragen, auf welchem Dorfe tragen die Anaben keine Holzschuhe? Wir möchten nur wünschen, Herr Redakteur, daß Sie diese Arbeit aus eigener Anschauung kennen lernen. Es ist leicht, über eine so schwere Arbeit gehässig zu urteilen, aber es ist nicht leicht, sie besser zu machen.

Wir unterzeichneten, in Flensburg stationierten Ricklinger Brüder laden Sie also herzlich ein, mit uns nach Rickling zu fahren und die Anstalten zu besuchen. Dann werden Sie sehen, daß die Arrestzellen in der Burg geräumig genug sind und die Aufenthaltsräume sowohl wie die Kost so beschaffen sind, daß die Zöglinge gesund und stark sind und körperlich nichts entbehren. Auch tragen Sie, bitte, die Zöglinge, die in Rickling gewesen sind, ob sie irgend etwas entbehrt haben. Schon dieses ist ein Beweis dafür, daß sich die Burschen in Rickling wohlfühlen haben, daß sie, nachdem sie 21 Jahre alt geworden sind, sehr oft die Anstalt besuchen.

In vorzüglicher Hochachtung
gez. die Brüder
Westphal-St. Johannes, Lippert-St. Jürgen, Wenzel-St. Marien, Berg-St. Nicolai.

An dieser Erklärung ist interessant, daß die frommen Brüder an den von uns veröffentlichten tatsächlichen Angaben herumgehen, wie die Rüge um den heißen Brei. Mit allgemeinen Redensarten glauben sie, die Aufmerksamkeit von den fast ungläublichen Tatsachen abzulenken, die wir veröffentlicht haben. Kein Wort über die Beschaffenheit der Zellen in der Falkenburg, von denen wir gesagt haben, sie seien Zuchthauszellen. Kein Wort über die Verpackung der jungen Leute an Unternehmer zu Chauffeebauten und Begearbeiten, kein Wort über die Unzulänglichkeit der Wäsche, keine Silbe über die mit Nadeln und Wunden bedeckten Füße der Zöglinge. Jedes nähere Eingehen auf unsere tatsächlichen Angaben ist streng vermieden. Natürlich kann auch nichts abgeleugnet werden, da Revisionsbeamte der Berliner Wasserverwaltung den Tatbestand selber festgestellt haben. Es sei, so heißt es in der Erklärung, ärztliche Hilfe vorhanden. Wir haben das nicht bestritten. Behauptet haben wir, daß die Zöglinge, deren Füße mit Narben und Wunden bedeckt waren, einem Arzt nicht vorgeführt worden sind.

Und nur der seit kurzem angestellte Hausvater hat sich der Zöglinge erst etwas angenommen, indem Soden beschafft werden und die Neue Hausmutter hat die Füße etwas verbunden. Das ist aber keine ärztliche Hilfe. Und dann der Hinweis auf die Holzschuhe und daß auf dem Dorfe doch sonst Anaben Holzschuhe tragen. Darauf kommt es nicht an, sondern darauf, daß die Zöglinge in solchen Holzschuhen schwere Begearbeiten leisten müssen und sich die Füße kaputt machen.

Bemerkenswert ist die Aeußerung, daß die Arrestzellen in der Burg „geräumig“ seien. Bei der Revision ist festgestellt worden, daß die Arrestzelle 8 1/2 Schritt lang ist, und wenn man den für die Britischen bestimmten Raum abzieht, so bleibt für den Zögling ein ganz schmaler Raum zu Bewegungszwecken übrig, der zusammen genommen einen ganzen Quadratmeter Fläche umfaßt. Es wird beim besten Willen nicht mehr, trotz aller Erklärungen.

Ohne Körperstrafen sind die Brüder mit den Zöglingen ausgekommen, nur der Hausvater oder der Geistliche durften solche verhängen. Wenn die frommen Brüder alle die Sätze bekommen sollten, die in Rickling schon ausgesprochen worden sind, so würde mancher recht lange daran zubringen haben; sind uns doch früher selber Klagen über einen der Unterzeichner zugetragen worden. Und daß früher Erzieher mit Zöglingen in Rickling Päderastie getrieben haben, ist doch auch nicht gerade etwas besonders Erzieherliches.

Was die schlechte Bezahlung der sogenannten Erzieher in Rickling betrifft, so sagt die Erklärung, daß nur vier bezahlte Aufseher vorhanden sind, die Brüder aber die Arbeit für freie Station und etwas Taschengeld leisten. Damit wird die schlechte Bezahlung doch nicht gerechtfertigt, auch nicht daß so wenig Erzieher in der Anstalt sind. Das wesentlichste an der frommen Auslassung ist aber die Auffassung von der Erzieherlichkeit überhaupt. Die Deutschen stellen es so dar, als ob sie es mit Gefängnis- oder Zuchthausinsassen zu tun hätten und daß deshalb die Gewalt der Gewalt entgegengesetzt werden müßte. Diese Auffassung ist bezeichnend für die Art, wie in Rickling erzogen wird. Von einer Erziehung ist auch nicht die Spur vorhanden, wir lesen deshalb auch aus der Erklärung der Brüder nichts von Erziehern, sondern von Aufsehern. Jetzt wundern wir uns aber nichts mehr, wundern uns nicht mehr über die Behandlung der Zöglinge. Wer aber glaubt, daß Zöglinge zuchthausmäßig behandelt werden müssen, sollte sich lieber als Aufseher in einem Zuchthause melden, aber nicht Erziehungsarbeit verrichten wollen und Gottes Wort fortgesetzt im Munde führen.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste.

Wittenau N.-O. Das Lokal von Friedrich Schulze, Dranienburger Str. 95 ist streng zu meiden, speziell sind die Genossen, die bei Streifenpartien vorkommen, hierauf aufmerksam gemacht.

Heinersdorf N.-O. Das Lokal von Göye, Wilhelmstr. 67, Ecke Blankenburger Straße ist streng zu meiden.

Zweiter Berliner Reichstagswahlkreis. Sonntag, den 20. Juli: Großes Sommerfest in den Gesamtträumen der Berliner Vordrucker, Tempelhofer Berg. Konzert, Turner, Radfahrer, Kinematograph, Ball (Herren zahlen 50 Pf. nach). Jedes Kind erhält einen Bon zur Stoelaterne gratis. Die Kaffeekasse ist von 2-6 Uhr geöffnet. Billets im Vorverkauf 20 Pf., an der Kasse 30 Pf.

Dritter Wahlkreis, 2. und 10. Abteilung. Sonntag, den 20. Juli, findet eine Parteiparte nach Strausberg statt. Abfahrt vom Schlesischen Bahnhof früh 7 Uhr 10 Minuten.

Tempelhof. Die Bibliothek des Wahlvereins ist vom 19. Juli bis 15. August geschlossen.

Strausau. Der Wahlverein veranstaltet sein diesjähriges Volksfest am morgigen Sonntag im Etablissement „Schwanenberg“, Tunnelstraße.

Griner. Die Mitgliederversammlung des Wahlvereins findet für Rangschleife am Sonnabend, den 19. cr., abends 8 1/2 Uhr, bei Hiller, Pergluch, statt.

Alt-Glienide. Der sozialdemokratische Wahlverein veranstaltet am Sonntag, den 20. d. M., im „Terrassen-Restaurant“ (Inhaber Bodenbusch), Rudower Str. 54, sein diesjähriges Sommerfest. Für Unterhaltung ist bestens gesorgt. Anfang nachmittags 3 Uhr. Einlaßkarte 20 Pf. (bei allen Funktionären zu erhalten).

Trebbin. Am Sonnabend, den 19. Juli 1913, bei W. Fromm (Schägenhaus) Wahlvereinsversammlung. Tagesordnung: 1. Kaffe und Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Abrechnung vom 4. Quartal 1912/13. 3. Bericht von der Verbands-Generalversammlung. 4. Wahl der Delegierten zur Verbands- und Generalversammlung. 5. Neuwahl der Funktionäre.

Wittenau N.-O. Vorführung. Sonntag, den 20. Juli, veranstalten die freigeorganierten Arbeiter von Wittenau im Lokal von Eberhardt, Löhnerer Straße, ein großes Kinderfest, verbunden mit Preislegeln und Fackelzug durch den Ort. Der Ueberschuß soll der Arbeiterjugend zugute kommen.

Drewitz. Öffentliche politische Versammlung unter freiem Himmel am Sonntag, den 20. Juli 1913, nachmittags 4 Uhr, auf dem Grundstück der Gebrüder Paul und Otto Siele in Drewitz, Kirchsteigweg (Potsdamer Straße). Tagesordnung: „Preußen im Jubiläumsjahr“. Referent: Reichstagsabgeordneter Friedrich Zubeil. Freie Aussprache.

Nieder-Schönhagen-Nordend. Morgen Sonntag, den 20. Juli, findet das diesjährige Sommerfest des Wahlvereins im Lokale von Diebmitz (Nah. Ferkels) am Kirchplatz statt, bestehend aus Gartenkonzert, Gesangsvoorträgen sowie Auftreten der Sängergesellschaft Wandersänger-Verein. Die Kaffeekasse ist von 2 Uhr ab geöffnet.

Reinickendorf-N. Die Arbeitervereine (Wahlverein, Gesangsverein, Turnverein, Radfahrerverein und Schwimmklub) veranstalten morgen (Sonntag, den 20. Juli) ein Sommerfest in dem am Schätersee gelegenen großen Gartenrestaurant „Seebad“, Reichenstr. 49. Das Programm, bestehend aus Konzert, Gesang, Reizfahrten, sportlichen Vorführungen der Arbeiterturner und Schwimmer sowie Kinderbelustigungen und Feuerwerk, ist ein sehr reichhaltiges und abwechslungsreiches und verspricht, alle Teilnehmer zufrieden zu stellen. Der Eintrittspreis beträgt im Vorverkauf 20 Pf., an der Tageskasse 25 Pf.

Berliner Nachrichten.

Regelung des Arbeiterverkehrs auf der Stadtbahn.

Der des Morgens und des Abends starke, oft lebensgefährliche Andrang auf der Stadtbahn hat schon immer zu lebhaften Klagen Anlaß gegeben. Die ständige Forderung auf Abhilfe ist von der Eisenbahndirektion dahin beantwortet worden, daß nach dem heutigen Stande der Dinge eine Vermehrung der Züge kaum möglich sei. Die Eisenbahnerverwaltung drängt schon auf die Elektrifizierung der Stadtbahn, um dem Verkehr im allgemeinen genügen zu können. Die Eisenbahndirektion ist zudem der Meinung, daß sich heute schon manches tun ließe, um dem Andrang etwas zu begegnen und zwar, wenn es ermöglicht werde, daß große Fabriken ihren Arbeitsbeginn nicht zu gleicher Zeit festsetzen, sondern wenn eine Staffelung der

Arbeitszeit in den verschiedenen Betrieben stattfände. Der Präsident der Eisenbahndirektion hat jetzt an die verschiedenen gewerblichen und industriellen Großbetriebe ein Rundschreiben gerichtet, in dem dieser Gedanke zum Ausdruck kommt. In diesem Rundschreiben heißt es:

„Bei der fortschreitenden Entwicklung aller Gewerbebetriebe hat der Arbeitermassenverkehr auf der Stadt- und Ringbahn in den Morgenstunden jetzt einen solchen Umfang erreicht, daß er gerade noch bewältigt werden kann. Die Züge folgen von 6-7 Uhr morgens einander in einem Abstände von je 2 1/2 Minuten, das ist die dichteste Zugfolge, die zurzeit überhaupt möglich ist, ohne die Betriebssicherheit zu gefährden, und dennoch sind die Züge auf fast allen Strecken sehr stark überfüllt.“

Die Ursache liegt nicht in den gegenwärtig bestehenden Verkehrseinrichtungen. Es gibt kein Verkehrsmittel, das einem derartig anfliehenden Massenverkehr in so kurzer Zeit ordnungsmäßig bewältigen kann. Der Grund des eine halbe bis dreiviertel Stunden anhaltenden Menschenstromes, der sich nur mit unendlicher Schwierigkeit für die Verwaltung und mit der größten Unbequemlichkeit für die Reisenden bewältigen läßt, liegt darin, daß die Arbeitszeit bei fast allen Werken bei annähernd gleicher Beglänge zwischen Bahnhof und Arbeitsstätte zugleich um 7 Uhr morgens beginnt. Es steigen z. B. auf Bahnhof Bunsenstr. in einer Viertelstunde (von 1/2 bis 1/4 7 Uhr morgens) 3900 Fahrgäste aus; eine Stunde später (von 1/2 bis 1/8 Uhr) nur 184 Personen.“

Wir können eine ordnungsmäßige Bedienung des Berufsverkehrs nur dann möglich machen, wenn die Arbeitszeit nicht überall gleichzeitig beginnt, sondern der Arbeitsbeginn von den verschiedenen Werken zu verschiedenen Zeiten staffelförmig festgesetzt wird. Wenn die benachbarten Werke in Abständen von einer Viertelstunde mit der Arbeit beginnen, so würde dadurch ihre Arbeitszeit nur um 1/4 bis 1/2 Stunde verlegt, aber schon dies würde für die Verkehrsregelung von großer Bedeutung sein.“

Nach unseren Erfahrungen ist nur durch eine solche planmäßige Staffelung des Arbeitsbeginns eine Besserung der jetzt so mißlichen Verhältnisse möglich. Darum ersuchen wir Sie ergebenst, uns in unseren Bemühungen, eine Besserung zu erzielen, zu unterstützen und zunächst zur Gewinnung der nötigen Unterlagen für die Anregung zu einer solchen Staffelung den beigefügten Fragebogen baldmöglichst zu beantworten und uns zurückzusenden. Wir werden Ihnen alsdann weitere Vorschläge machen, sind auch gern bereit, mit Ihnen mündlich die Angelegenheit zu besprechen.“

Die Anregung der Eisenbahndirektion ist sehr beherzigenswert und liegt sicher im Interesse aller Beteiligten.

Die 500. Einäscherung im städtischen Krematorium fand am gestrigen Freitag in der Gerichtstraße statt. Dasselbe ist seit dem 1. Dezember des vorigen Jahres in Betrieb. Die Zahl der Einäscherungen verteilt sich auf die einzelnen Monate wie folgt: Im Dezember (1912) 66, im Januar (1913) 53, im Februar 65, im März 72, im April 62, im Mai 72, im Juni 70 und in diesem Monat bis zum heutigen Tage 40. Darunter befinden sich 309 Männer, 177 Frauen und 14 Kinder. Dem Bekenntnis nach waren 401 evangelisch, 17 katholisch, 1 altkatholisch, 49 mosaisch, 4 freireligiös, 26 Dissidenten und 2 Andersgläubige. Religiöse Trauerfeiern wurden 378 abgehalten. Von den Verbrannten waren 245 aus Berlin, 205 aus Groß-Berlin und 50 von außerhalb.

Niederbarnims Spekulation.

Die Nachricht, daß Berlin die Herrschaft Lanke zu erwerben beabsichtigt, hat in maßgebenden Kreisen des Kreises Niederbarnim sofort den Gedanken ausgelöst, daß bei diesem Geschäft auch der Kreis noch ein besonderes Geschäft machen könnte. Es wird berichtet, daß mit einer kaum glaublichen Geschwindigkeit der Niederbarnimer Kreisrat beschlossen habe, die Kreisumlagesteuer auf Grundstücke im Werte von fünf Millionen Mark kurzerhand zu verdoppeln. Dieser Beschluß richtet sich ausschließlich nur gegen Berlin. Der Oberpräsident soll auch sofort dem Beschlusse seine Genehmigung erteilt haben. Man sieht, die Kreisbehörden und Oberpräsident können auch sehr schnell arbeiten, wenn es sein muß. Ob ein Beschluß, der wie der vorliegende nicht allgemeine Anwendung findet und einen Ausnahmezustand darstellt, einer Prüfung des Oberverwaltungsgerichts standhält, ist sehr zweifelhaft.

Vier Menschen ertrunken.

Gestern früh wurde von Englern ein Ruderboot Kieloben treibend in Tegeler See bei Heiligensee aufgefunden. In dem Boote waren verschiedene Kleidungsstücke und Sachen festgestellt, die, wie festgestellt werden konnte, dem Bootbesitzer Meyer, einem Kellner, namens Gumpel, und einem Hausdiener, alle in Jörfelde wohnhaft, gehörten. Diese haben sich gestern nacht gegen 1/3 Uhr in einem Restaurant in Papenberge aufgehängt und bestiegen darauf in angetrunkenem Zustande das Boot. Man vermutet, daß ihr Boot kenterte und die Insassen dabei den Tod fanden. Bisher konnten die Leichen noch nicht geborgen werden.

Der zweite Unfall ereignete sich bei Gatow. Der 22-jährige Techniker Karl Paase vom Ruderklub Normannia hatte gestern mit einem Freunde auf dem Wannsee eine Ruderpartie unternommen. Das Fahrzeug geriet dabei in den von einem Schleppdampfer verursachten Wellengang. Es kenterte und beide Insassen fielen ins Wasser. Während es einem gelang, sich zu retten, geriet Paase unter eine Zille und fand den Tod.

Der Geistesranke vor dem Schlosse.

Ein aufregender Vorfall ereignete sich in der vergangenen Nacht an der Schloßfreiheit. Gegen Mitternacht verlangte ein Mann am Portal 4, an der Seite des Lustgartens, Einlaß in das königliche Schloß. Einer der beiden Militärposten, die hier Wache stehen, wies den Mann jedoch zurück. Als er seiner Aufforderung, sich zu entfernen keine Folge leistete, rief er einen Schutzwart des 1. Reviers herbei, der in der Nähe stand. Dieser forderte nunmehr den Fremden, der den Einbruch eines Betrunknen oder Geisteskranken machte, zum Weitergehen auf. Der Mann machte auch Miene, jetzt seines Weges zu gehen. Als nun auch der Beamte sich entfernen wollte, zog er plötzlich aus einigen Schritt Entfernung einen Revolver und schoß auf den Beamten. Die Kugel traf diesen unterhalb des Halses in die Brust und machte ihn für den Augenblick betäubungslos. Jetzt gab der Militärposten dem Fremden mit dem Gewehrholben einen Stoß gegen die Brust. Unterdessen hatte sich auch der Schutzwart von seiner Verletzung wieder erholt. Er zog jetzt seinen Säbel und gab dem Angreifer einen Hieb über den Kopf, so daß dieser zusammenbrach. Der Beamte schaffte ihn nun trotz seiner Verletzung mit einer Droschke nach der Hüßwache am Spittelmarkt, wo sowohl er, wie der Mann verbunden wurden. Der Beamte wurde nach Anlegung eines Notverbandes nach der Charité gebracht, wo ihm durch einen operativen Eingriff die Kugel entfernt werden muß. Der Verhaftete wurde nach dem 2. Polizeirevier in der Georgenstraße übergeführt und

Nur in Gewahrsam behalten. Er entpuppte sich als ein Landwirt Michaelis, der sich in Berlin wohnungslos aufgehalten zu haben scheint. Ohne Zweifel handelt es sich um einen Geisteskranken. Er wird auf seinen Zustand hin untersucht werden.

Sich selbst des Mordes beschuldigt.

Mit der Selbstbeschuldigung, einen Mord verübt zu haben, hat sich ein Fabrikarbeiter Schmitz aus Köln dem hiesigen Polizeipräsidenten gestellt. Bei dem diensthabenden Kriminalkommissar erschien Schmitz gestern mittig und behauptete, daß er im vergangenen Mai zu Mülheim a. Rh. ein kleines Mädchen vergewaltigt und ermordet habe. Er sagte, daß er sich der Polizei zu Verfügung stelle, weil ihm sein Gewissen keine Ruhe mehr lasse. Es ergab sich nun, daß Schmitz schon mehrere Jahre in einem Zirkus zugebracht hat. Deshalb ist wohl anzunehmen, daß er vielleicht in einem Anfall von Verfolgungswahn sinn handelt. Er selbst aber bleibt auch heute noch bei der schweren Beschuldigung und fügt hinzu, daß er sich besonders deshalb gestellt habe, weil er erfahren habe, daß ein Mann unter dem Verdacht, diesen Mord verübt zu haben, verhaftet worden sei. Richtig ist, daß ein kleines Mädchen, die Tochter eines Schankwirts Klein, um die angegebene Zeit einem Lustmörder zum Opfer gefallen ist. Unter dem Verdacht der Täterschaft sibt ein Onkel dieses Mädchens in Untersuchungshaft. Dieser Onkel bestreitet entschieden die Tat, ist aber in Haft behalten worden und zwar hauptsächlich deshalb, weil er sein Alibi nicht genügend nachweisen kann. Hier läßt sich natürlich nicht beurteilen, ob die Selbstbeschuldigung zutrifft. Wenn man auch mit der Wahrscheinlichkeit rechnet, daß Schmitz die Beschuldigung gegen sich selbst in einem Anfall seiner Kränklichkeit erhebt, so muß doch die Möglichkeit in Betracht gezogen werden, daß er tatsächlich der Täter ist. Dies muß aber alles an Ort und Stelle nachgeprüft werden. Schmitz wird deshalb voraussichtlich von der Staatsanwaltschaft nach Köln gebracht werden.

Wieder ein Kautionschwindler festgenommen.

Den Kautionschwindler im Großen betrieb ein 62 Jahre alter Max Köpcke, der jetzt von der hiesigen Kriminalpolizei unschädlich gemacht wurde. Köpcke ist wegen Kautions- und Vermittlungsschwindelverbrechen früher in Sachsen bereits wiederholt mit Gefängnis bestraft worden, zuletzt mit zwei Jahren. Dann verbüßte er in Oesterreich ein Jahr schweren Kerker. Anfangs dieses Jahres kam er von Oesterreich wieder nach Sachsen und richtete dort zum Schein eine Geflügelgroßhandlung ein. Für diese suchte er dann Geschäftsführer, die Zweiggeschäfte leiten sollten. Er fand auch zwei Leute, einen Brauereimeister und einen Fleischermeister, die in Leipzig und Dresden Filialen leiten sollten. Beide gaben größere Summen her, die sie als Kaution betrachteten, während der Schwindler sie als Geschäftseinlage bezeichnete. Um die Leute sicher zu machen, zahlte er das Geld bei einer Großbank ein, jedoch nur, um es am nächsten Tage wieder abzuheben. Mit dem Gelde fuhr er nach Ungarn, kaufte einiges Geflügel ein und handelte es seinen Leitern. Die Sendungen hörten aber bald auf, da der Schwindler das Geld für sich verbrauchte und an einen Einkauf gar nicht mehr dachte. Die beiden Geprüften mußten, obwohl sie tüchtige Geschäftsmänner sind, ihren Betrieb einstellen, da sie durch die Vergabe der Kaution aller Geldmittel bar waren. Wie jetzt festgestellt werden konnte, kaufte der Gauner in Roffen bei Reichen ein altes Mühlengrundstück, das seit Jahren außer Betrieb ist, für 25 000 M., um sich hier wieder, natürlich nur zum Schein, eine Geflügelgroßhandlung und Milchmehlfabrik zu errichten. Obwohl er die Anzahlung von 5000 M. nach der die Aufstellung erfolgen sollte, noch gar nicht geleistet hatte, spiegelte er Leuten, die er durch Zeitungsanzeigen suchte, vor, daß das Grundstück sein Eigentum und schon im vollen Betriebe sei. Er fand auch eine Reihe von Leuten, die ihm Geld gaben, u. a. einen städtischen Arbeiter, den er als Verwalter angestellt hatte, nachdem dieser 500 M. Kaution gezahlt hatte. Anschließend kam er von Roffen nach Berlin, um hier seine Opfer zu suchen. Innerhalb 14 Tagen verhandelte er in dem Hotel, wo er mit seiner Frau abgestiegen war, mit nicht weniger als 80 Bewerbern. Unter diesen befand sich auch ein früherer Beamter, ein gutgestellter Mann, der eine Nebenbeschäftigung suchte. Er war aber vorichtig genug, sich zu erkundigen und erfuhr so, daß der „Geflügelzüchter“ nur in Hotels wohnte und das Grundstück in Roffen gar nicht sein Eigen war. Er besah auch gar nichts, nur hatten ihm Geldvermittler, an die er sich gewandt hatte, größere Summen in Aussicht gestellt. Der Beamte wandte sich nach diesen Feststellungen an die Kriminalpolizei und schloß sich so nicht nur vor den Verlust von 4000 M., die er hergeben sollte, sondern auch viele andere Leute, u. a. einen hiesigen Kaufmann, der bereit war und im Sprunge stand, dem Schwindler 10 000 M. anzubereitern. Die Kriminalpolizei nahm den Schwindler fest, ehe er noch ein Opfer hier gefunden hätte. Er gab selbst zu, keine Mittel zu besitzen und auch nicht über Kenntnis und Erfahrungen zu verfügen, die zu einem solchen Geschäftsbetrieb notwendig sind. Den Leuten hatte er erzählt, daß seine Frau größere Wadungen in der Steiermark besitze und sehr vermögend sei. Es stellte sich aber heraus, daß auch sie nicht einen Pfennig besitzt. Sie mußte deshalb bei der Festnahme ihres Mannes der städtischen Armenverwaltung überwiesen werden. Der Schwindler wurde gestern dem Untersuchungsrichter vorgeführt, der ihn in Haft behielt. Betrüb über seine Festnahme sind nur die Geldvermittler, denen er bis zu 10 Proz. Vermittlungsgebühr versprochen, und die sich viele unnütze Mühe gemacht haben, dem „Geflügelzüchter“ und „Grundbesitzer“ Kapitalien zu verschaffen.

Noch keine Sanierung der Weissenfer Bank. Die Hoffnung der Leitung der Weissenfer Genossenschaftsbank, ihre beiden Geschäftsteile am heutigen Sonnabend wieder eröffnen zu können, hat sich als trügerisch erwiesen. Dem Kreisaußschuß von Niederbarnim, der sich in seiner gestrigen Sitzung mit den Sanierungsbeschlüssen der Gemeindevorstellung von Weissenfer beschäftigt hat, ist nach einer Prüfung der finanziellen Verhältnisse der Bank zu einer Vertagung der Angelegenheit gekommen. Selbst wenn in der nächsten Sitzung des Kreisaußschusses eine Genehmigung des Vorhabens der Gemeinde, der Bank weitere Geldmittel zur Verfügung zu stellen, erfolgen sollte, wird es doch noch 8-14 Tage dauern, ehe die Genossenschaft wieder ihre Pforten öffnen kann. — Für die vorläufige Genehmigung der Sanierungsbeschlüsse der Gemeinde Weissenfer durch den Kreisaußschuß war u. a. auch maßgebend die Abwesenheit des Vorsitzenden, des Landrats Dr. Vulsch. Dieser kehrt am 23. Juli von seiner Urlaubsreise zurück und dann wird sich das Schicksal der Weissenfer Bank wohl entscheiden.

Todessturz vom Sangerh. Ein tödlicher Unglücksfall hat sich am gestrigen Nachmittag gegen 1/5 Uhr auf dem Grundstück Rottbuhler Ufer 39/40 zugetragen. Dort befindet sich das umfangreiche Geschäftshaus „Erdmannshof“, das kürzlich von einem Brande heimgegesucht worden ist. Gegenwärtig ist man mit der Ausbesserung der durch den Brand verursachten Beschädigungen beschäftigt. Bei der Ausführung der Glaserreparaturen, die dem Glasermeister Luge aus der Weiger Straße 10 übertragen worden waren, war dessen 29-jähriger Sohn Richard nach Feierabend beauftragt. Als Richard Luge gestern nachmittag auf dem Bauwerk in der Höhe des dritten Stockwerkes mit dem Einlegen von Fensterbänken beschäftigt war, brach plötzlich das Brett, auf dem er stand, und Luge stürzte kopfüber in die Tiefe. Er erlitt

schwere äußere und innere Verletzungen und verstarb auf dem Transport nach dem Urban-Krankenhaus.

Verhaftung einer „weisen Frau“. Unter dem Verdacht, sich seit längerer Zeit gegen den § 218 des Strafgesetzbuches vergrämen zu haben, ist gestern die 33-jährige Masseuse Ida Ziemele vom Grünen Weg verhaftet worden.

Entgleist sind gestern früh 8 Uhr 36 Min. auf dem Bahnhof Alexanderplatz drei leere Wagen, wodurch das Gleis auf etwa zwei Stunden gesperrt wurde.

Gefunden wurden am Mittwoch, den 16. d. M. auf dem Spielplatz der Arbeiterjugend in Treptow mehrere Gegenstände, darunter auch Jugendmarken. Abgeholt bei W. Nöhse, Glogauerstr. 29.

Mit einem Umbau des Landwirtschaftsministeriums in der Königgräberstraße 123 ist begonnen worden.

Zugangsgeld. Diejenigen Personen, die am Sonnabend, den 31. Mai, abends 6 1/2 Uhr, in Baumhuldenweg gesehen haben, wie ein junger Mann von einem Privatautomobil überfahren wurde, werden gebeten, ihre Adresse an Alfred Christiansen, Johannisthal, Lindhorststr. 2, abzugeben.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Fürsorge für die Kleinkinder, d. h. für die Kinder vom 1.—6. Lebensjahr, hat neben der Säuglingsfürsorge die Stadt Charlottenburg seit dem 1. April 1911 eingerichtet. Gerade für diese Altersstufe, in der die Grundlage für die körperliche und geistige Entwicklung gelegt und der Kern für manche spätere Erkrankung aufgenommen wird, ist eine sorgfältige ärztliche Ueberwachung dringend geboten. In jeder der Charlottenburger Säuglingsfürsorgestellen werden besondere Wochenprechstunden für Kinder vom 1. bis zum vollendeten 6. Lebensjahre abgehalten. In diesen Sprechstunden werden in regelmäßigen Zwischenräumen zunächst solche Kinder, die bis zum vollendeten 1. Lebensjahre bereits die Fürsorgestelle besucht haben, weiter vorgestellt. Zugelassen zu diesen Sprechstunden werden jedoch alle Kinder im Alter von 1 bis 6 Jahren, auch wenn sie die Säuglingsfürsorgestelle vorher nicht besucht haben. Mütter und Pflegemütter erhalten dabei unentgeltlich spezialärztlichen Rat über die für das Gedeihen des Kindes gebotenen Maßnahmen und die Vermeidung von Schädlichkeiten. Eine ärztliche Behandlung findet nicht statt. Diese Kleinkindersprechstunden werden an folgenden Tagen abgehalten: 1. Säuglingsfürsorgestelle I, Berliner Str. 137; Mittwoch 2—3 Uhr; 2. Säuglingsfürsorgestelle II, Wilmersdorfer Str. 111; Dienstag 2—3 Uhr; 3. Säuglingsfürsorgestelle III, Scharrenstr. 32; Freitag 1 bis 2 Uhr; 4. Säuglingsfürsorgestelle IV, Mehringstr. 11; Dienstag 2 1/2—3 1/2 Uhr; 5. Säuglingsfürsorgestelle V, Kaiserin-Augusta-Allee 102; Dienstag 2—3 Uhr; 6. Säuglingsfürsorgestelle VI, Kaiserin-Augusta-Viktoria-Haus, Rollwühlstraße; Mittwoch 2—3 Uhr; 7. Säuglingsfürsorgestelle VII, Dorfstr. 28; Donnerstag 2—3 Uhr.

Die Mütter und Pflegemütter, die zugleich einen Säugling und ein größeres Kind in der Fürsorgestelle vorstellen wollen, können ausnahmsweise auch die größeren Kinder in der Säuglingsprechstunde mitvorstellen. Die Einrichtung der Fürsorge für die Kleinkinder hat sich bisher sehr gut bewährt und kann den Müttern und Pflegemüttern der Kinder zum eifrigeren Besuch nicht dringend genug empfohlen werden.

Ober-Schöneweide.

Der Arbeiterturnverein „Oberspree“ feiert am 19. und 20. Juli sein 10-jähriges Bestehen im Schlosspark Wilhelminenhof. Sonnabend, abends 9 Uhr: Kommerz bei freiem Eintritt. Sonntag vormittag auf unserem Spielplatz: Wettspiele. Sonntag nachmittag 2 Uhr: Festzug durch den Ort, Abmarsch vom Wilhelminenhof. Nachdem in demselben Lokal Gartenkonzert verbunden mit turnerischen Aufführungen und Gesang (Männergesangsverein „Niedertafel“). Im Saale: Tanz. Eintrittspreis 20 Pf.

Wegen des 10. Stiftungsfestes fallen die Kinderspiele am Sonntag aus. Nächste Kinderspiele am 27. d. M. Abmarsch von den bekannten Stellen.

Weissenfer.

Der hiesige Arbeiter-Turnverein feiert am Sonntag, 20. Juli, sein 10-jähriges Stiftungsfest verbunden mit Schauturnen auf seinem Turnplatz in der Falkenbergstraße. Eintritt frei. Anfang 4 Uhr. Nach dem Turnen Kinderspiele. Da der Verein sich zu allen Festen der organisierten Arbeiterklasse zur Verfügung stellt, ist eine zahlreiche Beteiligung erwünscht.

Bohnsdorf.

Die Freie Turnerschaft „Bohnsdorf“ veranstaltet am Sonnabend, den 19. d. Mts. im Restaurant „Falkenruh“, Jahaber Saloszer, ein Sommerfest. Wir bitten die Genossinnen und Genossen, dieses Fest rege zu unterstützen.

Hergfelde.

Ein größeres Schadenfeuer brach am Donnerstag früh auf dem Ziegelei- und Vöttcherbetriebe E. D. Wegener im benachbarten Hennemündorf aus. Die Vöttcherei, sowie die dicht daneben befindliche Stellmacherei wurden fast vollständig vernichtet. Die Zahl der verbrannten Häuser geht in die Tausende. Das Maschinengebäude wurde ebenfalls arg beschädigt. Der durch Versicherung gedeckte Materialschaden ist sehr bedeutend.

Kallberge-Nüdersdorf.

Um falschen Gerüchten zu begegnen, teilt die Bezirksleitung von Kallberge-Nüdersdorf mit, daß der Fahrabwinder Georg Brining-Kallberge bei der Landtagswahl seine Stimme unserem Wahlmann gegeben hat.

Spandau.

Die „Freie Turnerschaft Spandau“ feiert am 19. und 20. d. M. ihr 10-jähriges Bestehen. Am 19. findet bei Vorchardt, Seeburger Straße 20, Kommerz und am 20. in der Brauerei Fichelsdorf großes Volksfest statt. Konzert, turnerische Aufführungen der Männer- sowie Damenabteilung und Kinderspiele wechseln am Nachmittag miteinander ab. Gesellschaftsspiele auf dem großen Exerzierplatz, u. a. Fuß- und Faustballspiele, sowie Stafettenläufe mit fremden Vereinen bilden die Einleitung zum Volksfest. Beginn des Kommerzes 8 Uhr abends, der Spiele 8 Uhr früh und des Volksfestes durch einen Ausmarsch der Turner mit Musik vom Turnplatz in der Feldstraße um 2 Uhr nachmittags. Eintritt zum Kommerz 20 und zum Volksfest 30 Pf.

Beim Waldfest am Sonntag, den 18. Juli, in der Bürger-Ablage sind ein Spazierstod und ein Paar Manschetten gefunden worden. Abzuholen in der „Vortwärts“-Expedition (E. Köppen) Breitestr. 64.

Die Ferienkündigung der Stadtverordneten hatte sich vor Eintritt in die Tagesordnung zunächst mit einem Schreiben des Direktors v. Hirsch-Schwabe, betreffend das zu erbauende Stadttheater, zu beschäftigen. Nachdem längere Zeit von dem Theaterprojekt überhaupt nichts zu hören war, beantragte jetzt die Theatergesellschaft eine vollständige Umänderung des Theaters. Statt der ursprünglich geplanten 800 Sitzplätze sollen jetzt 1200 Sitzplätze errichtet werden. Von dem Bau eines großen Festsaales, der allen Parteien zur Verfügung gestellt werden sollte, sowie dem Bau großer Ge-

sellchaftsräume, soll Abstand genommen werden. Die Stadt soll zwar die Ausbittungsgarantie für 600 000 M. übernehmen, aber auf die Einführung einer Billetsteuer verzichten. Nach Erledigung der neuen Unterlagen will die Gesellschaft mit dem Bau am 15. September beginnen. Da dem Magistrat eine gleiche Eingabe zugegangen ist, wollen die Stadtverordneten erst dessen Beschluß abwarten.

Die erste Vorlage betraf die Beschaffung von Unterkunfts-räumen für die neu aufzustellenden Truppenteile und die Zustimmung zu dem Mietvertrag über die Militärbaracken. Mit Rücksicht auf die spätere Verwendung der Baracken im Südbahnhof, sollen die Mannschafts- und Wirtschaftsbaracken auf dem Gelände am Tiefwerder Weg und an der Hotel- und Spichernstraße als Massivbauten mit 25 Zentimeter starken Wänden, 6 Zentimeter starker Luftschicht und innerer 13 Zentimeter starker Verblendung errichtet werden. Die Bauten sollen insgesamt 445 200 M. kosten. Gegenüber der ursprünglichen Vorlage will der Fiskus die Baracken nur auf 1 1/2 Jahre statt auf 2 Jahre mieten, wodurch die Stadt einen Ausfall von 50 000 M. erleidet. Wie Stadtbaurat Paul mitteilte, wollte der Militärstatistik die Baracken sogar nur auf ein Jahr mieten, da die Kasernen innerhalb Jahresfrist fertig sein sollten. Trotzdem die neue Vorlage eine weitere große Belastung der Stadt bedeutet, stimmte die Mehrheit der Vorlage zu.

Für die Herstellung einer Wasserleitungs- und Amalgams-anlage im Strahengebiet zu beiden Seiten der Hafenbahn einschließlich der Teltowstraße wurden 52 600 M. aus der Hafenanleihe und 43 900 M. aus dem Strahengebietungsanleihefonds zur Erschließung des Hafengeländes ohne Debatte bewilligt.

Zugestimmt wurde der Vorlage, wonach die Wasserrohrleitung in der Galauer Straße bis zu dem Grundstück der Spandauer Bänderwerke verlängert wird. Die Kosten betragen 2200 M.

Eine Magistratsvorlage betraf Erweiterung des städtischen Friedhofes in den Riffeln, anschließend an die jetzige Anlage bis zur Bahn Spandau-Böhlow. Zum besseren Abschluß soll an der Bahn entlang der Holzbestand in einer Breite von 20 Metern erhalten bleiben. Die Gesamtkosten belaufen sich bei einer Aufhöhung bis auf 88,50 Meter auf 90 000 M. Die Stadtb. Walter mitteilte, soll rechts am Haupteingang später ein Urnenhain angelegt werden, während links davon ein Park entstehen werde. Stadtverordneter Dr. Kantorowicz stellte wieder einen Antrag in Aussicht, wonach die Redehalle auf dem Friedhof jedem Einwohner, wenn er auch keinen Geistlichen hat, zur Verfügung gestellt werde. Da verschiedenen Rednern die geforderte Summe zu hoch war, wurde die Vorlage an den Magistrat zurückverwiesen.

Einem Antrage der Stadtb. Kupke und Genossen wurde zugestimmt, wonach Straßenbahn-Monatskarten jederzeit im Rathaus wie im Straßenbahndepot zu haben sein sollen. In der Debatte über diesen Antrag wurde ausgeführt, daß der Straßenbahndirektor Müller zu bürokratisch sei, und leider gehe es auch in vielen städtischen Bureaus nach Schema F. Jetzt können Monatskarten nur bis zum 10. jeden Monats gelöst werden, trotzdem die Stadt doch nur einen Vorteil davon hat, wenn Monatskarten auch später gelöst werden können.

Betreffend Besteuerung der Ueberlandzentrale wurde beschlossen, daß dieselben ebenso wie das Kreisverkehrsnetz nur bis zu 100 Proz. Zuschlag zu der Einkommensteuer herangezogen werden soll.

In der hierauf folgenden geheimen Sitzung wurde zunächst der Ankauf des Reyerischen Holzplatzes neben der städtischen Gasanstalt in Größe von 8700 Quadratmetern zum Preise von 310 040 Mark (35,60 M. pro Quadratmeter) zur Vergrößerung des Terrains der Gasanstalt beschlossen. — Der Verpachtung des Rathsaufbauhofes im neuen Rathaus an den Pächter des „Babischen Hof“ in Berlin, F. Thomas, wurde zugestimmt. Im ersten Jahre hat Pächter keine Pacht zu zahlen, im zweiten Jahre 3000 M., im dritten 3500 M., im vierten 4000 M. und im fünften 5000 M.

Verfammlungen.

Die Verschmelzungsbestrebungen in den Reihen der Privat-angestellten.

Am vergangenen Freitag hielt der Zentralverband der Handlungsgehilfen eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab.

Nach einem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Referat des Stadtverordneten Ritter über die „Vollständigkeits“-referierte 1. Bevollmächtigter Rogon über die Verschmelzung mit dem Verband der Bureauangestellten. Die Berliner Kollegenschaft ist nun der Meinung, daß nicht allein die Grenzstreitigkeiten für eine Vereinigung sprechen, sondern besonders auch die wirtschaftlichen Verhältnisse. Die Unternehmer geben darauf aus, die verschiedensten kaufmännischen Angestellten nicht mehr als Handlungsgehilfen zu betrachten. Hierzu kommt noch der häufige Berufswechsel.

Eine Verschmelzung der Verbände hält der Handlungsgehilfen-vorstand für möglich, während der Bureauangestelltenvorstand diese Auffassung nicht teilt. Letzterer mit der Begründung, daß Grenzstreitigkeiten nicht allein maßgebend sind, auch zu wenig Organisierte vorhanden seien, die Verbindungspunkte nur lose, ein Abschwächen vom Neutralitätsstandpunkte und ein Majorisieren des kleineren Verbandes nicht von der Hand zu weisen wäre. In Widerlegung dieser Argumente kommt Rogon dann auch auf die eventuelle Gründung eines allgemeinen Privatangestelltenverbandes zu sprechen, dem man sehr sympathisch gegenüberstehe. Doch dürfe diese Frage nicht übers Anie gebrochen werden. Die vom Hauptvorstand gestellten Fragen, ob Berlin für Verschmelzung, des weiteren für einen allgemeinen Privatangestelltenverband sei, erfuhr die Ortsverwaltung mit „Ja“ zu beantworten.

Lange (Hauptvorstandsmitglied) sagt, daß Berlin vorerst als einziger Ort dieser Frage näher getreten ist. Bis jetzt habe er eine regere Anteilnahme nicht gefunden. Es muß die Frage gestellt werden, ob die Grenzstreitigkeiten nicht durch gegenseitiges Einverständnis gehoben werden können. Eine gewisse Selbständigkeit im technisch-organisatorischen Verkehr läßt die Frage zu, ob das für beide Teile eine finanzielle Förderung ist. Auch trifft es nur für verschiedene der Bureauangestellten zu, daß diese in ein und demselben Betriebe tätig sind. Die Neutralität scheint die schwierigste Frage zu sein; denn innerhalb der Bureauangestelltenverbände besteht nicht so eine Kampfform wie zwischen den einzelnen Handlungsgehilfenverbänden. Der Bureauangestelltenverband arbeitet mit den Bürgerlichen anders als wir und will wohl auch seine Taktik noch beibehalten.

Hirschfeld: Haben die Redner noch ein „Ja, aber“ übrig behalten, so möchte er sagen „Ja, also“. So rasch wie möglich zur Tat. Auch er steht einem allgemeinen Bund sympathisch gegenüber, doch dürfe das Bessere nicht des Guten Feind werden. Es ist kein Anlaß vorhanden, die Sache zu verschleppen, da ja über kurz oder lang dieser Weg gegangen werden muß. Grenzstreitigkeiten in äußerster Form bedeuten Krieg bis aus dem Meffer und das darf es nicht geben. Die beste Lösung ist zwar ein allgemeiner Verband, vorläufig aber die Verschmelzung beider Arbeiterorganisationen. Die Neutralität ist in den verschiedenen Gewerkschaften in den verschiedensten Nuancen zu finden. Dies darf kein Grund sein die Sache auf die lange Bank zu schieben. (Lebh. Beifall.)

Publik (Ortsbeamter): Ursprünglich waren es ja die Grenzstreitigkeiten, die ein Diskutieren veranlaßten. Solch ablehne Mißstände würden in verschiedenen Verbänden durch Verschmelzung beigelegt. Aber nicht Berlin allein ist für eine Fusion, sondern auch die Vertreter auf dem Verbandstag, die für sie gestimmt haben. So weit er sich erinnern, haben sich in letzter Zeit nur Rusew, Wisk und Picna gegen das Verschmelzungsprojekt gewandt. Der Weg zu einem allgemeinen Privatangestelltenverband führt nur über die Verschmelzung. (Lebh. Beifall.)

Fritz Schmidt (Ortsbeamter) polemisiert gegen einige Ausführungen Langes und geht näher auf die Grenzstreitigkeiten und deren unangenehme Wirkungen ein. Die Indifferenten

werden, da sie nicht wissen, wohin sie nun eigentlich gehören, den gelben Vereinen, die wie Pilze aus der Erde schießen, direkt in die Arme getrieben. Nicht wahr sei es, wenn man behauptet, die Frage sei zu wenig ventiliert worden. Sollten noch Schwierigkeiten entstehen, die nicht von Sachlichkeit zeugen, dann müßten allerdings die Mitglieder ihre Vorstände dazu zwingen, dem Gebanten der Verschmelzung Sympathie entgegenzusetzen. (Leb. Beifall.)

In demselben Sinne sprachen dann noch Talle und Friedewald, bis ein Vertagungsantrag der interessanten Debatte ein vorläufiges Ziel setzte.

Aus aller Welt.

Durch 15 000 Volt Starkstrom getötet.

Ein verhängnisvoller Vorgang hat sich gestern im Betriebe der Märkischen Elektrizitätswerke in Heegermühle abgepielt. Am Reuterebener Ortswerk wird gegenwärtig eine neue Signalleitung errichtet. Vom Obermonteur war den Leuten verboten worden, sich an der Leitung, die einen Starkstrom von 15 000 Volt aufweist, zu schaffen zu machen. Der 45 Jahre alte Monteur Paul Wien warf nun einen Draht über die Starkstromleitung hinüber. Im gleichen Moment stürzte er tot zu Boden. Der Körper des Unglücklichen war vollständig verbrannt. Ein zweiter Arbeiter, der auf einem zehn Meter hohen Mast saß, wurde gleichfalls von dem Draht getroffen und erhielt einen so starken elektrischen Schlag, daß er aus der beträchtlichen Höhe herabstürzte und unten brennend liegen blieb. Er kam mit einigen äußeren Verletzungen und leichten Brandwunden davon.

Die Frauenbewegung ist schuld.

Es ist entsetzlich, wieviel Unheil die moderne Frauenbewegung stiftet. Nicht genug damit, daß sie die Stellung des Mannes erschüttert, daß sie der Frau den Zutritt zu höheren und besser entlohnenden Stellungen erschmüpft und die Gleichberechtigung auf allen Gebieten erstrebt; nein, sie drängt sich auch in das intimste Familienleben ein. Ihre verderbliche Wirkung geht so weit, daß selbst die Ehefrauen rebellieren und es sich nicht mehr gefallen lassen wollen, daß ihre Männer ihnen Schüsseln, Messer und andere harte Gegenstände an den Kopf werfen.

In Wien hat eine Frau Elbogen, wie die Berliner Morgenpost berichtet, ihren Mann wegen Ueberschreitung des ehelichen Nützlichkeitsrechtes verklagt. Herr Elbogen fand eines Abends, daß der von ihm bestellte Kostbraten nicht den Anforderungen entsprach, die er an eine tadellose Küche zu stellen gewöhnt war. Er war hart. Voll Wut lief Herr Elbogen darauf in das Schlafzimmer und warf seiner Frau, die sich bereits zur Ruhe begeben hatte, die Schüssel samt dem Braten an den Kopf, und da ihm das noch nicht genug schien, auch noch zwei Stiefelleisten hinterher. Dann tobte er sich aus, indem er einen von der Gattin fürförmlich bereitgestellten Kalbsbraten mit Stumpf und Stiel verzehrte.

Frau Elbogen bedachte leider nicht, daß sie nur die gerechte Strafe für ihr überhörs Vergehen, dem Manne einen nicht ganz tadellosen Kostbraten vorzusetzen, erhalten hatte. Sie lagte. Der Verteiliger ihres Gatten wunderte sich, wie eine Ehefrau nach 25 jähriger Ehe ihrem Gatten eine so geringfügige Episode so hart nachtragen könne. Aber er weiß auch, woher das kommt: die moderne Frauenbewegung ist verantwortlich dafür. Die ist schuld daran, daß die sonst so gebildigen Ehefrauen sich auf einmal so harmlose Weise der eheherrlichen Unzufriedenheit nicht mehr gefallen lassen wollen, und statt den Mann um Verzeihung zu bitten, gar noch zum Richter gehen und Buße verlangen.

In der Tat, wohin soll das noch führen!

Kleine Notizen.

Unwetter in Kottbus. Von einem schweren Unwetter ist Kottbus heimgesucht worden. Der Miß hat an mehreren Stellen erheblichen Schaden verursacht. Licht- und Fernsprechanlagen wurden beschädigt. Mehrere Fabriken erlitten erhebliche Beschädigungen.

Lufteinbruch. In Gleiwitz kostete der 33jährige Bergmann Kanderwicz ein 13jähriges Schulmädchen in ein Kornfeld und verübte an ihm einen schrecklichen Lustmord. Das unglückliche Kind wurde als zerstückte Leiche aufgefunden. Der Mörder wurde verhaftet.

Ein Fliegerunteroffizier tödlich verunglückt. Der Sergeant Westphäl aus Hannover, der als Flugschüler nach Frankfurt am Main kommandiert war, fiel bei einer Startübung beim Wollen über den Boden aus dem Flugzeug, dessen Motor nicht genau abgestellt war. Westphäl erlitt Verletzungen, an denen er bald nach seiner Ueberführung ins Lazarett verstarb.

Dem Frachtkauf geköpft. Ein entsetzlicher Unglücksfall hat sich auf dem Bahnhof Wanne bei Bochum zugetragen. Als der Postgehilfe Wilhelm Buschmann seinen Kopf in einen zur Beförderung von Paketen bestimmten elektrischen Aufzug steckte, schloß sich der Aufzug plötzlich nach unten zu in Bewegung und trennte ihm den Kopf vom Rumpfe. Der Rumpf fiel auf den Bahnsteig, während der Kopf mit dem Postwagen in den Tunnel hinabgelassen wurde.

Ein 13jähriger „Mörder“. Der unter dem Verdacht, seine achtjährige Stiefschwester ermordet zu haben, in das Reichsgerichtsgefängnis eingelieferte 13 Jahre alte Richard Hämchen aus Varenbuck hatte heute vormittag im Laufe der Vernehmung die Tat eingestanden. Ueber den Beweggrund machte der Knabe verschiedene Angaben.

Jugendveranstaltungen.

Tempelhof-Mariendorf. Sonntag, den 20. Juli: Partie der arbeitenden Jugend nach dem Crossinsee. Treffpunkt für Mariendorf: 1/7 Uhr an der Kanalbrücke, 1/7 Uhr am Ringbahnhof. Fahrpreis 50 Pf.

Jugendausflug Treptow-Daumshuloweg. Sonntag, 20. Juli: Geologische Wanderung über Ermer, Kalkberge Rüdersdorf (Besichtigung des Bergwerks), Stenitzsee, Friedersdorf. Abfahrt von Daumshuloweg 5⁴⁴, von Treptow 5⁵⁴, von Stralau-Kummelsberg 6⁰⁴ nach Ermer. Gesamtkosten 1,10 M. Lieberbäder sowie Belegung nicht berechnen. Probiert und Getränke für den ganzen Tag sind mitzubringen.

Bersammlungen — Veranstaltungen.

Steglitz. Montag, den 21. Juli, abends 7/9 Uhr, bei Thiel, Wredtstraße 57, Ade-Kingstraße. Vortrag des Genossen F. Strödel über „Revolutionäre Dichtung“.

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter. (B. a. G.) Filiale Berlin 2. Montag, den 21. Juli, abends 8^{1/2} Uhr, im Märkischen Hof, Abm. 138: Jahres- und Kassenbericht. Berichtsbeneh. — Filiale Berlin 6. Sonnabend, den 19. Juli, abends 9 Uhr, im Söminimilber Gesellschaftshaus: Bericht von der Generalversammlung. — Filiale Berlin 9. Sonntag, den 20. Juli, vormittags 10 Uhr, bei Motronen, Berlin, Köpenickerstr. 14. — Filiale Berlin 10. Sonnabend, abends 8^{1/2} Uhr, bei Haber, Stephanstr. 11. — Filiale Westfölin. Sonnabend, den 19. Juli, abends 8 Uhr: Jahlabend bei Hoffmann, Hermannstr. 156. — Filiale Wernau. Sonnabend, den 20. Juli, abends 9 Uhr, bei Kreisel, Breitenstraße, Ade-Kingstraße: Einlasserung von Beiträgen.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis. (Frankf. Viertel, Bez. 385 11.)

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Gastwirt **Robert Jürgens** (Hochstr. 6) gestorben ist. **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet am Montag, den 21. Juli, nachmittags 3^{1/2} Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofs in Friedrichsfelde aus statt. 215/19 Um rege Beteiligung ersucht **Der Vorstand.**

Statt besonderer Meldung. Am 17. Juli, früh 5 Uhr, entschleide nach langen, unendlichen Leiden mein lieber Mann, der **Robert Weiß** (Högelstr. 2, im Alter von 63 Jahren. — Dies zeigt mit der Bitte um stille Teilnahme in tiefem Schmerz an. 157/38 **Lydia Weiß**, geb. Sedent.

Beerdigung Sonntag, 20. Juli, nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle des Nichtenberger Gemeinde-Friedhofes in Rarzahn aus.

Sozialdemokratischer Wahlverein Kreis Niederbarnim. **Bezik Lichtenberg.** 7. Abteilung, 33. Gruppe.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse **Robert Weiß** (Högelstr. 2, am 17. verstorben ist. **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet am Sonntag, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle in Rarzahn aus statt. 14/14 Um rege Beteiligung ersucht **Die Bezirksleitung.**

Verband der Hut- und Filzwarenarbeiter u. Arbeiterinnen Deutschl. Ortsverwaltung Berlin.

Allen Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege **Robert Weiß** (63 Jahre alt) am 17. d. Mts. verstorben ist. Die Beerdigung findet am Sonntag, nachmittags 4 Uhr, auf dem Nichtenberger Friedhof in Rarzahn statt. 70/9 Abfahrt Wiegeler Bahnhof 2,34, 3,33 Uhr nachmittags. Zahlreiche Beteiligung erwartet **Der Vorstand.**

Verband der Fabrikarbeiter. Zahlstelle Groß-Berlin.

Am Sonnabend, den 22. Juli, verstarb unser Mitglied **Alfred Günther.** **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet heute Sonnabend, den 19. Juli, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeindefriedhofes in Friedrichsfelde aus statt. 57/1 Rege Beteiligung erwartet **Die Ortsverwaltung.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Berlin.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Dreher **Karl Schmidt** (Knechtlin, Kaiser-Friedrichstraße 5, am 17. Juli gestorben ist. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 20. Juli, nachmittags 2^{1/2} Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes in Knechtlin, Mariendorfer Weg, aus statt.

Ferner starb unser Mitglied, der Metallarbeiter **Gustav Netzbund** am 16. Juli an einem Herzleiden. Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 19. Juli, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes in Knechtlin, Mariendorfer Weg, aus statt.

Ehre ihrem Andenken! Rege Beteiligung erwartet 192/6 **Die Ortsverwaltung.**

Frauen - Sterbekassa von Mitgliedern der Zentral - Kranken- und Sterbekassa der deutschen Wagenbauer (V. a. G.). Ortsverwaltung Berlin 11.

Am 16. Juli verstarb unser Mitglied **Helene de Grille** im 42. Lebensjahre. **Ehre ihrem Andenken!** Die Beerdigung findet heute, den 19. Juli, nachmittags 4^{1/2} Uhr, von der Halle des Gethsemanen-Friedhofes in Nordend aus statt. 228/10 **Die Ortsverwaltung.**

Beerdigung. Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die Kranzspenden bei der Beerdigung meines guten Mannes, unseres unvergesslichen Vaters sprechen wir allen Verwandten und Bekannten, insbesondere den Angehörigen der Kunst-Localitätenmalerei Georg Schmitt unsern herzlichsten Dank aus. 90/1 **Witwe Emma Bach und Kinder.**

Orts - Krankenkasse Berlin-Dichtenberg. Einladung zur **Außerordentlichen General-Versammlung**

der gewählten Vertreter der Ortskrankenkasse Berlin-Dichtenberg zu **Montag, den 28. Juli 1913,** abends 8 Uhr, in das Lokal von **Richard Arnold, Gasthof zum Schwarzen Adler, Berlin-Dichtenberg, Frankfurter Chaussee 5.**

Tagesordnung: 1. Zurückziehung des Zulassungsantrages vom 11. November 1912. 2. Beratung über den Statutenentwurf nach den Vorschriften der Reichsversicherungsordnung. 3. Vorlegung der Abrechnung des Erweiterungsbau der Badeanstalt. 4. Beschlußfassung über Gehaltsregulierungen: a) der Ärzte, Herren Dr. Hirschfeld, Dr. Koblowski und Dr. Junst, b) des Geschäftsführers, c. Kassensangehörigen.

Der Vorstand. R. H.: Otto Selkel, Vorsitzender.

Dr. Simmel Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden. **Prinzenstr. 41,** dicht am Moritzplatz 10-2. 5-7. Sonntags 10-12.

Westmann

Mohrenstr. 37a
Gr. Frankfurterstr. 115

Schluß in einigen Tagen!!! Großer Inventur-Ausverkauf

Lodenmäntel, Capes, Kostüme Inventurpreis 12 8 15 sonst bis 30 27 45	Kostüme englischer Art Inventurpreis 12 18 27 sonst bis 45 75 105
Staubmäntel, Alpaka, Peppino Inventurp. 9 ^{1/2} , 12 ^{1/2} , 16 24 sonst bis 32 45 54 72	Kostüme, 3/4 Kammerjäger Inventurpreis 18 28 45 sonst bis 37 50 145
Seiden-Konfektion kurz u. lang Inventurpreis 15 28 45 sonst bis 30 58 149	Pfätschmäntel, Vel. du Nord, echt engl. Seal-Plush Inventurpreis 30 50 85 sonst bis 118 170 234
Peiz-Mäntel, Peiz-Jackette Inventurpreis 150 250 60 früher bis 200 300 350	Flauschmäntel weiche Qualität Inventurpreis 15 25 36 sonst bis 34 78 115

1 Posten Waschkostüme 8 M., sonst bis 48.—
1 Posten Gesellschaftskleider 30 M., sonst bis 156.—
1 Posten Kostüme (zurückges.) 10 M., sonst bis 75.—



Heines Werke
3 Bände 4 Mark
Buchhandlung Vorwärts

Vornehme

Herren

Kleidung
fertig und nach Maß
erhalten Sie in der modernen **Mass-Schneidererei**

J. Kurzberg
Gegründet 1898
mit ähnlich lautenden Firmen nicht zu verwechseln
Auf Wunsch Wochenrate

von **1 Mark** an

Rosenthaler Strasse 36
1. Etage,
Frankfurter Allee 104
Ecke Friedenstrasse,
Reinickendorfer Str. 4
Weddingplatz.

B. FEDER
Brannenstraße
Frankfurter Allee 89
Kottbuscher Damm 103
liefert auf

KREDIT

unter
günstigsten
Zahlungsbedingungen

Damen-Garderobe
Kostüme, Ueiler, Mäntel,
Kleider, Blusen, Röcke.

Elegante Wäsche
Ganze Braut-Ausstattungen
Damenhüte
Schuhwaren
In getrennten Räumen

Herren-Garderobe
Sakko-, Rock- u.
Gehrock - Anzüge,
Lüster- u. Leinen-
Jackette, Ueiler,
Palotets, Raglans

Kinder-Konfektion
für Knaben und Mädchen

Auswahl
wie im Spezialgeschäft
Anzahlung nach
Uebereinkunft

10% Preis-Ermäßigung
auf alle Waren
bis 31. Juli cr.

Reuters Werke
3 Bände 4 Mark
Buchhandlung Vorwärts

Getragene
Mäntel, Kostüme, etc. in besten Zuständen
geordnet (eins. auch auf Seide),
für jede Figur, auch härteste, für
jeden Herren passend, auf Lager,
früherer Verkaufspris bis
30. 100.— Neben zum Verkauf:
Jackett-Kng. M. 10 16 20 24
Baletois - 5 8 12
Rock-Anzüge - 12 16 20
Wolffrock-Kng. - 18 22 27
Hüfte - 12 16 22
Jünglings-Kng. - 7 10 14
Hosen - 9 3 - 6

Abt. II: Neue Bekleidung.
Institut für Verleiung stet.
Gesellschafts-Garderobe.

Garderobehaus Gr. Frankfurterstr. 115
a. d. Kottbuscherstr.

2. Gesch.: Chausseestr. 89.

Wer Stoff hat, fertige Kleidung
16,00. Kachmittl., Nichtenberger-
straße 9. 117/15

Elegante

Herren-Moden
fertig u. nach Mass
von **1 Mark**
wöchentliche Teilzahlung.

S. Boltuch
Frankfurter Allee 75
Eingang Tilsiterstrasse

Buchhandlung Vorwärts
Lindenstr. 69 (Laden)

Ansichtskarten
vom
Riesengebirge, Harz,
Sächsische Schweiz,
Dresden, Berlin
in reicher Auswahl.
Stück 5 Pf.

1 Mark
wöchentliche Teilzahlung
Nefere elegants

Herren-Moden

fertig und nach Maß
Garantie für unadel-
losen Sitz

Julius Fabian

Schneidermeister
I. Geschäft:
Gr. Frankfurter Str. 37

II. Geschäft:
Turmstr. 18 Kein Laden

III. Geschäft:
Kottbusser Str. 14
Nur 2. Etage

Greift zu!
Jed. Herrn, der sich eleg. u. bill.
kleiden will, empfehle eleg. Mon-
taggarderobe in feinsten Werk-
stoff. Berlin geard. von Herr-
schaften, Doktoren, Kavaliere nur
kurze Zeit gebr. (für jed. Fig. pass.)
Monats-Jackett-Anzüge 8, 10, 14, 18 M.
Monats-Rock-Anzüge 10, 12, 16, 20 M.
Monats-Paletots 8, 10, 14, 18 M.
Monats-Herren-Hosen 2,50, 5,00 M.
Ueiler, sehr billig.

Große Abteilung neuer Garderobe
Moldauer, Gr. Frankfurter Str. 95
(Nähe Strausberger Pl.)
Bitte genau auf No. 95 zu achten!

Reiseführer,
Wanderkarten und
Bücher,
Kursbücher

hält stets am Lager
Buchhandlung Vorwärts
Lindenstr. 69.

Wochenrate 2 Mk.
Herren - Anzüge
für Gesellschaft, Straße und
Sport, sowie Jünglings- und
Senablen-Kleidung. — Preis-
führer — Alles in bester Kon-
fektion. — Erfolg für Waj.
Goldstein, Yorokstr. 51,
an der Köpenickerstr.

Der Jungdeutschland-Unfug.

In dem ersten Jahresbericht des Jungdeutschland-Bundes (für die Zeit vom 13. November 1911 — Gründungstag — bis 31. März 1913) wendet sich die Bundesleitung „grundsätzlich gegen jede militärische Uniformierung, gegen militärische Rangstufen, Gradabzeichen und Titulaturen, gegen das Waffentragen und namentlich gegen die Verwendung irgendwelcher Waffen einschließlich der Knallpistolen und Leubingen, gegen Schießübungen, gegen das Exerzieren und jedes Drill.

Auch jeder Vorbeimarsch kann in der sehr gut aussehenden Marschkolonne erfolgen.

Wenn zum Jungdeutschlandbunde gehörige Vereine von früher her Waffen tragen und an diesem Gebrauch hängen, so haben sie die Waffen nur als Schmuckstück zu betrachten; das Ablegen ist anzustreben. Bei gemeinschaftlichen vom Jungdeutschlandbunde veranstalteten Übungen ist das Waffentragen und jedes Schießen jedenfalls zu verbieten.

Sehr interessant und höchst bezeichnend ist die Begründung dieser Vorschriften oder richtiger: guter Vorsätze:

„Dem Augenblick, in dem der junge Mann als Vaterlandsverteidiger ins Heer tritt, darf die Feierlichkeit nicht dadurch genommen werden, daß ihm Uniform und Waffen schon vorher vertraut wurden oder gar die bis dahin getragene Uniform ihm schöner erscheint als die seines Truppenkells.“

Man will sich also, wenn Gleichmäßigkeit im ganzen Anzug bei den einzelnen Abteilungen nicht zu erreichen ist, mit gleicher Kopfbekleidung und einem gleichen Abzeichen (Armbinde und dergl.) begnügen.

„Daß die Beschaffung einer vollständigen Bekleidung besonders für die ärmere Jugend von großer Bedeutung ist, unterliegt keinem Zweifel; denn diese Jugend besitzt neben dem Arbeitsanzug fast ausschließlich nur einen Sonntagsanzug, der selbstverständlich bei den Übungen nicht angelegt werden kann.

Der Arbeitsanzug muß aber für die Lehrlinge vielfach vom Meister geliefert und instandgehalten werden; es wird daher den Jugendlichen nicht erlaubt, ihn bei den Geländebildungen anzulegen. Andererseits wollen auch vielfach die Jugendlichen selbst bei den meist nur an den Sonntagen stattfindenden Übungen den durch ihren Beruf beschmutzten, besetzten und geflickten Anzug nicht anziehen.

Der Wert einer gleichmäßigen Bekleidung liegt aber vor allem auch darin, daß der äußere Unterschied von arm und reich verschwindet und sich so die Klassengegenstände leichter ausgleichen.

Leider ist die Bundesleitung bei den ihr zu Gebote stehenden Geldmitteln noch nicht in der Lage, bei der Beschaffung dieser Übungsanzüge helfend einzugreifen.

Der Anfang ist allerdings auch in dieser Richtung bereits gemacht:

Mit Genehmigung des Justizministeriums sind fünf Gefängnisse, die gebrauchte Militärsachen „bearbeiten“, ermächtigt worden, diese zu „mäßigen“ Preisen an die „vaterländischen“ Jugendvereine abzugeben. (Namentlich Bekleidungs-, Ausstattungsgegenstände und — vor allem — Schußzeug.)

Ueber die Verabreichung des J. D. B. bei Eisenbahnfahrten sind die Leiter des „Vorwärts“ informiert. Auch darüber, daß der preussische Staat aus dem Gelde der Steuerzahler die Kosten trägt für die Haftpflicht-Versicherung aller der staatlichen Jugendpflege-Organisation“ angeschlossenen Vereine sowie für die Unfall-Versicherung der Führer, Leiter usw., zu deren Anstellung man „mit der Zeit immer mehr“ überzugehen plant!

All das wollen wir uns merken. Denn es zeigt uns, wie die Herrschaften von der vereinigten staatlichen und privat-bürgerlichen „Jugendfürsorge“ den Seelenfang im proletarischen Lager ganz systematisch betreiben und wie sie ihn mit immer größerem Raffinement auszubilden und zu verschärfen gedenken.

Jugendheime in Stadt und Land sind geplant, einige schon fertig oder im Entstehen begriffen, z. B. in Hameln, auf dem Schießplatz Tegel bei Berlin, in Rosabit usw. Es fehlt ja auch nicht an Geldgebern und einflussreichen Gönnern: Oberbürgermeister Dominicus (Schöneberg), Franz v. Wendelssohn, der alte Turner-Gesetz, Staatssekretär a. D. Dernburg, Polizeirat Kyrott (Steglitz), Freiherr v. Biffing, Staatsminister a. D. Gentig, Reichslandrat a. D. v. Bülow, Friedländer, Rüd, Direktor v. Swinner, Kommerzienrat Haberland (Berlin), Robert v. Wendelssohn, der „bekannte“ Richard Nordhausen — nicht zu vergessen allerlei Deutschen aus der Regierung und von den „deutschen“ Radfahrern, „deutschen“ Fußballern, „nationalen“ Handlungsgeschäften, „deutschen“ Turnern.

Sehr beachtenswert ist auch die Einteilung des Jungdeutschlandbundes, die auf den Armeelehrs des deutschen Heeres basiert und alle möglichen aktiven und inaktiven Offiziere, Regierungsräte, Auktoren, Polizeipräsidenten, Kammerherren, Staatsräte als Vertrauensmänner hat.

Durch all diese und all dieses soll

1. das Vertrauen zur Armee und zu seinen Offizierkorps zum Wachen gebracht,

2. eine Abschwächung der Klassengegenstände angebahnt,

3. „unseren“ jungen Offizieren Gelegenheit gegeben werden zur Bekleidung als Lehrer und Bildner, die ihnen im Rahmen des militärischen Dienstes im allgemeinen verweigert bleibt!

In der Tat — ein Eingeständnis, das sich die Proletariatskrieger einprägen müßen. Die Arbeiterkinder als Versuchsanfänger für die jüngsten Offiziere, die sich beim Militär „im allgemeinen“ nicht als Bildner und Lehrender der Soldaten betätigen!

Vorsicht also, ihr Proletariatskrieger! Denn der Wolf im Schafspelz macht sich schon „an die obersten Klassen der Volks- und Mittelschulen“ heran, nimmt diese, „soweit es die Schulleitung gestattet“, zu seinen Ausflügen mit und hofft, auf diese Weise die Jungen nach ihrer Schulentlassung am leichtesten in die ihnen dann schon bekannten Organisationen des Jungdeutschlandbundes eingliedern zu können.

Etwa auch, „soweit es die Schulleitung gestattet“? Ist es wirklich schon soweit gekommen, daß die Arbeiterkinder rein gar nichts mehr in den Angelegenheiten ihrer eigenen Kinder mitzureden haben? 500 000 „Jugendliche“ sind bereits vom Jungdeutschlandbund gelapert! Hütet die anderen vor dieser Gefahr!

Verfammlungen.

Generalversammlung des Zentralverbandes der Schuhmacher. Am vergangenen Mittwoch hielt die Ortsgruppe Berlin ihre Generalversammlung ab. Dem vom Bendig gegebenen Rapport bericht ist zu entnehmen, daß der Zentralverband mit 17 814,95 Mk. belanziert. 8544,15 Mk. wurden vorausgibt und an die Lokalfasse 1610,14 Mk., an die Hauptkasse 7660,66 Mk. überwiesen. Von den Ausgaben interessieren besonders 2081,85 Mk. Streikunterstützung (inkl. Lokalfasse) und 148,40 Mk. Vahregelungsunterstützung. An Arbeitslosenunterstützung wurden 3358,60 Mk. (inkl. Lokalfasse) und an Krankenunterstützung wurden 3114,45 Mk. vorausgibt. In der Lokalfasse ist ein augenblicklicher Bestand von 5030,07 Mk. vorhanden. Nach Abzug von 3734,09 Mk. Ausgaben schließt die Lokalfasse mit 1294,79 Mk. Bestand ab. — Samann gab den Geschäftsbericht. Die augenblickliche Arbeitslage ist momentan sehr ungünstig. In vielen Be-

trieben mußte die Arbeitszeit verkürzt werden sowie auch Arbeitsausführung jetzt Regel ist. In circa 100 Sitzungen, Versammlungen, Konferenzen usw. wurden die Verwaltungsgeschäfte des 2. Quartals erledigt. Verschiedene Differenzen mit den Unternehmern gelang es durch Verhandlungen beizulegen. Zum Schluß wünschte er regere Anteilnahme an den Veranstaltungen des Verbandes. Dem Geschäftsbericht folgte ein mit lebhaftem Beifall aufgenommenes Referat Dr. R. Hofes über: „Die Arbeiterchaft und der Geburtenrückgang Deutschlands.“

Eingegangene Druckschriften.

Theorie der Preisüberhöhung als Grundlage zur Erklärung der Leuerungen. Von Dr. Othmar Spann. 62 Seiten. Manzsche L. u. L. Hof., Verlags- und Universitäts-Buchhandlung, Wien I.

Telefab. Jahrbücher für die Zifferndruckt von Prof. C. v. Birquet. Preis 0,50 R. — 0,60 R. Verlag vom. K. v. Waldheim, Hof, Oberle u. Co., Wien, und Otto Klemm, Leipzig.

Erlebnisse eines Weltbummlers. Heft 1—8. Preis pro Heft 12 Heller (10 Pf.). Verlag der Wiener Volksbuchhandlung Ignaz Brand u. Co., Wien VI.

Waldler, Die Schweiz und Deutschland. Von Hans Friedrich. Preis 60 Pf. Ramm-Verlag G. m. b. H., München.

J. Baer Ecke Badstr. 26 Prinz-Allee Herren- und Knaben-Moden, Berufskleidung, Eleg. Paletots. Großes Stofflager zur Anfertigung nach Maß. Allerbilligste streng feste Preise.

Griehens Reiseführer

Table with 2 columns: Region and Price. Includes entries like Bayerisches Hochland (Salz-M. M.), kleine Ausgabe 1,50, große Ausgabe 3,-, etc.

Buchhandlung Vorwärts Lindenstr. 69 (Laden).

Bruchbandagen, Leihbinden, Geradhalter, Irrigatore, Spritzen etc., Suspensorien, sowie alle Artikel z. Krankenpflege empfiehlt Fabrikant Pollmann, jetzt Berlin N., Lothring. Str. 69.

Oskar Wollburg Trauer-Magazin Berlin N., Brunnenstraße 56. Große Auswahl in schwarzer Konfektion; auch einz. Röcke, Blusen, Hüte etc. Anfertigung nach Maß in 12 Stunden. Änderungen sofort.

Wanderer! Touristen! Wir empfehlen: Straube-Karten der Umgegend v. Berlin 88 Qu.-Meilen u. Berlin 1: 130000 0,50 u. 1,- M. 132 " " " 1: 130000 1,- u. 1,50 M. 500 " " " 1: 300000 1,- u. 1,50 M.

Straube-Spezialkarten von Bernau-Biesenthal, Buckow, Eberswalde-Chorin, Freienwalde u. Umg., Müritz-See, Oberspree, Oranienburg u. Umg., Potsdam, Rheinsberg, Rüdersdorf, Spandau-Tegel, Spreewald, Strausberg-Blumental u. a. Straubes Märkisches Wanderbuch (Ausflüge in die Mark Brandenburg) 76 Karten, 4 Teile. Komplett im Karton 3 M. einzeln bezogen pro Band 1 M. Buchhandlung Vorwärts Lindenstr. 69 (Laden).

Bezugsquellen-Verzeichnis Berlin-Norden

Grid of advertisements for various businesses including Abzahlungs-Geschäfte (Laser & Co.), Kakao, Schokolade (K. Brachmann), Zigarrenhdig. Tabake (O. Blechstein), Drogen und Farben (Carl Morick), Bäckereien u. Konditoreien (Zerpenschleuser Landbrot), Fleisch- und Wurstwaren (A. Möbes Nachf.), Beerdigungs-Institut (A. S. Meyer), Betten und Bettfedern (K. Müller Nachf.), Bierbrauereien (Berliner Bierbrauerei-Gesellschaft), Café Röder (Pankow), Strauchwiese (Gr. Markt), Butter, Eier, Käse (Kauf „Märkische Perle“), Herren-, Damen- u. Kinder-Garderobe (Hermann Schulze), Möbel- und Waren-Kredit-Haus (Hermann Schulze), Herren-, Damen- u. Kinder-Garderobe, Herren- und Damen-Uhren sowie Regulateure (Hermann Schulze), Kolonialwar. (F. Steinmetz), Korbwaren Kinderwagen (K. Silberman), Möbelmagaz. (W. G. H.), Reißzeuge (J. Ziedow), Schirme und Stücke (M. Albrecht), Schuhwaren (Val. Cenzajek), Zahnatelier (Zahn-Praxis A. Hoppe), Weißensee (Konfektionshaus P. Dewitz).

Ein Posten
Damen-Blusen

aus weissem Batist
reich garniert

85 Pf. 1⁴⁵ 1⁹⁰

Hermann Tietz

Frankfurter Allee Frankfurter Allee

Ein Posten
Kostüm-Röcke

aus leinenartigen Stoffen

1⁶⁵ 2⁷⁵ 3⁷⁵

ca. 1000 Stück Damentaschen . . . Stück 45, 80 Pf. 1⁴⁵ 1⁹⁵ 2⁴⁵

Sonder-Angebot Glas — Porzellan enorm billig

Kaffeefischer bunt
Milchtöpfe bunt oder creme
Eierbecher Goldrand
Sparbüchsen
Bierbecher
Salzgefäße m. Zahnstocherhalter
Glasschalen
Kompotteller

5 Pf.

Obertassen dekoriert
Dessertteller weiss
Ascheschalen weiss
Seifen- oder Kammschalen
Salzstreuer mit Porzellandeckel
Kuchenteller
Aschenbecher Diamant
Bierbecher Goldrand

9 Pf.

Obstteller
Milchtöpfe creme oder bunt
Tassen dekoriert
Tassen kobalt mit Goldhenkel
Wasserflasche mit Glas
Butterglocke
Sahnenkannen
Auflaufformen braun

18 Pf.

Waschbecken
Waschkübel
Obstschale Majolika
Milchtöpfe groß, bunt
Butterkühler mit Drahtbügel
Glasschale m. abgeschl. Boden
Kaffeekanne groß, weiß
Menage 3-teilig

38 Pf.

Pressglas Diamant

Kompotteller 5 Pf.
Kompottschalen 28, 16, 12, 8 Pf.
Käseglocken 42 Pf.
Butterglocken 45, 28 Pf.
Zuckerschalen 15, 12 Pf.
Zitronenpressen 2-teilig 12 Pf.
Kuchenteller 38, 28 Pf.
Likörservice 8-teilig 75 Pf.

Trinkgläsergarnitur: Papin Breslau

Sektkelch 42, 28 Pf.
Bowlinglas 45, 32 Pf.
Rotweinglas 42, 20 Pf.
Rheinweinglas 42, 22 Pf.
Portweinglas 35, 18 Pf.
Likörglas 30, 15 Pf.
Bierbecher 40, 15 Pf.
Seltersbecher 35, 12 Pf.

Waschgarnituren 5-teilig

Crème 2²⁰ Jena 2⁶⁵ Weissenburg 2⁹⁵
Königsberg 3⁸⁵ Metz 5⁶⁵ Berlin 6⁷⁵
Tonnengarn. Holz-land Delft Streu-blumen Reich-Gold
Vorrats- 50, 55, 85, 95 Pf.
Gewürz- 20, 23, 25, 35 Pf.
Flaschen 50, 55, 85, 95 Pf.
Meste 1²⁰ 1⁴⁵ 1⁷⁵ 1⁹⁵
Satz Töpfe 2²⁵ 2⁵⁵ 2⁷⁵ 2⁹⁵

Tafelgeschirr Feston Goldrand

Teller tief oder flach 12 Pf.
Stulenteller 10 Pf.
Terrinen 1³⁵ 95 Pf.
Ragouts mit Deckel 95 Pf.
Platten 95, 85, 55, 35 Pf.
Saucieren 68, 58 Pf.
Salatieren 58, 35, 22, 13 Pf.
Kompotteller 8 Pf.

Besonders preiswert

Wirtschafts-Artikel

Besonders preiswert

Haushalt.-Maschinen

Reibe-Maschinen 85 Pf., 1¹⁰ 1³⁵
Messerputz-Maschinen auf Brett mit 500 Schmirgel
Butter-Maschinen 1⁶⁰ 2²⁵
Wäschemangeln 17⁵⁰ 19⁵⁰
Gaskocher 1-flammig 85 Pf., 1¹⁰
Gaskocher 1 Kochstelle, 1 Wärmestelle 3⁷⁵
Spirituskocher 20, 28, 45 Pf.
Spritus-Plätteln 3⁷⁵ 4⁷⁵
Gas-Plätteln Garnitur, 2 Eisen, 1 Erhitzer 4²⁵
Fruchtpressen verzinkt 85, 95 Pf.

Emaillwaren

Schmortöpfe für Gas ohne Ring 28, 38, 50 Pf.
Kasserollen ohne Ring 10, 25, 35 Pf.
Wasserkessel für Gas 20, 45 Pf.
Milchtöpfe bauchig 18, 25, 38 Pf.
Maschinentöpfe 25, 32, 38 Pf.
Waschwannen Zink mit Holzboden 5⁷⁵ 7²⁵
Zink-Zober mit Holzboden 7²⁵ 9²⁵
Volksbadewannen verzinkt 14⁵⁰ 19⁰⁰
Aluminium-Wasserkessel 1 1/2 Liter 95 Pf.
Emaille-Wassereimer 65, 80 Pf.
Emaille-Aufwaschwannen rund 90 Pf.

Sommer-Artikel

Eisschränke mit Zinkeinlage 15⁵⁰ 21⁵⁰ 23⁰⁰
Gazeschränke 3⁷⁵ 4⁷⁵ 5⁵⁰
Gaze-Speiseglocken 20, 25, 30 Pf.
Eismaschinen 5⁵⁰ 6⁵⁰ 8²⁵
Aermelplättbretter bezogen 38, 75 Pf.
Messing-Einkochkessel 3²⁵ 3⁸⁵
Aluminium-Teelöffel 5 Pf.
Aluminium-Esslöffel 10 Pf.
Aluminium-Essmesser 35 Pf.
Solinger Tischbestecke Paar 35 Pf.

Soweit Vorrat

Billige Lebensmittel

Nur für Sonnabend

Wurstwaren

Cervelat u. Salami Pfund 1³⁰
Knoblauch-Wurst Pfund 1³⁰
Teewurst Pfund 1¹⁵
Schinkenspeck Pfund 1²⁰

Obst und Gemüse

Bananen Pfund 25 Pf.
Kochäpfel Pfund 16 Pf.
Johannisbeeren Pfund 18 Pf.
Tafelbirnen Pfund 18 Pf.
Tomaten Pfd. 12, Original-Käse Pfd. 10 Pf.
Grüne Gurken Stück 8, 12, 15 Pf.
Schofen 2 Pfund 25 Pf.
Kartoffeln 10 Pfund 34 Pf.

Butter und Käse

Molkereibutter 1/2 Pfd.-Stück 60 Pf.
Emmenthaler Pfund 1⁰⁵
Steinbuscher Pfund 95 Pf.
Limburger Pfund 40 Pf.

Jge. Gänse Pfd. 58, 63, 70 Pf. Kassler . . Pfund 85, 90 Pf. Rehblättern Stück 1³⁰ bis 2⁰⁰ Schinkenbeine Pfund 25 Pf. Rückenfett Pfund . . . 60 Pf.

Ein Posten
eleg. Voile-Blusen

neueste Fassons
reich garniert

2⁷⁵ 3⁷⁵ 4⁷⁵

Fortsetzung des Saison-Ausverkauf

und anderer billiger Waren

Ein Posten
Stickerei-Kleider

oder Batist
moderne Fassons

5⁷⁵ 7⁵⁰ 9⁷⁵